Deutschland-Journal

SWG

2020

Sonderausgabe
Dokumentation zum 15. Seminartag

Russland und Europa

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, daß Gesellschaft und Staat Ihre Sache sind, und mit Friedrich d.Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen…“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fasson selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, daß die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, daß wir Deutschen selbstbewußt zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgenäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, daß in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird, oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewußtsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende (Anhalt: 5 €). Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Deutschland-Journal

Dokumentation zum 15. Seminartag in Hamburg (März 2020)

Russland und Europa

Zum Titelbild:
Sankt-Georg-Säule auf dem Freiheitsplatz in Tiflis/Georgien
(Wikipedia)

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 99
ISSN 0944-324X ISBN 3-88527-124-9
Redaktion: Bernd Kallina

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?
Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?
Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus
Vorstand und Redaktion

© 2020 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.
Geschäftsführender Vorstand: Manfred Backerra, Oberst a.D., Vors. /
Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Stv.Vors.
Beirat: Wilhelm v. Gottberg MdB, Pater Lothar Groppe SJ †,
Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Hans-Joachim von Leesen †,
Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof
Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400
geschaeftsstelle@swg-hamburg.de / vorstand@swg-hamburg.de
www.swg-hamburg.de
Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt
Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200
Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

zur ZEIT

DAS WOCHENMAGAZIN

Die andere Perspektive

Das Wochenmagazin für Österreich und Deutschland mit der politisch unkorrekten Perspektive

Immer Freitags neu in der Trafik – 60 Seiten Information aus Politik und Kultur für Leser, die Unabhängigkeit schätzen

Bei Fragen zum Abonnement oder an die Redaktion kontaktieren Sie bitte:

E-Mail: verlag@zurzeit.at
oder Tel.:
(+43/1) 712 10 57
Internet:
www.ZurZeit.at
Gratis Probeabo:
www.ZurZeit.at/Gratis-Abo

Gratis Probeabo: www.ZurZeit.at/Gratis-Abo

ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEI

Alexander Rahr vor dem Kloster in Kirov

Ostsee-Verlegearbeiten für das Projekt Nord Stream 2

Vorwort 6

Erfahrungen der Russen 11
Manfred Backerra geht auf die historischen Erfahrungen der Russen ein

Russland: Das Potential.....25
Manfred Backerra stellt den größten Territorialstaat der Welt vor

Präsident Putin.....33
Welche geopolitischen Ziele verfolgt Russland und welche Rolle spielt dabei Präsident Putin? Thomas Röper, der seit 15 Jahren in Russland lebt, berichtet

Unfreies Land mit Zensur? ...45
Wie russische Medien wirklich berichten erläutert Thomas Röper

Warum wir Russland brauchen 61
Deutschland spielt im außenpolitischen Denken Putins eine übergeordnete Rolle. Eine Analyse von Alexander Rahr

Geheimdienst gegen Opposition.....75
Die Bundesrepublik ist keine „liberale Demokratie des Westens“, was sich im Kampf des Verfassungsschutzes gegen die AfD zeigt. Dazu das Interview mit Josef Schüßlburner

Folgen der Corona-Krise.....86
Manfred Ritter vertritt die These, dass die AfD Volkspartei werden könnte und nennt die Voraussetzungen dazu

Unhaltbare Zustände!.....98
Vera Kosova, die Vorsitzende der „Juden in der AfD“ erläutert im Interview mit Bernd Kallina die

Vera Kosova beklagt „Unhaltbare Zustände“

Alexander Gauland im Visier des Verfassungsschutzes

Gründe, warum die größte Gefahr für Juden heute in Deutschland nicht von Neo-Nazis droht

Was Russen eigen ist 108
„Wer nur Erbsen zählen kann, dem bleibt Russland fremd.“ Die Gründe dazu erklärt Thomas Fasbender

Katharina die Große.....115
Eine kritische Bilanz von Manfred Backerra

Transatlantische Eliten 122
Gegen deutsche und europäische Interessen - Interview mit Alexander Rahr

Nachrufe.....135
Trauer um Felix Schecke, Pater Lothar Groppe SJ und Hans-Joachim von Leesen

Lesenswerte Bücher 140
Menno Aden „Puschkin – Russland und sein erster Dichter“, Gertrud Höhler „Angela Merkel – Das Requiem“, Helmut Roewer „SPYGATE – Der Putsch des Establishments gegen Trump“, Vera Kosava/ Wolfgang Fuhl/Artur Abramoviych „Was Juden zur AfD treibt“, Dietrich Murswiek „Verfassungsschutz und Demokratie“, Hans-Jörg Schmidt „Klimareligion – Wissenschaft oder politisches Kalkül?“

Zeitschriften-Besprechung 157
Tumult – Vierteljahresschrift für Konsensstörung

Anzeigen für Verlage/Medien
„Junge Freiheit“, „Ares-Verlag“, „Freilich“, „Tumult“, „links-enttarnt“, „Gemeinsam für das Grundgesetz“ und „Zur Zeit“

Vorwort

Der 15. Seminartag „Russland und Europa“, der wegen einer Riege vorzüglich für dieses Thema ausgewiesener Referenten (dabei zwei Einspringer für Abtrünnige) ein besonderes Erlebnis zu werden versprach und deshalb auch mit verminderter Teilnehmerzahl stattfinden sollte, ist leider den amtlichen Einschränkungen unseres Lebens zum Opfer gefallen, die gemäß den politischen Verlautbarungen die Corona-Welle eindämmen sollte.

Eine Grafik des Robert-Koch-Instituts (RKI) vom 15. April d. J. zeigt allerdings, dass die Corona-Welle in Deutschland schon vor den Maßnahmen abgeebbt war und diese kein weiteres Abebben bewirkten.[1] Das Abebben müsste auch schon damals den Verantwortlichen erkennbar gewesen sein.

Die **diktaturähnlichen** Maßnahmen, die, selbst wenn unsinnigst, hingenommen wurden, sollten jedem gezeigt haben, wie schnell man sich **auf dem Weg in eine Diktatur** befinden kann, und wie eine solche sich schon fast allein durch gläubige Hilfswillige trägt.

Unsinnigst war es beispielsweise, Leichtathleten, Tennisspielern und Golfern ihren Sport auf ihren Sportstätten zu verwehren, obschon dabei Abstandhalten einfach ist.

Aber das Ganze sollte jeder selbst beurteilen. Eine Internet-Recherche beispielsweise über die Eigenschaften des Corona-Virus und die jährlich zu verzeichnenden Toten durch Lungenentzündung und Grippe kann dazu sehr hilfreich sein.

Jedenfalls ist das, was folgt, nicht dem Corona-Virus zuzuschreiben, sondern dem politischen Umgang damit.

Ihm verdanken wir allerdings auch, dass den tatsachenwidrigen Bezichtigungen und Selbstbezichtigungen der Schuld am Zweiten Weltkrieg, der mit den Kriegserklärungen Englands und Frankreichs begonnen, auf die Auslöschung Deutschlands und möglichst vieler

---

1 https://youtu.be/Vy-VuSRoNPQ und RKI original https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17_20_SARS-CoV2_vorab.pdf?__blob=publicationFile

„Mehr Nähe zu Russland“

Ex-Ministerpräsident Matthias Platzek plädiert für eine neue Ost-Politik

Der frühere SPD-Chef Matthias Platzeck hat Deutschland und die EU dazu aufgerufen, das Verhältnis zu Russland zu verbessern. „Nur mit Russland als Partner wird Europa sein politisches Gewicht in der Welt behaupten können“, schreibt der ehemalige Brandenburger Ministerpräsident, der auch Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums ist, in seinem Buch „Wir brauchen eine neue Ostpolitik“. Und nur gemeinsam mit Russland werden wir die großen globalen Zukunftsaufgaben bewältigen können - ob Klimaschutz, Energiesicherheit, Migration oder Terrorismus.“ Das Buch ist seit Anfang Mai 2020 im Handel.

„Die Spaltung zwischen Ost und West ist nicht überwunden“, schreibt Platzeck weiter. „Sie ist geblieben, zum Teil auch wieder deutlicher geworden, nicht nur im Verhältnis zu Russland, sondern auch innerhalb der Europäischen Union und innerhalb Deutschlands.“ Der europäische Nachbar müsse integriert, nicht isoliert werden, fordert Platzeck. „Dieser Kontinent wird uns ohne Russland oder gegen Russland kein sicheres und friedliches Zuhause sein.“ Er geht im Buch auch auf den Aufbau Ost nach der Deutschen Einheit ein. „Den „Aufbau Ost“ haben viele in der ostdeutschen Bevölkerung als das wahrgenommen, was er de facto auch war: ein „Abbau Ost“.“

Platzeck kam vor der Wiedervereinigung in die Politik. Er war Umweltminister in Brandenburg, Potsdamer Oberbürgermeister und Ministerpräsident des Landes. Im Jahr 2005 übernahm er den SPD-Vorsitz, gab das Amt aber bald auf. Als Regierungschef Brandenburgs trat er 2013 aus gesundheitlichen Gründen ab.

Deutscher angelegt über die Kapitulation hinaus fortgeführt worden ist, an dessen 75sten Endtag wenigstens der vorbereitete Pomp versagt wurde.[2]

---

2 Siehe Deutschland-Journal Sonderausgaben 2007/2009 zu Ursachen und deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges in SWG-Hamburg.de

Glücklicherweise kann das Deutschland-Journal mit der Dokumentation trotz Ausfalls des Seminartages erscheinen, wenn auch mit etwas mehr Mühe. Denn Referenten taten sich schwer, Manuskripte zu liefern, die sie noch nicht geschrieben hatten oder wegen freien Vortrags gar nicht schreiben wollten. Weil der Beitrag eines Eingesprungenen zum Thema „Potential“ zu wenig aussagte, schrieb ihn der Veranstalter, der sich privat und dienstlich intensiv mit Russland befasst hat. Für einen weiteren Ausfall schrieb der Referent Thomas Röper hilfsbereiterweise aus seiner Erfahrung über russische Medien.
Zum Seminar hieß es in der Einladung:
>>In seinem Buch „Russland und Europa“ von 1871 stellte der Naturwissenschaftler und Panslawist Nikolai Danilewski, durchaus auch faktisch fundiert, fest, die russische (und slawische) Kultur und die „germanisch-romanische“ Kultur des Westens seien Gegensätze.

Das Seminar „Russland und Europa“ am 15. Seminartag soll das vom „Westen“ jahrelang gepflegte Negativ-Bild von Russland und seinem Präsidenten aus eigenem Erleben, Beobachten und Forschen korrigieren.

Bei aller Anerkennung von Unterschieden und Gegensätzen wird die natürlichste Frage erörtert, warum der geografisch kleine doch potente westliche Zipfel des eurasischen Kontinents nicht selbstverständlich mit seinem riesigsten Nachbarn fruchtbringend zusammenleben und –wirken können sollte. Was hat Russland trotz seiner relativen demografischen Schwäche geostrategisch, an Naturschätzen, an Wirtschafts- und Militär-Potential und auch an kulturellen Gemeinsamkeiten zu bieten, was kann umgekehrt Westeuropa bieten, damit beide den globalen Wettstreit um Einfluss und Macht selbstbestimmt bestehen können? Könnte Russland Westeuropa so dominieren, wie die USA die „transatlantische Wertegemeinschaft“? Welche Macht hätte es beispielsweise, Westeuropa zu selbstschädigenden Sanktionen gegen andere Staaten zu zwingen?

Gibt es gemeinsame Interessen in den problematischen und überdies vom „Westen“ chaotisierten Regionen im Süden und Osten Europas?

Selbstverständlich verlangen die derzeitigen globalen Machtverhältnisse, behutsam mit alten Verbindungen umzugehen. Doch Europa muss, will es seine Zukunft selbst bestimmen, sich nüchtern darüber klar werden, wie es seine potentiell starken Kräfte mit welchen Part-

nern am besten zur Geltung bringt, um seine existenziellen Interessen durchsetzen. <<

In diesem Deutschland-Journal wird nur ein Teil der oben genannten Fragen behandelt.[3] Das Schwergewicht liegt auf dem Versuch, mit dem weithin unbekannten Eigenen Russlands und seiner Menschen vertrauter zu machen. Wenn dies einigermaßen gelungen ist, so hat sich die Arbeit an dem Journal gelohnt.

Das **Titelbild** zeigt auf einer Säule Sankt Georg, den Drachentöter auf dem Freiheitsplatz von Tiflis/Georgien, der seit 2006 die frühere Lenin-Statue ersetzt![4]

Georg aus Zentral-Anatolien (Kappadokien), ursprünglich ein junger Reiterführer in römischen Diensten, erlitt im Jahr 303 den Märtyrertod, weil er sich für verfolgte Christen eingesetzt hatte. Ab dem 12. Jahrhundert sieht man dann in Georg vor allem den edlen Ritter, der einen Drachen erlegte, welcher eine Stadt bedrohte und dabei war, die Königstochter zu verschlingen.

In den Kirchen des Westens wie des Ostens ist der hoch verehrte legendenumrankte Schutzpatron von Ländern, Städten, - und Gemeinschaften, so unter anderem der Reiter, der Schützen, von Jugendbünden. Georg ist somit auch ein Symbol für das Russland und Europa Verbindende. Obwohl Ost- und West-Kirche sich schon entfremdet waren, als die Ritterlegende aufkam, gilt sie beiderseits. Im Gegensatz zur asiatische Sicht des guten Drachens sieht man im ganzen christlichen Abendland den Drachen als Verkörperung des teuflischen Bösen.

Manfred Backerra
11. Mai 2020

---

3 Weiteres zum Thema im Deutschland-Journal Sonderausgaben 2016 „Europa bis Wladiwostok – selbstbestmmt stark“ in SWG-Hamburg.de.

4 Gabe des Künstlers Zurab Tsereteli (*1934 Tiflis) , seit 1997 Präsident der Russischen Akademie der Künste. Granit, Bronze vergoldet; Gesamthöhe 35 m, Skulptur 5, 6 m.

JETZT KOSTENLOS PROBEHEFT ANFORDERN!

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Manfred Backerra

Zur geschichtlichen Erfahrung der Russen

Selbst in den Staaten der Europäischen Union bestimmt unterschiedliches Denken nicht nur die Umgangsweisen, sondern auch das politische Handeln. Der Brexit zeigt es besonders krass. Es ist offenbar, dass hier geschichtliche Erfahrungen eine wesentliche Rolle spielen, die zu einer Einstellung geführt haben, die selbstkritische Briten in zwei Sätzen einer Zeitungsüberschrift ausdrücken: „Fog over the Channel. Continent cut off." („Nebel über dem Ärmelkanal. Kontinent abgeschnitten.) Mehr als wir in Westeuropa betont man in Russland die Bedeutung der geschichtlichen Erfahrung für Denkweise und Verhalten der Russen; das gilt per saldo sicherlich auch für das Fünftel anderer Nationalitäten in Russland.

Der deutsch gebildete, gemäßigte Slawophile Iwan Kiréjewski (1806-56) schrieb um die Mitte des 19. Jahrhunderts: „Unsere Religion, unsere **geschichtlichen Erinnerungen**, unsere geographische Lage, unser gesamtes Sein sind so verschieden vom übrigen Europa, dass es uns physisch (sic) unmöglich ist, uns in Franzosen, Engländer oder in Deutsche zu verwandeln."[1]

Rund anderthalb Jahrhunderte später sagte Gorbatschow: „Man kann uns oder unser Handeln nicht verstehen, wenn man unsere **Geschichte** nicht kennt."[2] [Hervorhebungen M.B.]

Das große Russland der Zarenzeit stand in Form der Sowjetunion bis 1990, vom „Westen" als sehr drohend beurteilt, an der Elbe, zog dann aber seine Truppen vertragstreu ab. Nun soll das nach Auflösung der Sowjetunion kleinere Russland mit der halben Bevölkerung (145 Mio.) wieder eine ganz große Bedrohung für angrenzenden Staaten der EU sein, die 450 Mio. Einwohner hat.

Dabei hatte die CIA schon Mitte 1988 in ausdrücklichem Gegensatz zu bisherigen Beurteilungen die Strategie Moskaus als defensiv zum

1 Valentin Giterman, Geschichte Russlands, Hamburg 1949, Bd. 3, S. 129 Fußnote

2 Heft Osteuropa §/ 1991, S. 307, Aussage von 1987

Schutze von „Mütterchen Russland“ bezeichnet; sie sei letztlich nur eine „Reaktion auf die mörderischen Angriffe von Napoleon und Hitler“, habe also gar nichts mit Aggression zu tun. Dies wurde auch vom Weißen Haus vertreten.[3]

In der Tat war ja Russland häufig Opfer von Einfällen. Der deutsche ab 1914 war Folge eines vorherigen russischen Einfalls in Ostpreußen, der Hitlers die Reaktion auf einen erdrückenden sowjetischen Angriffsaufmarsch[4]. Weitere waren:

- Der Mongolensturm bis 1240, dem für rund 250 Jahre das “Tatarenjoch“ über fast alle russischen Fürstentümer folgte,
- die Angriffe der Schweden aus dem Norden im Jahr 1240 und der Ordensritter aus dem Westen zwei Jahre später, die an der Newa und auf dem Peipus-See abgewehrt worden sind,
- die Polen-Herrschaft in Moskau von 1605-12, die 1709 bei Poltawa abgewehrte Invasion der Schweden unter Karl XII.,
- der Einmarsch Napoleons,
- die Interventionen der Westalliierten in Russland nach der Oktober-Revolution.

* Die lange Herrschaft der Mongolen der Goldenen Horde, auch Tataren genannt, war sicher besonders prägend. Sie war eine indirekte Fremdherrschaft durch russische Fürsten, die für ihre Stellung mit den kriminellsten Mitteln um die Gunst des Chans buhlen und ab etwa 1300 ihre Untertanen auch als Tributeintreiber bedrücken mussten.

Noch bedeutsamer sind andere Erfahrungen lange vor der Sowjetzeit, die unter Lenin, Stalin und den Nachfolgern noch ausgeprägter wurden.

Ich beginne mit dem 14. Jahrhundert, in dem Iwan Kalitá (Geldsack), ab 1331 als Großfürst von Moskau und Tributeintreiber des Chans der Goldenen Horde die „Sammlung des russischen Landes“ einleitete, welche letztlich zur Herrschaft Moskaus über ganz Russland geworden ist.

---

3 Willy Wimmer , Die Akte Moskau, 2016 Zeitgeist, S. 11 f.

4 Stefan Scheil, Präventivkrieg Barbarossa – Fragen, Fakten, Antworten, Kaplaken, Bd. 26, Edition Antaios 2011
Bernd Schwipper, Deutschland im Visier Stalins. Der Weg der Roten Armee in den europäischen Krieg und der Aufmarsch der Wehrmacht 1941. Verlag Druffel-Vowinckel, Gilching 2015

Die Auswahl der Erfahrungen richtet sich dabei nach den besonderen Problemen Russlands, die **Putin in seiner Rede zur Lage der Nation am 8. Juli 2000** genannt hat:

- Der Staat ist zu schwach, weil er nicht effizient arbeitet, ist aber sehr stark
- im Bevormunden und in der Behinderung einer freien Wirtschaft.
- Regionale „Machtapparate" handeln eigenmächtig, verfassungswidrig und willkürlich.
- Funktionen des Staates werden durch private Korporationen und Klans gekauft.
- Es herrschen Korruption und andere Kriminalität.
- Rechtsgarantien für individuelle, politische und ökonomische Freiheit fehlen.

Dazu passen die folgenden geschichtlichen Erfahrungen:

Das **Staatsoberhaupt**, zunächst Großfürst, seit 1478 mit angenommenem Titel „Zar"[5], seit 1721 nach dem Sieg von Peter d.Gr. im Nordischen Krieg Allrussischer Imperator/Kaiser, war zunächst nur Gospodin (Herr), seit dem 15. Jh. Gossudar (Herrscher) und wurde dementsprechend immer unangefochtener Autokrator (Selbstherrscher); er blieb es de jure bis zum bitteren Ende. Von ihm hing alles ab. (Putin sagte nach seinen Amtsantritt als Präsident: „Ich weiß, dass in Rußland das Staatsoberhaupt immer ein Mann gewesen ist und immer sein wird, der für alles, was im Land geschieht, verantwortlich ist.".) Das Land unterstand nicht nur seiner Herrschaft, sondern war sehr lange praktisch sein unbeschränktes Eigentum; die im Westen meist geltende Unterscheidung des römischen Rechts zwischen Imperium und Dominium fehlte.

Der Herrscher genoss nahezu göttliche Verehrung, die selbst den Massenmörder und Landesverwüster des 16. Jahrhunderts, Iwan den Schrecklichen, überstand.

Die großen Bauernaufstände von Bolotnikow (1606/7), Stenka Rasin (1667-71), Bulawin (1707/8) und Pugatschow (1773-74) richteten sich nicht gegen den Zaren, sondern gegen die Willkür und Auspressung durch die Werkzeuge und Nutznießer seiner Herrschaft; der Zar blieb für das Volk der Gnädige fast bis zuletzt.

---

5 Erst 1547 wurde erstmals Iwan IV. (der Schreckliche) als Zar gekrönt.

„Russland ist groß und der Zar ist weit“

Die zentralistische Herrschaft, die auch vereinnahmten Fürstentümern keinerlei Eigenständigkeit ließ, erstickte aufbauende Selbständigkeit, förderte aber den Machtmissbrauch in der Provinz („Rußland ist groß und der Zar ist weit.“), was seinerseits wieder Katharina d.Gr. zur Rechtfertigung zentralistischer Herrschaft diente, weil nur dadurch Recht und Ordnung zu wahren seien. Ihr Enkel, Kaiser Nikolaus I., meinte 1839 sogar, „der Despotismus [...] ist das Wesen meiner Regierung; aber er stimmt mit dem Geist der Nation überein.“[6] Putin hat zur Stärkung der „Machtvertikale“ gleich im ersten Jahr seiner Präsidentschaft „Bevollmächtigte Vertreter des Präsidenten“ als Kontrollorgane in sieben, jetzt acht „Föderationskreisen“[7] eingesetzt. Es gab keinen **Adel** mit sicheren korporativen und individuellen Rechten und Privilegien, daher auch kein entsprechendes Standesbewußtsein. Der Adel versuchte auch nicht, sich Standesrechte verbriefen zu lassen, als es bei der Zarenwahl des ersten Romanow (1613) möglich war, oder er setzte getroffene Vereinbarungen nach der Berufung der Zarin Anna 1730 nicht durch.

Nach moskowitischem Hofzeremoniell musste jeder Bojar (in etwa Hochadel), auch Nachkommen von Fürstengeschlechtern, und jeder Dworjanin (in etwa niederer Adel), den Gossudar, später den Zaren so ansprechen: „Ich Iwaschka (Diminutivform des Vornamens, hier von Iwan), Euer Cholop (Knecht/ Leibeigener).“ Peter d.Gr. schaffte dies ab, aber noch im ganzen 18. Jahrhundert bezeichneten sich die hohen und niedrigen „Herren“ als demar oder der Zarin gegenüber als Raby (Sklaven) und erhielten auch die Knute, was erst Katharina d.Gr. 1785 abschaffte.

Der Status eines Dworjanin (von Dwor = Hof, also Höfling, nicht Ritter) blieb bis ins 19. Jahrhundert unsicher; er konnte ohne Berufungsrecht zum einfachen Untertanen degradiert werden. Richard Pipes spricht von gelegentlichen „Säuberungen“; so stufte z.B. Nikolaus I. 1840 ff. 64 000 polnische Dworjanine zurück.

---

6 Marquis de Custine, Lettres de Russie – Russie en 1839, Editions Gallimard 1975. S. 155: „Le despotisme existe encore en Russie, puisque c´est l´essence de mon gouvernement; mais il est d´accord avec le génie de la nation.“

7 Diese Einteilung Russlands dient nur der Zuordnung der Bevollmächtigten.

„Erweis mir die letzte Ehre in Uniform!“

In meinen Gesprächen mit ehemaligen Russlandkämpfern habe ich eher Sympathie für Russen festgestellt, auch wenn sie Schlimmes in Krieg und Gefangenschaft erlebt hatten. Als ich um die Wendezeit und danach einige Male in Russland war, traf ich als Deutscher und Oberst der Bundeswehr immer auf freundliches Interesse.
Diese Besonderheit im Verhältnis zu einem ehemaligen erbitterten Gegner bestätigte mir Brigadegeneral a. D. Hermann Hagena aus seiner viel intensiveren Erfahrung. Im einstweiligen Ruhestand hatte er als promovierter Jurist für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem russischen Verteidigungsministerium von 1991 bis 1999 die Programme „Menschenrechte in den russischen Streitkräften“ und „Zivile Kontrolle von Streitkräften – Westliche Erfahrungen und Russische Besonderheiten“ mit Seminaren in ganz Russland durchgeführt. Als unbestechlich der Sache verpflichteter Deutscher, der Hilfe anbot ohne zu diktieren, hatte er sich viele Freunde gemacht, sicherlich auch, weil er für seine Tätigkeit noch im reifen Alter in zwei Jahren Russisch zu beherrschen gelernt hatte.
Allerdings war es Anatoli Markowitsch Markuscha (*1921 + 2005), der ihm überall einen guten Empfang vorbereitete. Mit ihm hatte der Jagdflieger Hagena bei einer Veranstaltung in Bonn gleich auf einer Welle gelegen. Denn Markuscha, der vorzüglich Deutsch sprach, war Jagdflieger im Krieg gewesen, danach Testpilot, aber 1953 aus medizinischen Gründen als Oberleutnant verabschiedet worden. Obschon er als Chef-Testpilot eine Oberst-Planstelle ausfüllte, hatte man ihn als Juden nicht befördert. Er hatte sich dann als Autor von über 50 Büchern über Luftfahrt in 15 Millionen Exemplaren einen großen Namen gemacht.
Die beiden wurden so enge Freunde, dass Markuscha Hagena eines Tages bat: „Erweis mir die letzte Ehre in Uniform!“ Versprochen.
Als Hagena 2005 die Todesnachricht der Familie erhielt, blieben ihm nur wenige Tage, um die Reise nach Moskau zu organisieren. Auf die Bitte um ein sofortiges Visum antwortete die Konsularabteilung der Botschaft, in dieser Sache sei schon eine E-Mail eingegangen, und er werde sofort und unentgeltlich das erbetene Visum erhalten.
Ohne eine Trageerlaubnis bei Oberbedenkenträgern im Ministerium zu erbitten, packte er die Uniform ein und flog nach Scheremetjewo, wo ihn ein Oberst abholte. Bei der weltlichen Trauerfeier stand er dann in Uniform zwischen mindestens einem Dutzend russischer Generale, meist Dreisternern, und einem Stellvertretenden Verteidigungsminister.
Als der mit Blumen geschmückte Sarg nach oben gekommen war, fragte die Zeremonienmeisterin: „Wer möchte als Erster Anatoli Markowitsch würdigen?“
Aus dem Kreis der Generale lautete die sehr bestimmte Antwort:
„General **Chagena!“**
Manfred Backerra

Der Adel war wenig herkunftsstolz und landverwurzelt: In kaiserlicher Zeit schrieb man sich gerne eine ausländische Abstammung zu. Von fast 3000 Inhabern oberster Ämter von 1700 bis 1917 waren fast 40% ausländischer, vorwiegend deutscher Herkunft.
Schließlich waren Adelstitel als solche bedeutungslos, da im allgemeinen alle Abkömmlinge den Titel und gleiche Besitzanteile erbten, was zu einer Inflation bettelarmer Fürsten führte. Deshalb war der Status vom Rang (Tschin) in der von Peter d.Gr. eingeführten 14-stufigen Rangtabelle des Staatsdienstes abhängig (von Fähnrich/Postmeister bis Generalfeldmarschall/Kanzler).

Katharina d.Gr. hatte zwar den Adel von der Dienstpflicht befreit und ihm Freiheiten und Privilegien (u.a. Grundbesitz) garantiert sowie ständische Wahlverwaltungen in Kreisen und Gouvernements unter Adelsmarschällen geschaffen, doch der Adel nutzte die politischen Möglichkeiten kaum. Die meisten waren existenziell vom Staatsdienst abhängig, einige lebten als unpolitische „lischnie ljudy“ (überflüssige Menschen) auf ihren Gütern, wenige wurden Dekabristen oder revolutionäre Intelligenzia.

Trotzdem kann man nicht sagen, der Adel habe für den Zaren nicht gezählt: Er war zwar unbeschränkt in seiner Macht gegen den Einzelnen, musste aber auf die existenziellen Bedürfnisse und den Eigennutz der Gesamtheit als der Basis seiner Herrschaft sehr wohl Rücksicht nehmen. Ähnliches galt in der Sowjetunion für die Machtspitze und die Nomenklatura mit ihren Privilegien.

Insgesamt hat der Adel keine Tradition persönlicher und ständischer Freiheit bei verantwortungsvoller Loyalität zum Staat entwickelt.
Es gab keine **Bürgerfreiheit** und städtische Selbstverwaltung; die großen Ausnahmen, die Stadtrepubliken Nowgorod („Der Große Herr Nowgorod“) und Pskow (Pleskau) wurden bis 1575 endgültig davon befreit. Peter d.Gr. hat, beeindruckt von den deutschen Selbstverwaltungen in Reval und Riga (Eroberung Estlands/Livlands 1710), Magistrate oder „Ratuschi“ (Plural von Rathaus) geschaffen mit einem vom Kaiser ernannten Präsidenten sowie von der Kaufmannschaft zu wählenden 2 - 4 Burmistry (Bürgermeistern) und 2 - 8 Ratsmännern. Sie brachten aber keine Selbstverwaltung zustande, da sie rasch auf Steuerumlegung und Gerichtswesen begrenzt, damit Organe der Moskauer Zentrale wurden, was Abneigung erzeugte, sich zur Wahl zu stellen.

Das fehlende Gefühl für soziale Verantwortung

Herrschenden und Besitzenden fehlte es an Gefühl für **soziale Verantwortung**: Als die sozialen Unruhen ab 1907 mit brutaler Unterdrückung beantwortet wurden, konnten das die Unternehmer nutzen, die Löhne um 10 bis 20 % zu senken und die Arbeitszeit auf 10 bis 12 Stunden zu verlängern![8] Die dafür Verantwortlichen hatten sich also die Oktoberrevolution redlich verdient!

Es gab keine **Kirche** als eine der Staatsmacht selbständig gegenüberstehende Macht und moralische Instanz. Sie war im Gegenteil Dienerin des Staates und Gestalterin der autokratischen und imperialen Doktrin für die Herrscher (Gottähnlichkeit des Zaren, Moskau als „drittes Rom").

Es gab keine **Reformation** als eine die Staats- und kirchliche Macht herausfordernde emanzipatorische Bewegung. Im Gegenteil: Die Reform des Patriarchen Nikon in der Mitte des 17. Jahrhunderts kam von oben, war nur eine textliche und rituelle Rückführung auf die griechische Urform (z.B. Drei- statt Zweifinger-Bekreuzigung) und führte nach erbittertem Widerstand von unten zur Abspaltung (Raskol) der „Altgläubigen". Frühere, eher westlich anmutende Häresien wurden vernichtet und blieben bedeutungslos.

Es gab keine **Renaissance** als geistige Bewegung, die den Menschen und seine Rechte in den Mittelpunkt stellte. Hätten im Moskauer Kreml nicht italienische Baumeister des 15. Jahrhunderts und kurz danach einige Spuren der Renaissance hinterlassen, gäbe es in Russland keinen Hinweis darauf.

Die **Aufklärung** sollte nach den propagierten Vorstellungen Katharinas d.Gr., später auch Alexanders I., (ihres Enkels), im Sinne des aufgeklärten Absolutismus die Untertanen zu gebildeten, kritischen, aber system- und kaisertreuen Bürgern und damit das Reich in Europa konkurrenzfähig machen. Zensur und Buchdruck wurden freier, russische und westliche, meist übersetzte französische Literatur erlebten einen Aufschwung, ebenfalls Kritik am System, nicht zuletzt an der Leibeigenschaft. Aber trotz eigenhändiger, aufgeklärter Schriftstellerei der Kaiserin, liberaler Reformen unter Alexander I. und geistiger Verselbständigung von Teilen der Gesellschaft hatte die Aufklärung weder für die Selbstherrschaft noch den Adel oder die übrige Gesellschaft

8 Giterman S. 442

ernsthafte Folgen. Sie blieb im Endeffekt Salon-Dekoration für wenige Tausende der Oberschicht. Katharina selbst hat nach den polnischen Teilungen Hunderttausende Bauern zu Leibeigenen gemacht!

Kontinuierliche Rechtssicherheit: Fehlanzeige!

Kontinuierliche **Rechtssicherheit** hat sich entsprechend dem bisher Gesagten bis zuletzt nicht entwickelt, weder in der Gesetzgebung per Ukasen, die oft geheim blieben (!), noch in der Verwaltungspraxis, die weithin mit Willkür, Mißbrauch und Korruption synonym war, noch in der Rechtsprechung. Russen sprechen deshalb heute von russischem „Rechtsnihilismus". Der Reichshistoriker Karamsin (um 1800) kennzeichnete das daraus resultierende Verhalten der Russen als „schlaue Niedertracht der Sklaverei": In der Verwaltung galten als sündhafte Einkünfte" solche auf Kosten der Krone, als „unschuldige Einkünfte" solche auf Kosten der Untertanen.
Karamsin stellte die rethorische Frage: „Was geht in Rußland vor?" Seine Antwort: „Diebstahl!"[9]

Faktische Beispiele mangelnder Rechtlichkeit sind u.a. die völlige Entrechtung (Verbot sich zu beschweren) der Leibeigenen unter Katharina d.Gr. gegen Ende des 18. Jahrhunderts, dass erst ab 1864 Mündlichkeit und Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren sowie Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter galten – und dass diese vorbildliche Reform bald wieder ad absurdum geführt wurde, weil für politische Straftaten Militärgerichte, die von der Reform nicht erfasst waren, zuständig wurden oder per Verwaltungsverfahren ohne Berufungsmöglichkeit Verbannung verfügt werden konnte und schließlich, daß die Masse der Bevölkerung, die Bauern, weiterhin herkömmlicher Gerichtsbarkeit unterlag.

Gewerbe und **Industrie** zur Produktion hochwertiger Güter blieben weitgehend unterentwickelt und nicht mit westlichen Pendants konkurrenzfähig. Exportiert wurden fast nur Rohstoffe und forstwirtschaftliche Produkte sowie Getreide. Selbst die Großindustrie hatte bis 1905 keine politisch wirksame Interessenvertretung.

9 Dies ist wesentlich darin begründet, daß die, welche später Beamte wurden, sich aus dem Lande ernähren mussten, zunächst gewollt, dann aus Not, weil es an verlässliche Bezahlung fehlte.

Ein mächtiger, nach außen drängender und **im Ausland aktiver Handel** mit westlichen Ländern hat sich nicht entwickelt. Großkaufleute, gennt Gosti (Gosti = Gäste, ursprünglich die westlichen, in Russland tätigen Fernkaufleute), gab es wenig, außerdem waren sie lange Zeit zum großen Teil zwangsverpflichtet im Auftrag des Herrschers tätig, dem traditionell größten Händler und Monopolisten.

Wirtschaftliche Basis des Staates war die Landwirtschaft: Noch 1913 stammten von ihr zwei Drittel der Einkünfte. Um 1900 gehörten fast 80% zur landwirtschaftlichen Bevölkerung – in Deutschland 38%. Vor der Bauernbefreiung 1861 war davon über die Hälfte leibeigen, darüber hinaus noch ein Großteil der abhängigen Stadtbevölkerung.

Dabei blieb das Ertragsverhältnis (Aussaat : Ernte) noch im 19. wie im 15. Jahrhundert bei 1:2 bis günstigstenfalls 1:5, während im klimatisch gleich ungünstigen Skandinavien schon im 18. Jahrhundert 1:6 erreicht wurden, ebenso in den klimatisch vergleichbaren zu Russland gehörenden, kulturell deutschen Ostsee-Provinzen.

Eine bessere **Kultivierung des Bodens** unterblieb nicht zuletzt, weil der Boden nicht auf Dauer in der Verantwortung einer Bauernfamilie blieb, sondern im Rahmen der bäuerlichen Gemeinde (Mir) immer wieder umverteilt und dabei nach Familiengröße und Bodengüte gerecht aber unwirtschaftlich zerstückelt wurde. Der geringe Gewinn verhinderte bessere Anbaumethoden, so dass noch im 19. Jahrhundert der primitive Hakenpflug üblich war. Außerdem wurde im kollektiv haftenden Mir auch alles kollektiv bestimmt: Fruchtfolge, Aussaat, Ernte (Flurzwang), was eigenständige Neuerungen verhinderte. Alle waren gleich und sollten es bleiben. Erst mit den angefangenen Agrarreformen von Pjotr Stolypin (ab 1906) und in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik Lenins (NEP 1921-27/28) entwickelten sich aus dem Mir die selbständigen Mittelbauern, die gleich anschließend als Kulaken der Kollektivierung und dem Neid zum Opfer fielen.

Die Staatsmacht unternahm zwar immer wieder ruckartige Anstrengungen, **die Wirtschaftskraft und die Effizienz des Staatsapparats und des Militärs zu stärken** und Westeuropäisches zu übernehmen, aber die dazugehörigen geistig-mentalen Grundeinstellungen zu Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit fehlten, sie wurden auch überhaupt nicht vermittelt. Selbständigkeit korporativer Art sah man bis zuletzt als Gefahr. Noch im 1. Weltkrieg wurde der

Verband der 50 Jahre vorher eingeführten ländlichen Selbstverwaltung (Semstwo) in seiner erfolgreichen Arbeit in der Heimatfront äußerst behindert, weil der Innenminister darin ein Trojanisches Pferd für die Zarenherrschaft sah.

Gemäß dem russischen Historiker und Dissidenten der 1960er und 70er Jahre, Andrei Amalrik, gehört zur geschichtlichen Prägung, dass **Patriotismus** für den Russen nur „**Loyalität zur Staatsmacht**" ist, solange, wie die Macht auch Stärke zeigt – auch nach innen . Ausgerechnet der „Zar-Befreier" genannte Alexander II., der von sich aus die Leibeigenschaft aufgehoben und den Anfang von Rechtsstaatlichkeit gemacht hatte, war der einzige Zar, der aus seinem Volk heraus 20 Jahre später durch einen Bombenanschlag ermordet wurde.

„Ordnung aus Hauptaufgabe des russischen Rechts"

Dazu passt die These eines anerkannten russischen Verfassungsrechtlers von1909, die besagt: Nicht Gerechtigkeit, sondern **Ordnung ist die Hauptaufgabe** des russischen Rechts.[10]

Wie schon Sigmund von Herberstein, der Gesandte des Kaisers, zum Großfürsten von Moskau 1525/26 feststellte, waren die despotischer Macht unterworfenen Russen sehr **stolz auf diese Macht ihres Herrschers nach außen.** Sie war wesentlicher Teil der Legitimation der Herrschaft mindestens bis in die Sowjetzeit.

Seit Iwan Kalita´ hat das Moskauer Großfürstentum stetig expandiert. Er und seine nächsten Nachfolger sammelten noch russisches Land, also Teilfürstenümer des schon vor dem Mongolensturm zerfallenen Kiewer Reichs, vorwiegend per Kauf, per Erbverträgen, als verfallenes Pfand, oder durch Heiratspolitik; allerdings half Iwan auch mit mongolischen Truppen nach und verwüstete Mittelrussland für über 50 Jahre. Nach dem letzten Kauf eines Territoriums 1474 expandierte Moskau nur noch gewaltsam, stetig und in atemberaubenden Dimensionen, nicht nur in die quasi freien Räume von Sibirien und Fernost, sondern auch in Staaten und Staatsgebilde des Westens und Südens, bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit 22 Mio. qkm das zweitgrößte zusammenhängende Kolonialreich der Geschichte (nach dem mongolischen) entstanden war, von dem sogar heute noch über 17 Mio. qkm

10 Ricard Pipes, Rußland vor der Revolution, DTV Juni 1984, S. 296

übrig sind (fast 2 mal USA mit Alaska). Die vereinnahmten Völker ließ man als solche bestehen, es gab keine Ausrottung.

Diese Expansion geschah meist durch selbst gewählte Offensive aber auch aus der Defensive. Die Territorialgewinne wurden unabhängig von innenpolitischer und wirtschaftlicher Stärke oder Schwäche auch gegen hartnäckigen, im Kaukasus über 50-jährigen, Widerstand erzielt. Russland hat damit alle schwächeren Nachbarn im Südosten und Osten geschluckt, bis Japan und Großbritannien es bald nach 1900 stoppten.

Die ständige Expansion trug wahrscheinlich ganz wesentlich dazu bei, dass materielle und geistige Kräfte verströmten, die zur inneren „Durchkultivierung" der Gesellschaft und des Staates notwendig gewesen wären. Dies sah offenbar auch Zar Nikolaus I. so, als er 1839 gegenüber dem Marquis de Custine äußerte: „Ich möchte nur gegen die Not und Barbarei Eroberungen machen: das Los der Russen zu verbessern wäre besser, als neue Provinzen zu gewinnen!" [11] Dennoch führte er die Unterwerfung des Kaukasus fort und hatte 14 Jahre später den unnötigen, unseligen Krim-Krieg zu verantworten.

Russland hatte trotz Rückständigkeit gegenüber den damals führenden europäischen Staaten gute Voraussetzungen, sich diesen auf evolutionärem Weg anzugleichen, wie die ersten Schritte dazu nach der März-Revolution von 1917 gezeigt haben. Die bolschewistische Oktober-Revolution hat alles zunichte gemacht.

Der bestimmende Faktor mentaler Prägungen

Was bedeuten diese recht prägenden historischen Erfahrungen heute unter seit dem Ende des 20. Jahrhunderts fundamental geänderten Bedingungen?

Dazu läßt sich generell sagen: Mentale Prägungen von Menschen und Völkern ändern sich meist, wenn überhaupt, erst sehr lange nach der Veränderung der einst prägenden Bedingungen.

Ob sie ausgelebt werden können, hängt aber von den aktuell vorherrschenden Bedingungen ab.

---

11 Custine a.o.a.O., S. 160: „C´est uniquement sur la misère et la barbarie que je veux faire des conquêtes: améliorer le sort des russes, ce serait mieux que d´acquérir de nouvelles pprovinces!"

Nehmen wir das wohl lange vorherrschende russische Selbstbild, das der sicher nicht sendungsbewusst eifernde Nikolai Gogol im Jahr 1842 in „Die Toten Seelen“ gezeichnet hat. Zitat:
„Ach meine Troika, mein Dreigespann, das wie ein Vogel dahinfliegt. [...] Nur von einem lebhaften, phantasiebegabten Volk konntest du ersonnen werden und nur in diesem Volk, das ernst genommen werden will und sich einförmig und beharrlich über die ganze Welt ausbreitet. [...] Du bist kein spitzfindiges, ausgeklügeltes, mit eisernen Schrauben zusammengehaltenes Gebilde, sondern irgendein gewitzter Jaroslaw´scher Bauer hat dich einfach mit Beil und Stemmeisen gleichsam aus dem Handgelenk gezimmert. [.. ...] Dein Kutscher trägt keine feinen deutschen Stulpenstiefel – mit Bart und Fausthandschuhen sitzt er weiß der Teufel wie da [...] die Straße donnert, der Fußgänger stößt einen Schreckensruf aus und starrt wie angewurzelt der davonfliegenden Troika nach [...] Stürmst nicht auch du, Russland, so dahin wie die kühne Troika, die niemand einholen kann?[...] Wohin stürmst du, Russland? Die vor Deinem Ansturm zurückflutende Luft wird zum heulenden Sturm. Alles auf Erden weicht dir aus, und es geben dir den Weg frei alle Völker und Reiche.“
Selbst wenn politisch Verantwortliche dieses Selbstbild noch in sich trügen, könnten sie in der heutigen Lage Russlands nicht im Traum daran denken, machtpolitisch danach zu handeln – auch wenn Scharfmacher in der NATO das glauben machen wollen. Stünde Russland nicht als Nuklearmacht mit den USA auf Augenhöhe, wäre es höchstwahrscheinlich schon zerfleddert worden.
Viktor Tschernomyrdin, Ministerpräsident unter Boris Jelzin, machte 1993 eine satyrische Wendung aus dem 19. Jahrhundert zum geflügelten Wort: „Wir wollten das Beste, aber es kam wie immer.“ Das klingt wie Resignation pur.
Doch offenbar gibt es einen starken Willen und auch das Können, das Beste nicht nur zu wollen, sondern auch zu erreichen.
Das haben die allgemein als sehr gelungen gelobte Winter-Olympiade in Sotschi 2014 und die ebenso bewunderte Durchführung der Fußball-WM 2018 bewiesen.
Dafür spricht auch die erstaunliche Tatsache, dass Russland, um das Jahr 2000 noch Netto-Importeur von Getreide, seit Jahren der mit Abstand weltweit größte Getreide-Exporteur geworden ist und weiter zulegt.

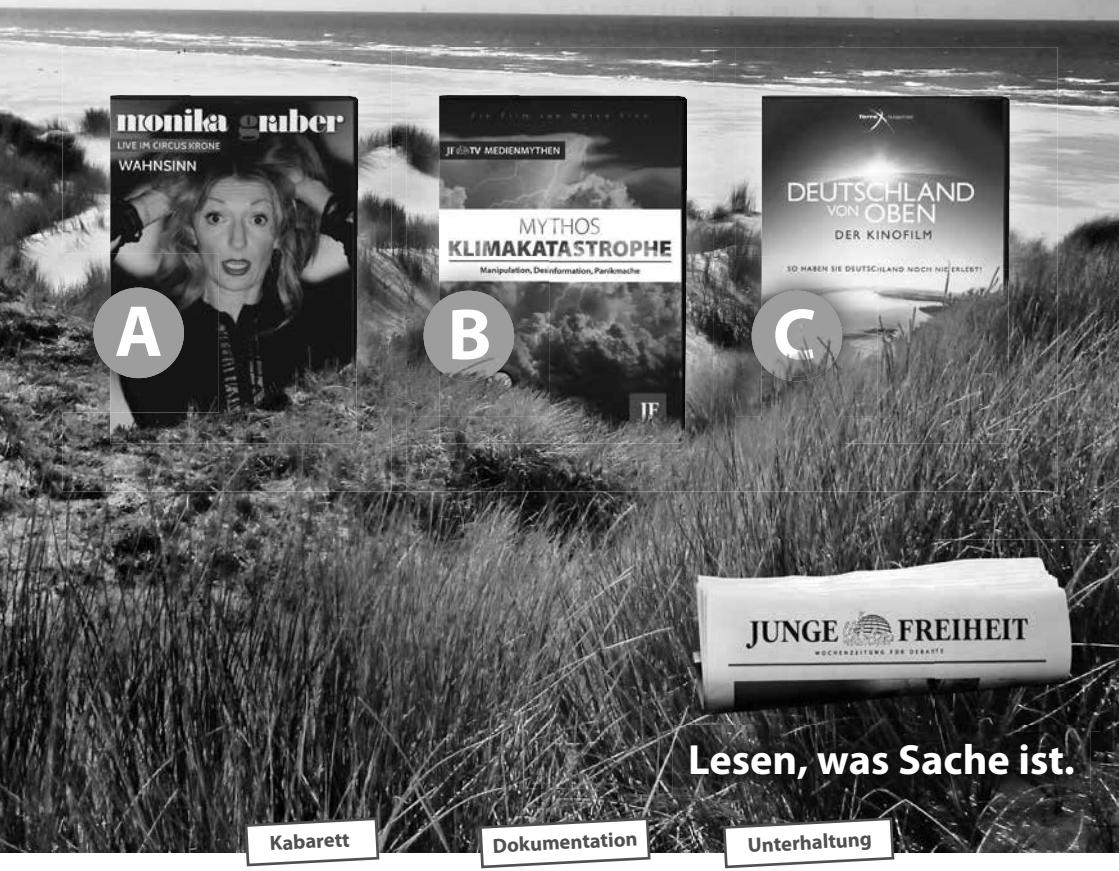
Wer die belastenden historischen Erfahrungen kennt, wird besonders die Leistung der für diese Erfolge Verantwortlichen durchaus bewundern können.
Er kann aber auch nur hoffen, dass diese Anstrengungen noch über viele Jahrzehnte anhalten, damit sich Russland weitgehend von schädlichen historischen Prägungen befreit.
Doch über das, was „schädliche" historische Prägungen sind, denken Russen sicher sehr eigen:
Das zeigt eine mit Millionen von Stimmen beantworteten Umfrage von 2008, wer für Russland die bedeutendste historische Persönlichkeit sei: Erster wurde Fürst Alexander Newski, der sich zwar kampflos dem Chan der Goldenen Horde unterwarf, aber zuvor 1240 und 42 westliche Invasoren besiegt hatte, was Russland die orthodoxe Kirche bewahrte, welche ihn zum Heiligen erklärte. Mit geringem Abstand Zweiter wurde der „Eiserne Premierminister" Pjotr Stolypin, der mit sehr vielen Todesurteilen gegen revolutionäre Umtriebe anging, doch ab 1906 durch umfangreiche Reformen begonnen hat, die Bauern wirklich zu befreien. Ihm folgt dicht darauf Stalin.[12]

Sehr gute Information zur russischen Geschichte:
- Hans-Joachim Torke (Hrsg.): Lexikon der Geschichte Rußlands, C.H. Beck, München 1985
- Richard Pipes: Rußland vor der Revolution, DTV/C.H.Beck, München 1974/1977
- Valentin Gitermann: Geschichte Rußlands (3 Bde.), Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1949
mit vielen Karten, Abbildungen, Quellentexten
- Sigmund von Herberstein: Das alte Rußland, Manesse, Zürich 1984
- Karl Nötzel: Grundlagen des geistigen Rußlands H. Haessel Verlag Leipzig 1923,
Nachdruck Georg Olms Verlag Hildesheim 1970
- Wikipedia: Geschichte Russlands (gut belegte, politisch neutrale Darstellung)

12 Spiegel Online 28.12.2008 „Stalin zum drittgrößten Russen aller Zeiten gewählt": „ Insgesamt waren in der Endrunde per Telefon oder SMS rund 4,5 Millionen Stimmen abgegeben worden, davon jeweils mehr als eine halbe Million für die drei ersten Plätze. In der Aktion „Historische Wahl 2008" des Senders Rossija, des Instituts für Geschichte und des Fonds Gesellschaftliche Meinung waren ursprünglich 500 Kandidaten im Rennen gewesen."

Deutschland-Abo

12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT + Prämie für 29 Euro
Bestellen Sie auf jf.de/deutschland-abo



Lesen, was Sache ist.

Wählen Sie Ihre Gratis-Prämie:

Kabarett	Dokumentation	Unterhaltung
Monika Gruber **DVD, Wahnsinn** im Wert von 15,99 Euro	**DVD, Mythos Klimakatastrophe** im Wert von 12,99 Euro	**DVD, Deutschland von oben** im Wert von 9,95 Euro
A ☐	B ☐	C ☐

jf.de/deutschland-abo

Manfred Backerra

Die Russländische Föderation – das Potential

Die so genannte „westliche Welt“ brüstet sich gerne mit ihrer Rationalität in der Betrachtung der Welt sowie im Angehen und der Lösung von Problemen. Doch schon allein die Tatsache, dass die westliche Politik sehr stark von Politischer Korrektheit bestimmt wird, lässt erkennen, wie wenig Rationalität in der politischen Wirklichkeit gilt – wenn rationales politisches Handeln darin besteht, das langfristig Beste für den Staat oder eine Staatengruppe anzustreben. Die Betrachtung seines Potentials soll zu einem rationalen Umgang mit Russland anregen.

Wie rational handelt nun das westliche Europa in Form der Europäischen Union, wenn es mit seinem riesigen und potentialreichsten Nachbarn seit vielen Jahren in einem Verhältnis des Kalten Krieges in kältester Form verharrt und selbst schädigende Sanktionen ausübt – auf Geheiß einer Macht jenseits des Atlantiks, die spätestens ab dem Kosovo-Krieg 1999 mit der Chaotisierung der für Europa wichtigen Regionen bewiesen hat, dass ihr das Wohl Europas völlig gleichgültig ist, wenn sie sich nur als „einzige Weltmacht“ zeigen kann?
Wie rational ist es, eine solche Macht immer noch als unverzichtbare Schutzmacht zu betrachten und ihretwegen den für Zusammenarbeit werbenden Nachbarn zurückzustoßen, der seine Verlässlichkeit als Vertragspartner bereits im Kalten Krieg und danach beim Abzug seiner Armeen vorzüglich bewiesen hat?
Betrachten wir das von Westeuropa als Partner verschmähte Potential etwas genauer.

Schon der offizielle Namen des Nachbarn hat es in sich: „Wir, das multinationale Volk der Russländischen Föderation“, so beginnt die Präambel der Verfassung des Landes, das sich selbst auch Russland nennt, genau wie wir. Mit „russländisch“ werden die vielen autochthonen Ethnien des Landes unter einen von allen anerkannten Begriff gebracht. Obschon die ethnischen Russen mit gut 80 Prozent eine satte Mehrheit darstellen und die größte Minderheit der Tataren nur knapp

vier Prozent ausmacht, wird sehr klug dieses einigende Band betont, statt auf Assimilation zu setzen.[1] Denn der Tatare oder Tschetschene, der in Moskau wie ein Russe lebt, fühlt sich normalerweise immer noch als Tatare oder Tschetschene.

Jede der über 100 Nationalitäten hat das Recht, ihre Sprache zu sprechen und zu erhalten. Die 22 Republiken Russlands haben aufgrund ihres in der Verfassung verbrieften Rechts auf ihrem Territorium 35 Sprachen von Nationalitäten neben Russisch als Amtssprache bestimmt. Bietet die hier aus langer Tradition gelebte Einheit in Vielfalt, die selbst den von außen angefachten Tschetschenien-Krieg überstanden hat, vielleicht ein gutes Beispiel für die vielen, teils militanten Selbstbestimmungsbestrebungen in Westeuropa?

Sehr bedeutsam ist, dass Menschen in Westeuropa und Russland viel gemeinsam haben. Sie leben weit überwiegend in einem von christlicher Kultur bestimmten Raum. Somit haben sie ein sehr ähnliches Menschenbild, wenn auch seine einzelnen Facetten von Volk zu Volk und sogar innerhalb der Völker unterschiedlich gefärbt sind.

Sie sprechen und schreiben weit überwiegend verwandte Sprachen in verwandten Alphabeten, sodass selbst bei fremden Alphabeten Worte entziffert werden können.

Ihre Staaten und Gesellschaften haben ähnlich Strukturen, wenn auch wieder von Volk zu Volk in unterschiedlicher Ausprägung ihrer Elemente. Die Menschen von Lissabon bis Wladiwostok haben grundsätzlich eine gemeinsame oder zumindest ähnliche Agenda in Philosophie, Literatur, Musik, bildender Kunst, Architektur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, somit in allen Feldern der Kultur und Zivilisation. Ihnen ist die Erforschung, das Verstehen und das Beherrschen der physischen und metaphysischen Welt ein besonderes Anliegen.

Man mag darüber streiten, ob der Unterschied zwischen den Menschen des orthodoxen und denen des katholisch-protestantischen Kulturkreises größer ist als der zwischen dem Norden und Süden oder dem Osten und Westen Westeuropas, doch letztlich gehören alle zu

1 Sie ist in diesen Regionen wohl nicht üblich. Symptomatisch ist die Antwort eines Taxifahrers in Tiflis/Georgien auf meine Frage, ob er aus Tiflis komme: „Ja, meine Familie lebt hier schon 400 Jahre, wir sind Armenier." Das war etwa 2002/3.

Die russische Stadt Wladiwostok liegt im Süden der zum Föderationskreis Ferner Osten gehörenden Region Primorje, ist eine Hafenstadt am Japanischen Meer, einem Randmeer des Pazifischen Ozeans, und liegt am südlichen Ende der rund 30 Kilometer langen und 13 Kilometer breiten Murawjow-Amurski-Halbinsel, die die Peter-der-Große-Bucht in Amur- und Ussuribucht teilt. Unser Bild zeigt das Stadtzentrum und das Goldene Horn (Solotoi Rog), die Hafenbucht von Wladiwostok. (Quelle: wikipedia)

einem europäischen Kulturkreis, der sich auch von seinen Ablegern in Amerika unterscheidet.[2]

Russland steht zwar mit seinen rund 147 Millionen Einwohnern mittlerweile nur noch an neunter Stelle der bevölkerungsreichsten Staaten, doch hat es mit den USA und China sicherlich das höchste Niveau in Wissenschaft und Technik; außerdem kann es seine Bevölkerung selbst ernähren.

2 Absatz aus Deutschland-Journal Sonderausgabe 2016, „Gemeinsames von Lissabon bis Wladiwostok".

Russland ist der größte Territorialstaat der Welt

Russland ist mit über 17 Millionen Quadratkilometern, einem Achtel des globalen Festlandes, der bei weitem größte Territorialstaat der Welt mit der 1,7-fachen Größe der nächst größten Staaten Kanada und USA. Es hat eine Ost-West-Ausdehnung von über 9000 Kilometern mit neun Zeitzonen und 2000 bis zu 4000 Kilometern Tiefe Nord-Süd mit vier Klimazonen von arktisch bis subtropisch.
Die Größe erlaubt und fordert das Denken und Handeln in großen Dimensionen ohne Grenzen. Sie ermöglicht sogar das Erproben interkontinentaler Flugkörper im eigenen Land.
Die Lage bietet Russland den Zugang zu den Staaten Asiens von innen auf kürzestem Wege, zudem entsprechend gute Möglichkeiten, auf sie einzuwirken, wobei, soweit absehbar, allenfalls China umgekehrt mit Aussicht auf Erfolg auf Russland einwirken könnte. Aber selbst im Falle eines Nuklearkrieges hat Russland allein wegen der Möglichkeiten, die seine immense Größe bietet, größere Chancen, zumindest in Resten zu überleben. Wegen dieses Kalküls muss jeder Angreifer fürchten, dass Russland notfalls zuerst Nuklearwaffen nicht nur symbolisch einsetzen könnte. Nach menschlichem Ermessen kann Russland deshalb, auch unabhängig vom Scheitern bisheriger Eroberungsversuche, nicht mehr als ein potentielles Angriffsziel betrachtet werden.
Russland nimmt in der Weltwirtschaft nur den 11. Platz hinter Kanada und vor Südkorea ein. Es hat aber ein unvergleichliches Potential an Kraft für eine selbstbestimmte und machtvolle Existenz. Denn zu den oben genannten Faktoren Größe und Lage des Landes sprechen dafür noch die naturgegebene Ausstattung des Landes und das ausbaufähige industrielle Niveau.
Russland besitzt etwa zehn Prozent aller Ackerflächen der Erde, ist damit nicht nur in der Ernährung autark, sondern seit einigen Jahren auch ein sehr großer, wenn nicht der größte Exporteur von Getreide. Dabei sind die Ackerflächen noch nicht voll genutzt und das Potential an Produkten noch nicht ausgeschöpft.
Russland besitzt ein Viertel der Weltgasreserven, über sechs Prozent der globalen Ölreserven, den zweitgrößten Anteil an Kohlereserven (19 %) und ist einer der größten Rohstoffproduzenten der Welt. Das Land verfügt praktisch über alle weiteren Industrie-Rohstoffe sowie

Russische Föderation

Die Zusammenarbeit in Bildung und Forschung ist eine tragende Säule der deutsch-russischen Beziehungen

Deutschland und Russland verbindet eine langjährige und vielfältige Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Als Grundlage dient das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion von 1987, das 2009 erneuert wurde. Vor diesem Hintergrund haben beide Länder eine „Roadmap" erarbeitet, um ihre Kooperation in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation zu vertiefen. Die Bildungs- und Wissenschaftsbeziehungen sind aufgrund ihrer thematischen Vielfalt und dank der beteiligten Akteure sehr facettenreich. Die Spanne der beteiligten Organisationen reicht von Ministerien über Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen bis hin zu Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen. Die kontinuierliche Zusammenarbeit hat zu guten persönlichen Beziehungen geführt und das dadurch entstandene Vertrauen bildet die Basis für besonders erfolgreiche Forschungsprojekte, bilaterale Studiengänge, eine konstruktive Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung sowie gemeinsam errichtete und genutzte Forschungsinfrastrukturen.

Deutsche und russische Polarforscher führen Klimastudien auf dem Meereis der Laptewsee durch. Ein Großteil des Meereises, das den Arktischen Ozean bedeckt, entsteht hier, 350 km vor der sibirischen Küste. Dieser Prozess beeinflusst auch das Klima in Nordeuropa. © GEOMAR / Dr. Heidemarie Kassens

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Edelmetalle und Edelsteine, besonders Diamanten, wobei sicherlich noch viele Lagerstätten unentdeckt sind.

Russlands Industrie und das produzierende Gewerbe haben starke wissenschaftliche Forschungseinrichtungen im Rücken. So können Industrie und Gewerbe, auch wenn sie nicht so diversifiziert sind wie ihre westlichen Pendants, ihr Land mit Gütern aller Art versorgen. Sie sind für originelle Lösungen technischer Probleme bekannt.

Konkurrenzfähige Gebrauchsgüter für den Export sind in westlicher Lizenz produzierte und einige russische Pkw.[3]

Besonders stark ist Russland in der Produktion von Rüstungsgütern. Manche Waffensysteme wie beispielsweise Fugabwehrraketen gelten als Weltspitze.

Weitere Spitzentechnologie, im März 2018 von Putin verkündet und durch Beobachtung beglaubigt, besteht unter anderem in zwei neuartigen, nuklear bestückbaren Waffen:

Die eine ist ein hypersonischer (bis 27 Mach schneller) Stratosphären-Gleitflugkörper für interkontinentale Reichweiten, gegen den es keine Abwehr gibt; er wird mit einer Rakete in eine niedrige Umlaufbahn gebracht.

Die andere ist ein großes Torpedo als Unterwasserdrohne mit bis zu 10 000 km Reichweite, das in Zielnähe eine hohe Geschwindigkeit entwickelt und dadurch schwer abzufangen ist; es kann auch auf dem Meeresboden in Wartestellung gebracht werden.

Nuklearmacht Russland auf Augenhöhe mit den USA

Damit beweist sich Russland als die einzige Nuklearmacht, die deutlich auf Augenhöhe mit den USA ist.

In der diesen Status unterstützenden zivilen Raumfahrt übertrifft Russland zur Zeit die USA: Die Internationale Raumstation kann nur noch mittels Sojus-Raketen versorgt werden.

Russland sorgt schließlich auch durch seine Finanzpolitik dafür, dass es selbstbestimmt bleibt:

---

3 Nach dem, was ich in Russland über die Unwilligkeit von Unternehmensleitern erfuhr, sich in den ungemütlichen westlichen Markt zu begeben (z. B. mit dem wunderschönen Tragflügelboot „Raketa“), lasst vermuten, dass dies ein wesentlicher Grund für den schwachen Export solcher Güter ist.

Es hat schon längst alle von der Sowjetunion übernommenen Schulden getilgt.
Die Staatsschulden Russlands betragen, bis 2024 prognostiziert, weniger als 20 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Seine Gold- und Devisenreserven sind höher.
Der Staat legt schon seit vielen Jahren immer Geld zurück, um schlechte Zeiten (Rezessionen, Sanktionen) gut abfedern zu können. Dieses (preußische) Rezept hat sich sehr bewährt.
Russland dürfte, wenn nicht alles täuscht, noch einiges Entwicklungspotential haben. Denn bisher erzeugt es pro Einwohner nur ein Viertel der Wirtschaftsleistung Deutschlands. Auch wenn es wegen vieler hemmender Faktoren kaum gleichziehen kann, wird es wahrscheinlich in Zukunft um einiges besser werden.
Zudem wachsen mit der Erdewärmung die Agrarflächen, die Möglichkeiten, in der Arktis Bodenschätze zu heben und Schifffahrt zu betreiben.
Es ist auch zu hoffen, und Intimkenner sehen dafür Anzeichen, dass sich allmählich eine Schicht von Beamten und Politikern entwickelt, die vor allem dem Gemeineinwohl und den Gesetzen verpflichtet ist. Bewahrheitet sich das, wird Russland einen Sprung nach vorne machen.
Russland besitzt auch einiges politische Kapital: Es hat generell ein gutes Verhältnis zu den asiatischen Staaten, zu Südamerika, vielen Drittwelt- und Schwellenländern, nicht zuletzt zur islamischen Welt. Sein Status als Nuklearmacht wird ergänzt durch seinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN.
Russland ist im Übrigen nicht nur allein mit seinem eigenen Potential zu sehen: Zumindest teilweise hinzuzurechnen sind die wirtschaftlichen und politischen Potentiale der ihm partnerschaftlich verbundenen Nachbarstaaten in Asien und Europa.
Georgien dürfte sich trotz der Querelen mit Russland über Abchasien und Südossetien nicht auf Dauer der natürlichen Partnerschaft mit seinem größten Nachbarn entziehen können.
Die Ukraine wird auch nicht auf Dauer von der EU alimentiert werden können, um die Forderung der USA zu erfüllen, Russland permanent in den Unterleib zu treten. Sie wird, da sie ethnisch, sprachlich, geschichtlich, wirtschaftlich und industriell mit Russland verbunden ist, auch selbst diese völlig naturwidrige Lage nicht ewig

ertragen können. Ein gedeihliches Verhältnis Westeuropas zu Russland wäre für eine solche Entwicklung natürlich sehr hilfreich.

Die Russländische Föderation hat als Partner Westeuropa wirtschaftlich und politisch immens viel zu bieten. Westeuropa umgekehrt auch. Es kann Russlands wirtschaftliche Entwicklung befördern und damit nicht zuletzt helfen, dass Russland die erforderliche Kraft gewinnt, Ostsibirien und den Fernen Osten in Besitz zu halten. Denn falls China diese Territorien übernähme, wären sie mit ihren reichen Bodenschätzen auch für Europa verloren.

Westeuropa und Russland: Gemeinsame Interessen

Auch in anderen Bereichen haben Westeuropa und Russland überwiegend gleiche Interessen in der Welt. Allerdings müssen die Westeuropäer ihre Hybris begraben, alle Völker hätten sich nach ihren „Werten" der bis zur Libertinität gehenden Liberalität, der Parteienherrschaft und anderem zu richten. Die Russländer werden es aus guten Gründen nicht tun. Sie werden bei ihren konservativen, auf menschlicher Erfahrung basierenden Vorstellungen bleiben. Damit können sie auch nach Westen hilfreiche Impulse aussenden.

Den Westlern täte ein wenig Bismarck gut, der meinte, wir seien Gott sei Dank nicht für die inneren Verhältnisse anderer Staaten zuständig.

Russland würde in einer Partnerschaft auch dann Westeuropa nicht dominieren, geschweige denn militärisch gefährlich werden können, wenn es durch die Zusammenarbeit mit Westeuropa wirtschaftlich erheblich stärker würde. Denn keine Expansion in Europa könnte Russland mehr Nutzen bringen als das friedliche Miteinander. Zudem verbietet das kaum veränderbare Kräfteverhältnis von knapp 150 Millionen Einwohnern Russlands zu gut 510 Millionen Einwohnern der EU eventuelle östliche Hegemonialträume.

Unter diesen Aspekten kann man die anfangs gestellte rhetorische Frage nach der europäischen politischen Rationalität nur so beantworten:

Westeuropa beweist mit dem abweisenden und schikanösen Verhalten gegenüber Russland eine unglaubliche, nicht zu überbietende Irrationalität!

Thomas Röper[1]

„Putin: Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?“[2]

Westliche Medien und Politiker behaupten immer wieder, dass Russland die EU spalten und schwächen möchte. Doch diese These gilt es zu überprüfen. Am besten dadurch, dass wir uns die Reden von Wladimir Putin etwas genauer betrachten, die er während seiner Präsidentschaft zur Thematik gehalten hat und in ihnen darlegte, welche geopolitischen Ziele Russland verfolgt. Dabei handelt es sich vor allem um drei Reden, die als historisch bezeichnet werden. Alle drei hatten geopolitische Themen zum Inhalt: Zum einen seine Rede vor dem deutschen Bundestag im Jahre 2001, dann die Rede bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 und seine Ausführungen vor der UNO-Vollversammlung 2015.

Als erster russischer Regierungschef durfte Putin am 25.9.2001, nur zwei Wochen nach 9/11, eine Rede im Deutschen Bundestag halten. Dort konnte man im Kern alle Punkte seiner Politik aus erster Hand und auf Deutsch hören. Punkte, die alle praktisch unverändert bis heute seine Politik bestimmen. Die Rede kann jeder Interessierte auf der Seite des Bundestages oder auf YouTube finden.

---

1 **Thomas Röper**, Jahrgang 1971, war als Experte für Osteuropa in Versicherungs- und Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Russland in Vorstands- und Aufsichtsratspositionen tätig; danach unabhängiger Unternehmensberater in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt das Internet-Portal *www.anti-spiegel.ru*. Schwerpunkte seiner Arbeit sind das mediale Russlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen sowie die Themen Geopolitik und Wirtschaft.

2 Titel des Buches von Thomas Röper im J-K-Fischer-Verlag 2019: „Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?“

Über Deutschland sagte Putin dabei:
„*Russland hegte gegenüber Deutschland immer besondere Gefühle. Wir haben Ihr Land immer als ein bedeutendes Zentrum der europäischen und der Weltkultur behandelt, für deren Entwicklung auch Russland viel geleistet hat. Kultur hat nie Grenzen gekannt. Kultur war immer unser gemeinsames Gut und hat die Völker verbunden*."

In Russland ist man sehr geschichtsbewusst. Im Unterschied zu Deutschland geht das Geschichtsbewusstsein Russlands jedoch über Jahrhunderte zurück, während in der deutschen Wahrnehmung die NS-Zeit einen Einschnitt bedeutet und das deutsche Geschichtsbewusstsein sich sehr oft auf politische Allianzen nach 1945 beschränkt. Der zweite Weltkrieg mit seinen 25 Millionen Opfern auf Seiten der Sowjetunion ist auch in Russland immer noch wichtig und präsent, jedoch ist er aus russischer Sicht keine derartige Zäsur wie aus deutscher Sicht. Außerdem haben, wie Putin ausführt, Deutsche Russlands Geschichte sehr stark und positiv geprägt. Und das ist den Menschen in Russland auf Schritt und Tritt bewusst, denn es gibt Straßen, die deutsche Namen tragen, ehemals deutsche Stadtteile in vielen russischen Städten, und sogar einige der wichtigsten Regenten in Russland waren Deutsche oder hatten deutsche Wurzeln.

Dies muss man im Hinterkopf haben, wenn man Putins Ausführungen im Deutschen Bundestag zur gemeinsamen Geschichte einordnen will:
„*Verehrte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, ein paar Worte zu den deutsch-russischen Beziehungen zu sagen - ich möchte das gesondert betrachten: Die russisch-deutschen Beziehungen sind ebenso alt wie unsere Länder. Die ersten Germanen erschienen Ende des ersten Jahrhunderts in Russland. Am Ende des 19. Jahrhunderts bildeten die Deutschen in Russland die neuntgrößte Minderheit. Aber nicht nur die Zahl ist wichtig, sondern natürlich auch die Rolle, die diese Menschen in der Entwicklung des Landes und im deutsch-russischen Verhältnis gespielt haben: Das waren Bauern, Kaufleute, die Intelligenz, das Militär und die Politiker. Zwischen Russland und Amerika liegen Ozeane. Zwischen Russland und Deutschland liegt die große Geschichte*.
Es ist wichtig, diese Geschichte richtig zu deuten. Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick. Nicht zufällig wurden früher alle Europäer in Russland Deut-

sche genannt und die europäische Siedlung in Moskau zum Beispiel „Deutscher Vorort“.“

Putins wiederholte Angebote zur Kooperation

Putin, damals noch unerfahren in Geopolitik und durchaus naiv, wie er später selbst zugab, sprach eine Vision an, die später zu dem Kernproblem der Beziehungen zwischen „dem Westen“ und Russland werden sollte:

„*Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.*

Putin hat Europa, also der EU, damals ein deutliches Angebot gemacht: Er hat ein Zusammengehen vorgeschlagen, von dem beide Seiten profitieren würden. Aber ein solches Zusammengehen hätte die Macht der USA in Europa reduziert, und genau darin liegt der Grund, warum Putins Vorschlag, den er immer wieder erneuert hat, im von den USA dominierten Westen nicht einmal diskutiert wird.

2015 wurde Putin in einem Interview von einem russischen Journalisten gefragt, ob er enttäuscht sei, dass seine ausgestreckte Hand vom Westen in all den Jahren nie angenommen worden ist. In seiner Antwort hat Putin erzählt, wie er zu dieser Idee des Zusammengehens mit Europa gekommen ist:

„*2001, als ich im Bundestag sagte, dass wir uns zusammentun sollten, zusammen in die Zukunft gehen, einen gemeinsamen Raum aufbauen, da hörte sich das an, als wären das meine eigenen Ideen und Vorschläge. Tatsächlich war das nicht meine Idee. 1992 oder 1993 nahm mich der damalige Bürgermeister von St. Petersburg, Sobtschak, mit nach Bonn zu Kanzler Kohl. Und plötzlich bat Kohl alle Teilnehmer, den Raum zu verlassen, auch die Dolmetscher, und dann habe ich übersetzt. Und da habe ich das zum ersten Mal gehört, von Kohl, von dem Kanzler, der noch in seinem Bungalow in Bonn war und nicht in Berlin. Und er sagte plötzlich: „Ich sehe Europas Zukunft nicht ohne Russland.“ Für mich, als ehemaligen Offizier der Auslandsaufklärung, war das*

völlig unerwartet. Aber ich fand es sehr interessant. Und er begann sehr überzeugt zu erzählen, warum er das meinte. Er sagte, auf der Welt entstehen neue mächtige Giganten, neue Machtzentren in Asien. Er sagte, die USA würden sich mit der Zeit mehr und mehr um ihre eigenen Interessen kümmern und um den amerikanischen Kontinent. Übrigens passiert ja jetzt genau das (Putin lacht). Genauso, wie Kohl es 1992 gesagt hat, so passiert es jetzt.
Kohl sagte: „Damit Europa als Zivilisation erhalten bleibt, müssen wir uns mit Russland zusammentun. Mit seiner Größe, seinen unendlichen Reichtümern und seiner uns kulturell so verwandten Bevölkerung, mit seiner Wissenschaft und seiner militärischen Macht. Wenn wir all das zusammentun, dann bleibt Europa ein Machtzentrum in der Welt."
So hat er das damals gesagt. Ich habe das nur umformuliert und im Bundestag gesagt. Ich konnte da ja schlecht ihn als Urheber nennen, aber ich habe diese Position seitdem geteilt und ich teile sie auch heute. Aber leider ist es so nicht gekommen. Was habe ich in München 2007 gesagt? Ein Land, die USA, wollen nun ihr eigenes Recht auch außerhalb ihres Territoriums anwenden. Das wird aber niemand freiwillig zulassen."

Damit kommen wir zu Putins zweiter wichtigen Rede, der Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahre 2007.
In der Rede führte er ausführlich aus, warum das monopolare Modell in seinen Augen für die Welt ungeeignet ist. Monopolares Modell bedeutet die Vorherrschaft eines Landes über die Welt. Das war – wenn auch in der Sprache der Diplomaten – ein Frontalangriff auf den Anspruch der USA, die Welt zu dominieren.

Anschließend beschrieb Putin, wie seiner Ansicht nach das Ergebnis dieser Vorherrschaft der USA aussieht. Wenn man dieses Zitat hört, muss man sich vor Augen führen, dass Putin das 2007 gesagt hat, also lange vor dem Krieg in Syrien, dem Krieg in Libyen oder dem Maidan mit dem folgenden Krieg in der Ukraine. Putins Worte klingen aus heutiger Sicht, 13 Jahre später, fast schon prophetisch:
„Einseitige, oft nicht legitime Handlungen haben nicht ein einziges Problem gelöst. Vielmehr waren sie Ausgangspunkt neuer menschlicher Tragödien und Spannungsherde. Urteilen Sie selbst: Kriege, lokale und regionale Konflikte sind nicht weniger geworden. Herr Teltschik hat ganz leicht daran erinnert. Und es sterben nicht weniger Menschen bei diesen Konflikten als früher, sondern sogar mehr. Bedeutend mehr!

Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt - militärischer Gewalt - in den internationalen Beziehungen, eine Gewalt, welche eine Sturmflut aufeinander folgender Konflikte in der Welt auslöst. Im Ergebnis reichen dann die Kräfte nicht mal für eine komplexe Lösung wenigstens eines dieser Konflikte aus. Eine politische Lösung ist ebenfalls unmöglich.
Wir sehen eine immer stärkere Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch: Bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem natürlich der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt. Nur, wem gefällt das schon?
(...)
Das ist allerdings äußerst gefährlich. Es führt dazu, dass sich schon niemand mehr sicher fühlt. Ich will das unterstreichen: Niemand fühlt sich mehr sicher! Weil sich niemand mehr hinter dem Völkerrecht wie hinter einer schützenden Wand verstecken kann. Eine solche Politik erweist sich als Auslöser für das Wettrüsten.
Die Dominanz des Faktors Gewalt löst in einer Reihe von Ländern den Drang nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen aus. Mehr noch: Es erschienen ganz neue Bedrohungen, die zwar früher schon bekannt waren, aber heute globalen Charakter annehmen, wie der Terrorismus."

Gewaltanwendung?Nur im Sinne der UN-Charta

Putin trat immer gegen die einseitigen Kriege der USA ein. Zur Anwendung militärischer Gewalt sagte er damals (und das wiederholt er bis heute bei jeder Gelegenheit):
„*Ich bin überzeugt, dass der einzige Mechanismus zur Entscheidung über die Anwendung von Gewalt als letzte Maßnahme nur die UN-Charta sein darf (...) Legitim ist eine Anwendung von Gewalt nur dann zu nennen, wenn ihr ein UNO-Beschluss zu Grunde liegt. Und man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen.*"
In seiner Rede 2015 vor der UNO-Vollversammlung nahm Putin dann schon praktisch kein Blatt mehr vor den Mund. Putin ist für eine Stärkung der UNO als den Ort, in dem die Staaten nach Kompromissen suchen und diese auch befolgen. Er wandte sich gegen alle Versuche,

die UNO weiter zu schwächen und erklärte, wozu es führen wird, wenn Staaten (er meinte wieder den Westen unter Führung der USA) sich über die UNO hinwegsetzen oder sie marginalisieren wollen:
„*Das kann zu einem Einsturz der gesamten Architektur der internationalen Beziehungen führen. Dann werden uns wirklich keine Regeln bleiben, außer dem Recht des Stärkeren. Das wird eine Welt sein, in der statt kollektiver Arbeit der Egoismus herrschen wird, eine Welt mit immer mehr Diktat und immer weniger Gleichberechtigung, echter Demokratie und Freiheit, eine Welt, in der anstelle wirklich souveräner Staaten die Zahl der Protektorate und von außen gesteuerten Territorien zunehmen wird.*“

Putin ist ausgesprochen geschichtsbewusst und keineswegs ein Verfechter der Politik der damaligen Sowjetunion, wie ihm im Westen gerne unterstellt wird. Er führte weiter aus:
„*Wir alle sollten nicht die Erfahrung der Vergangenheit vergessen. Wir (*in Russland*) haben etwa Beispiele aus der Geschichte der Sowjetunion im Gedächtnis. Der Export von sozialen Experimenten, die Versuche, Veränderungen in diesen oder jenen Staaten auf der Basis der eigenen ideologischen Vorstellungen herbeizuführen, führten oftmals zu tragischen Folgen, brachten nicht den Fortschritt, sondern eine Verschlechterung. Wie es jedoch aussieht, lernt niemand aus den Fehlern der anderen, sondern wiederholt sie nur. Und der Export von so genannten „demokratischen“ Revolutionen setzt sich fort.*“

Dann kam er auf Nordafrika und den Nahen Osten, die Politik der USA in der Region zu sprechen, die vom Westen mitgetragen wird. Über die Folgen dieser Politik sagte er:
„*Es genügt, auf die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika zu schauen. Gewiss, die politischen und die sozialen Probleme häuften sich in diesen Regionen seit langem und die Menschen wollten Veränderungen. Doch was passierte in Wirklichkeit? Eine aggressive äußere Einmischung führte dazu, dass anstelle der Reformen die staatlichen Institutionen und die Lebensweise der Menschen rücksichtslos zerstört wurden. Statt des Triumphs von Demokratie und Fortschritt gibt es Gewalt, Armut und soziale Katastrophen, während die Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben, keinen Wert mehr haben.*
Man möchte diejenigen fragen, die diese Situation geschaffen haben:
*„**Seht ihr jetzt endlich, was ihr angerichtet habt?**“*

Warum zitiere ich diese Reden so ausführlich, obwohl sie auf den ersten Blick nichts mit dem russisch-europäischen Verhältnis zu tun haben?

Weil aus diesen und allen anderen Reden Putins eines deutlich wird: Er kritisiert die USA massiv und ganz offen, aber findet keine schlechten Worte für die Europäer. Vielmehr bedauert er sie oft ganz offen, denn in seinen Augen unterstützen sie die USA und tun dies sogar sehr oft zum eigenen Schaden.

Putin spricht dann immer davon, dass die Europäer ihre Souveränität abgegeben haben und bedauert sie dafür. Er plädiert für souveräne Staaten, die ihre eigenen Interessen verfolgen und die Interessen anderer respektieren. Nur so lassen sich aus seiner Sicht tragfähige Kompromisse finden, von denen alle Beteiligten profitieren. Und eine solche Politik verhindert Kriege, weil sie auf dem Respekt vor den Interessen der „Partner", wie er sie nennt, aufbaut.

Putin plädiert also dafür, dass sich die EU von den USA emanzipiert und endlich eine Politik macht, die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, anstatt den Interessen der USA – oft zum eigenen Nachteil – zu dienen.

Und nun kommen wir zu der Frage, um die es geht: Will Putin die EU schwächen, spalten, destabilisieren?

Nun, die Antwort kann jeder schnell selbst finden. Kann eine gespaltene, geschwächte und destabilisierte EU sich jemals von den USA abnabeln? Natürlich nicht, das kann nur eine starke und einige EU tun.

Wenn Putin also eine Emanzipation der EU von den USA möchte, dann braucht er eine starke EU, keine schwache. Und dass Putin seine internationalen Partner nicht unterjochen oder dominieren möchte, zeigt seine Politik deutlich.

Mit GUS-Ländern, die Russland dominieren könnte, verfährt Putin partnerschaftlich und auf Augenhöhe. Ein in Deutschland wenig bekanntes Beispiel ist Kasachstan. Während westliche Medien Russland vorwerfen, mit der Eurasischen Wirtschaftsunion die ehemaligen GUS-Staaten dominieren zu wollen, war das Projekt in Wirklichkeit eine Idee des kasachischen Präsidenten.

Im Gegensatz zu internationalen Organisationen, die im Westen geschaffen werden, gibt es bei den Organisationen, an deren Gründung Russland mitgearbeitet hat, keine dominierende Macht. Die USA haben

sich bei Weltbank, IWF, Nato und so weiter eine Vormachtstellung gesichert, um die „Partner“ dominieren zu können.

In den Organisationen, die Russland mitgegründet hat, sind alle Mitglieder, egal ob großer oder kleiner Staat, gleichberechtigt und haben die gleichen Stimmrechte.

Auch Putins China-Politik zeigt, dass Putin auf Ausgleich setzt. Russland und China standen sich jahrzehntelang feindselig gegenüber, sogar ein Krieg schein eine Zeitlang möglich. Mit einer geduldigen Politik des Ausgleichs hat Putin es geschafft, dass die beiden ehemaligen Rivalen nun enge Partner und auf vielen politischen Feldern sogar Verbündete sind.

Es gibt also keinen Grund anzunehmen, dass Putin im Falle einer Partnerschaft mit der EU anders verfahren würde, als beim wesentlich schwächeren Kasachstan oder beim ebenfalls wirtschaftlich starken China.

Putin sucht mit jedem Land gemeinsame Interessen, und sind die gefunden, wird die Zusammenarbeit schrittweise ausgebaut und das oft bis hin zu einer echten Partnerschaft auf Augenhöhe.

Die Zusammenarbeit mit einem gleichberechtigten Partner, mit dem man Abmachungen trifft, die für beide Seiten vorteilhaft sind, ist zwar anfangs kompliziert, aber langfristig viel einfacher. Der gleichberechtigte Partner wird den getroffenen Vereinbarungen treu bleiben, weil er von ihnen profitiert. Ein dominierter „Partner“ muss immer wieder mit mehr oder weniger offen sichtbarem Druck „bei der Stange“ gehalten werden.

Putin will also in Wahrheit das Gegenteil von dem, was die westlichen Medien ihm unterstellen. Es sind im Gegenteil die USA, die ein Interesse an einer schwachen EU haben. Und das sagen sie – zumindest bei sich zu Hause – auch ganz offen.

Das kann man sehen, wenn man den großen Geostrategen der USA zuhört. Es sind dies oft in Europa weitgehend unbekannte Menschen, die aber in den USA eine wichtige Rolle spielen. Da ist zunächst Zbigniew Brzezinski, ein Mann, der unter Präsident Carter Nationaler Sicherheitsberater war und danach bis zu seinem Tod 2017 jeden Präsidenten beraten hat. Er hat schon 1998 ein Buch mit dem Titel „The Great Chessboard“ (auf Deutsch „Die einzige Weltmacht“) geschrieben, in dem er darlegte, dass die USA, wenn sie einzige Weltmacht bleiben wollen, den Eurasischen Kontinent beherrschen müssten.

Da sie nicht alle Länder zwischen Atlantik und Pazifik besetzen können, stellte er sich ein System aus internationalen Verträgen und Organisationen vor, die jeweils von den USA dominiert werden und die anderen Länder so an die USA binden. Er nahm im Grunde die altbekannte Strategie des „Teilen und Herrschen" auf, die schon das römische Reich in der Antike genutzt hat. Das bedeutet, dass man auch einzelne Länder in Konflikte miteinander treiben kann, die sich dann gegenseitig schwächen, anstatt die Macht der USA zu schwächen.

USA-Albtraum: Ein Zusammengehen EU/Russland

Wie einflussreich sein Buch auf die internationale Politik war und ist, das sieht man an seinen Gedanken zur Ukraine, die für ihn ein strategischer Schlüsselstaat ist. Wichtig war für ihn, die Ukraine dauerhaft von Russland zu trennen, da dies erstens Russland schwächen und zweitens auch einen Keil zwischen Europa und Russland treiben würde, eben das Prinzip „Teile und Herrsche". Er sprach ganz offen davon, dass die USA Russland schwächen müssten und auch eine Schwächung der mit den USA verbündeten Europäer sah er als erstrebenswert an.

Ein Zusammengehen von Europa und Russland ist für die Vordenker der Geopolitik in Washington der größte Albtraum, denn auch die USA sehen es so, dass diese Allianz tatsächlich zu einem internationalen Machtzentrum würde. Und eine solche Schwächung der eigenen Position können die USA um keinen Preis zulassen, wenn sie ihre Rolle als einzige Weltmacht auf Dauer erhalten wollen.

Ein weiteres Beispiel ist George Friedmann, seines Zeichens ebenfalls ein Geostratege. Er sagte in einer Pressekonferenz 2015, dass die USA seit über hundert Jahren vor allem ein Interesse verfolgen, nämlich eine Allianz zwischen Deutschland und Russland zu verhindern, da Russlands Ressourcen und Deutschlands Know-How vereinigt die größte Gefahr für die weltweite Vorherrschaft der USA darstelle. Die Liste derartiger Aussagen in Washington ist lang, dies ist also keine Verschwörungstheorie, sondern das sind die Aussagen derer, die als Berater die US-Außenpolitik bestimmen.

Der tatsächliche Gegner der Europäer, der sie schwächen (oder schwach erhalten) möchte, sind die USA. Russland möchte das Gegenteil erreichen: Es ist an einer Stärkung der Europäer interessiert,

denn nur das kann zu dem von Putin angestrebten „gemeinsamen Raum von Lissabon bis Wladiwostok“ führen.
Mit einer schwachen – oder gar einer in ihre Einzelstaaten zerbrechenden – EU ist das russische Ziel unerreichbar.

Russland, Putin und der Terrorismus
Ein Kapitel aus dem genannten Buch von Thomas Röper, etwas gekürzt.

Für Putin waren hier sicher auch die Ereignisse in Tschetschenien prägend. Als – so seine Sicht der Dinge – mit Unterstützung der USA und radikaler arabischer Islamisten der Versuch gemacht wurde, Tschetschenien aus dem russischen Staat zu lösen. Putin, als russischer Patriot, sah dies als Angriff auf Russland als Staat insgesamt. Entsprechend deutlich war die Reaktion, als Russland in einem langen Krieg die Islamisten aus dem Land vertrieb [Zweiter Tschetschenien-Krieg 1999-April 2009].

Aber Putin hat auch andere Erfahrungen in dem Krieg gemacht, nämlich die, dass für einen Sieg nicht nur ein militärisches Vorgehen gegen den Feind nötig ist, sondern auch eine ausgestreckte Hand für jeden, der die Waffen niederzulegen bereit ist. Der Wendepunkt in Tschetschenien war wahrscheinlich, als die pro-russisch-tschetschenischen Kräfte Putin von so einer Amnestie überzeugten. In der Folge wechselten Tausende Tschetschenen, die vorher auf der Seite der Islamisten gekämpft hatten, die Seite.

Trotz des grausamen Krieges ist Tschetschenien heute eine friedliche und wieder aufgebaute Teilrepublik Russlands. Die Tschetschenen leben dort nach ihren Traditionen und Bräuchen, die für jeden Europäer fremd sind. Die Tschetschenen sind ein stolzes moslemisches, durchaus militaristisches und patriarchalisches Volk, das auch den meisten Russen mehr als fremd ist. Der beliebteste Sport dort ist der Free Fight, bei dem praktisch alles erlaubt und der entsprechend brutal ist.

Aber auch hier sieht man Putins Ansatz, dass jedes Volk in Russland nach seinen Traditionen leben darf und soll.
Aber die Erfahrungen, die Putin in diesem Konflikt gemacht hat, ziehen sich wie ein roter Faden durch alle seine Äußerungen zu der

Ukraine oder zu Syrien. Er kritisiert Kiew dafür, keine Amnestie umzusetzen, die eine Voraussetzung dafür ist, dass die Menschen auch nur darüber nachdenken, ihre Waffen niederzulegen. Wenn die Ukraine in den heutigen Grenzen erhalten bleiben möchte, kommt sie um einen Versöhnungsprozess nicht herum, und dazu gehört eine Amnestie.

Auch auf Assad hat Putin in dieser Hinsicht eingewirkt, und Assad hat ebenfalls eine Amnestie ausgesprochen, was sicher dazu beigetragen hat, dass der größte Teil Syriens drei Jahre nach Russlands Eingreifen als befriedet gilt.

Im Gegensatz zu den meisten westlichen Politikern benennt Putin die so genanten „Fluchtursachen" nicht nur, er benennt auch die aus seiner Sicht Verantwortlichen [direkt oder indirekt].

Die Kriege im Nahen Osten und Nordafrika haben USA und Nato begonnen. Unter dem Vorwand, für Menschenrechte und Freiheit zu kämpfen, wurden ganze Länder zerstört und die Menschen in die Flucht oder in die Hände von Radikalen getrieben.

Auch die Armut und Perspektivlosigkeit vor allem in Afrika ist in Putins Augen eine Folge der westlichen Wirtschaftpolitik, die unter dem Label der Wirtschaftshilfe [...] in Wirklichkeit den eigenen Konzernen Subventionen zukommen lässt, die dann die kleinen örtlichen Unternehmen vom Markt verdrängen. Dieses „Erfolgsrezept" ist im Westen als „Globalisierung" bekannt, und auch wenn Putin die Globalisierung eigentlich nie direkt angreift, ist doch recht eindeutig, dass er genau diese als Grund für die Armut ausmacht.

Und auch die Bildung ist für Putin ein wichtiges Thema, da aus seiner Sicht ein ungebildeter Mensch ein viel leichteres Opfer für die radikalen Islamisten ist, als einer, der über Wissen und eine fundierte Meinung verfügt.

Daher sind dies auch immer wieder die Lösungen, die Putin vorschlägt: Einerseits ein harter Kampf gegen Terroristen und andererseits Amnestien und Programme zum wirtschaftlichen (Wieder-) Aufbau der betroffenen Länder und eine Investition in die Bildung in den Ländern. Nur in dieser Kombination hält er einen Sieg gegen den Terror langfristig für möglich.

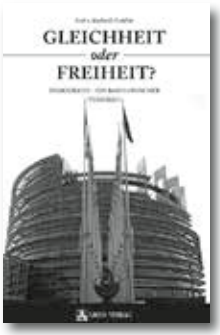
Aus unserem Programm

ISBN 978-3-99081-021-7
Andreas Vonderach
DIE DEKONSTRUKTION DER RASSE
Sozialwissenschaften gegen die Biologie
112 Seiten, brosch.
€ 14,–

Seit Jahrzehnten wird gefordert, den Rassenbegriff nicht mehr auf Menschen anzuwenden – „historische Verantwortung", Kolonialismus, Rassismus. Was aber steckt wirklich hinter diesem Dogma? Dieses Buch beleuchtet die Durchsetzung der „Rassenleugner" in der Wissenschaft und die gravierenden Folgen.

ISBN 978-3-99081-023-1
Slavko Leban
IRRUNGEN UND WIRRUNGEN EUROPAS
Mensch und Masse in der modernen Gesellschaft
176 Seiten, brosch.
€ 20,–

Die EU-Wohlstandsgesellschaft hat die vorhandenen Missstände lange ignoriert. Im Jahr 2020, 70 Jahre nach Vorstellung des Schuman-Plans, ist ein Nachdenken über die Zukunft unseres Kontinents und seiner Menschen dringender denn je geboten – die europäische Identität steht auf dem Spiel und muss bewahrt werden.



ISBN 978-3-99081-011-8
Erik v. Kuehnelt-Leddihn
GLEICHHEIT ODER FREIHEIT?
Demokratie – ein babylonischer Turmbau?
492 Seiten, Hc.
€ 34,90

Die Unvereinbarkeit von Gleichheit und Freiheit ist in den Augen des großen katholischen Denkers, der ab 1935 an mehreren Hochschulen in den USA lehrte und sich selbst als „rechtsradikalen Liberalen" bezeichnete, die „Schicksalsfrage des Abendlandes":
Uns droht die Gefahr eines demokratischen Totalitarismus des „Big Brother".

ISBN 978-3-99081-020-0
Felix Dirsch/Volker Münz/
Thomas Wawerka (Hg.)
NATION, EUROPA, CHRISTENHEIT
Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus
240 Seiten, Hc.
€ 19,90

In die große Auseinandersetzung unserer Zeit – „Volk" gegen „Eliten" – sind auch die Kirchen involviert: Liberale stellen die Nächstenliebe ins Zentrum ihrer universalistischen Forderungen. „Nation, Europa, Christenheit" liefert eine Klarstellung zum Verhältnis des Christen zu Volk, Abendland und Tagespolitik.

ARES VERLAG
www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at, www.buchhandlung-stoehr.at

Thomas Röper[1]

Ein unfreies Land mit Zensur?

Wie russische Medien wirklich berichten

Der Verfasser dieses Beitrags wird immer wieder gefragt, wie die russischen Medien berichten. In Deutschland herrscht nämlich die Meinung vor, in Russland herrsche Zensur. Das Gegenteil ist der Fall. Die Vielfalt der in den russischen Medien veröffentlichten Meinungen und Standpunkte ist viel größer als in Deutschland. Natürlich haben – vor allem - die staatlichen Medien in Russland eine Meinung, die man deutlich herauslesen kann. Aber im Gegensatz zu den deutschen Mainstream-Medien lassen die russischen Medien „die Gegenseite" ausführlich zu Wort kommen. Danach erklären sie ihren Standpunkt und versuchen, die „andere Seite" zu widerlegen.

In Deutschland findet man die Argumente „der Gegenseite" **oftmals** gar nicht in den Medien, **vor allem wenn sie von „rechts" kommen.** Die Meinung der „anderen Seite" wird in Deutschland immer verkürzt dargestellt und oft aus dem Zusammenhang gerissen, was den Konsumenten in die gewollte Richtung beeinflussen soll.

Das wird gerne dadurch getan, dass man einfach über dies oder jenes gar nicht berichtet. Die so genannte „Lückenpresse" ist daher weit gefährlicher, als „Lügenpresse". Eine Lüge kann der Leser **vielleicht** entdecken. Aber wenn er etwas nicht weiß, weil darüber nicht berichtet wird, kann er kaum „dahinter kommen".

Das ist in Russland anders. Sei es, weil die westlichen Medien mit ihrer Übermacht im Informationsraum ihre Thesen sowieso in Russland bekannt machen können, oder sei es, weil die Russen eben so sind.

---

1 **Thomas Röper**, Jahrgang 1971, war als Experte für Osteuropa in Versicherungs- und Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Russland in Vorstands- und Aufsichtsratspositionen tätig; danach unabhängiger Unternehmensberater in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt das Internet-Portal *www.anti-spiegel.ru*. Schwerpunkte seiner Arbeit sind das mediale Russlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen sowie die Themen Geopolitik und Wirtschaft.

Fakt ist jedenfalls, dass in Russland die Argumente „der Gegenseite“ ausführlich thematisiert werden. Das ist im Westen nicht so.

Ich will ein Beispiel aus meinem Buch über Putin[2] bringen, aus dem Kapitel über die Medien. Der von mir übersetzte Dialog zwischen Putin und einem Journalisten dürfte alle, die Russland für ein unfreies Land mit geknebelter Presse halten, sehr überraschen.

„Radio Echo Moskvy“ ist ein russlandweiter Radiosender, der sehr konsequent eine pro-westliche Linie fährt und die Regierung heftig angreift und auch Putin persönlich oft unsachlich beschimpft. Trotzdem bekommt der Radiosender Unterstützung vom russischen Staat. Zum Erhalt der Meinungsvielfalt unterstützt der russische Staat diesen Radiosender finanziell. In Deutschland und anderen westlichen Ländern wäre es undenkbar, dass der Staat einen Sender unterstützt, der die russische Politik propagiert.

Ich zitiere hier ein Gespräch, das sich 2012 bei einem Treffen Putins mit den Chefredakteuren der führenden russischen Medien zugetragen hat. Dort gerieten Putin und der Chefredakteur von „Radio Echo Moskvy“ vor laufenden Kameras aneinander. Und auch das gleich vorweg: Alexej Wenediktov ist bis heute Chefredakteur von „Radio Echo Moskvy“, der Disput hat ihn weder seinen Posten gekostet, noch wurde seine Finanzierung gekürzt.

Das Gespräch fand kurz vor den damaligen Wahlen statt, bei denen sich Putin nach vier Jahren als Premierminister wieder als Präsidentschaftskandidat bewarb. Putin hatte damals einen Artikel geschrieben, in dem er sein Programm erklärte und welche Projekte er als Präsident in Angriff nehmen wollte.

Putin im Disput mit dem Chefredakteur von „Radio Echo Moskvy“

Beginn des übersetzten Dialogs:

Wenediktov: „Sie sprechen jetzt mit Ihren Anhängern und auch der Artikel war sehr wichtig. Trotzdem bleiben massenhaft Fragen offen, darunter auch die Frage, warum will er zurückkommen. Was will er noch tun?

2 Thomas Röper, Wladimir Putin: Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?, 2019 J.K. Fischer Verlag

Was ich sagen will ist, dass Sie dies nicht nur mit denen besprechen sollten, die Ihnen ohnehin applaudieren. Sie sollten auch mit den Kritikern sprechen, denn Kritiker können einem einen anderen Blickwinkel geben."

Putin: „Sie sitzen doch hier mit am Tisch. Wir reden doch miteinander. Wie Sie sehen, tue ich genau das, was Sie fordern."

Wenediktov: „Danke, das stimmt natürlich.

Ich habe heute auf dem Gaidar-Forum gesehen, dass der ehemalige finnische Premierminister einen schönen Satz gesagt hat, der Ihnen auch gefallen dürfte, falls Sie ihn nicht gehört haben: „In der Politik ist es wie beim Eishockey. Man darf nicht dahin laufen, wo der Puck jetzt liegt, sondern muss dahin laufen, wohin der Puck fliegt." Das ist ein toller Satz über die Politik, ich finde, er hat das sehr gut gesagt."

Putin (lächelnd): „Der quält uns ein bisschen, denn er bringt ein Beispiel aus einem Sport, wo sie gegen uns in letzter Zeit gewinnen und er bringt jetzt genau dieses Beispiel."

Wenediktov: „Dann machen die es im Moment eben richtig und rennen nicht dahin, wo der Puck liegt, sondern dahin, wohin er fliegt.

Sie haben gerade über die Wahlen gesprochen. Das ist ein sehr wichtiges Thema, dass die Menschen im Land und auch die ausländischen Partner, einschließlich des Westens, keine Zweifel an der Legitimität der Wahlen haben. Das ist ja nicht einmal etwas Politisches, ehrliche Wahlen wollen alle, das Volk, Sie und auch alle anderen Kandidaten. Jetzt hat sich die „Liga für ehrliche Wahlen" gegründet, das sind keine Politiker. Das sind Künstler und Autoren, Leute wie Akunin, Litskaja und so weiter.

Warum treffen Sie sich mit denen nicht? Die mögen Sie zwar längst nicht alle und Sie mögen vielleicht auch nicht alle von denen."

Putin: „Also mag mich von denen der eine oder andere doch?"

Wendiktov: „Wahrscheinlich…"

Putin: „Wissen Sie, dass wir vor kurzem den Regierungspreis für Journalistik verliehen haben? Und soweit ich weiß, haben wir alle genannten Kollegen eingeladen. Sie sind nicht gekommen.

Sie sagen „Wir wollen eine Diskussion, aber die Regierung will uns nicht zuhören."

Wir haben sie mehrmals eingeladen, aber sie kommen nicht. Da stellt sich mir die Frage, was wollen die eigentlich wirklich? Wollen die einfach sagen, dass es keine Diskussionen gibt? Oder wollen sie nicht diskutieren? Ich und auch meine Kollegen sind bereit, mit denen zu reden, wir haben sie mehrmals eingeladen. Aber sie sind nie gekommen.

Auf Ihrer Internetseite hat jemand geschrieben: „Für Putin stimmen nur Rindviecher! Und seinen Artikel habe ich gar nicht erst gelesen." Was ist das für eine Form der Diskussion? Und was ist das für ein Verhältnis zu der Mehrheit der Bürger unseres Landes?

Wie soll man mit Menschen diskutieren, die die Mehrheit der Bürger „Rindviecher" nennt, denn bisher hat ja eine Mehrheit für mich gestimmt. Und den Artikel will er erst gar nicht lesen. Wie soll man da diskutieren?"

Wenediktov: „Sie als Kandidat müssen Ihre Wähler überzeugen und auch diese Leute einladen."

Putin: „Ich lade sie ja ein, aber sie kommen nicht.

Ist ja auch okay, die Menschen haben alle ihre ganz persönlichen Beweggründe und Motive. Wir alle lieben die Bücher von Akunin. Er schreibt sehr interessant, finde ich zumindest, ich interessiere mich für die russische Geschichte und er schreibt da sehr interessante Dinge. Soweit mir bekannt ist, ist er ethnischer Georgier. Da verstehe ich, dass ihm Russlands Verhalten bei dem Streit zwischen Russland und Georgien, de facto ein bewaffneter Konflikt, nicht gefallen hat.

Russland war gezwungen, die Menschen in Südossetien und auch die eigenen Friedenstruppen zu verteidigen, die angegriffen und getötet wurden. Nicht wenige unserer eigenen Leute wurden getötet, was hätten wir denn tun sollen?

Es gibt in Russland eine große georgische Diaspora. Und ich bin sicher, dass ein großer Teil davon und auch ein großer Teil der Georgier in Georgien unsere Motive verstehen. Was hätten wir anderes tun können?

Nicht wir haben gegen die internationalen Verträge verstoßen. Was hätten wir tun sollen?

Das ist das Eine, ich hätte nicht erwartet, dass wir darauf zurückkommen.

Das andere ist, dass derzeit die US-Raketenabwehr überall diskutiert wird. Für uns ist das wichtig, wo die Systeme aufgestellt werden, nah an unseren Grenzen oder weiter weg. Und auch die Frage, ob sie in Georgien aufgestellt werden. Das ist für uns wichtig. Sollen wir dann unsere Atomwaffen auf diese Anlagen in Georgien ausrichten? Sehen Sie, wie schrecklich das wäre?
Aber haben wir eine Garantie, dass die dort nicht installiert werden? Nein, haben wir nicht. Wenn wir unseren georgischen Kollegen vorschlagen, dies oder jenes zu tun, dann lehnen die alles ab, stattdessen gibt es dann solche Aggressionen wie in Südossetien.
Was sollen wir denn tun? Wir wollen ja mit anderen Auswege suchen, wenn die wenigstens mit uns reden würden. Und viele wollen auch reden, die georgische Opposition ist doch zur Grundsteinlegung und zur Eröffnung des Denkmals für die georgischen Opfer des Zweiten Weltkrieges nach Moskau gekommen. Das ist doch ein Zeichen des Respekts für das georgische Volk von Seiten Russlands. Ich bin sicher, dass große Teile der georgischen Öffentlichkeit das gesehen haben, es kann ja nicht unbemerkt geblieben sein.
Ein großer Teil der georgischen Diaspora in Russland versteht uns auch, wir sind bereit, mit allen zu diskutieren. Auch über andere Themen, auch mit der so genannten System-Opposition, die von völlig anderen Standpunkten ausgeht.
Eben habe ich über die Raketenabwehr gesprochen. Ich muss zugeben, ich habe wenig Zeit für Fernsehen oder Radio, auch Ihren Sender höre ich selten…“
Wenediktov: „Das ist schlecht“
Putin: „Nicht so schnell, ich bin ja noch nicht fertig.
Kürzlich waren wir im Süden und haben uns um die Olympia-Baustellen gekümmert, sind abends ein bisschen Ski gefahren, und dann habe ich das Radio angemacht und landete bei Ihrem Sender. Ich kenne die Leute nicht, die da geredet haben. Aber ich dachte nur >Was reden die da für einen Quatsch!< Ich wusste nicht mal, dass das Ihr Sender war.“
Wenediktov: „Auch schlecht.“
Putin: „Gut oder schlecht, ich sage Ihnen ehrlich, was ich da erlebt habe.

Die haben die Raketenabwehr diskutiert. Aber so einen Schwachsinn habe ich noch nie gehört, wo nehmen die das nur her? Die meinten, es wäre für uns nicht wichtig, wie weit von unserer Grenze entfernt die Raketen aufgestellt werden. Wie jetzt, nicht wichtig? Wenn sie nahe sind, decken sie unsere Raketenstützpunkte ab und können unsere Raketen abschießen. Wenn sie weiter entfernt sind, dann decken sie das Gebiet nicht ab und können sie auch nicht abschießen. Wie soll das nicht wichtig sein? Das ist die prinzipiell wichtigste Frage.

Andere These: Die Amerikaner bieten uns auf dem Gebiet eine Zusammenarbeit an, aber Russland lehnt das ab.

Es ist doch genau umgekehrt: Wir bieten das an und sie lehnen es ab. Die lassen uns nicht da ran, sie lassen auch ihre engsten Verbündeten von der Nato nicht an die Systeme. Die Radare sind aufgestellt, über die Stationierung der Raketen einigt man sich, aber an das Kontrollpult lassen sie niemanden ran.

Ich lag da auf dem Bett und dachte mir >Das ist doch keine Information, was die da machen. Das ist die Bedienung der außenpolitischen Interessen eines Landes gegen ein anderes Land, gegen Russland.<“

Ich sage Ihnen das jetzt als Experte, der sich mit diesen Dingen seit vielen Jahren beschäftigt. Das sind die grundsätzlichsten Fragen, das müssen die wissen. Ich glaube nicht, dass die das nicht wussten. Und die machen das noch auf Kosten des russischen Steuerzahlers.

Mir geht es nicht in den Kopf, wie das möglich ist. In den Vereinigten Staaten wäre das völlig unmöglich. So etwas würden die gar nicht auf Sendung lassen. Ich erinnere mich noch, wie Fox über die Ereignisse in Südossetien berichtet hat. Da haben zwei Frauen von den Ereignissen erzählt, und als die Redaktion bemerkte, dass sie es mit Leuten zu tun hatte, die die Aktionen Russlands unterstützen – Sie wissen doch selbst, was da passierte – da haben sie in die Übertragung gehustet, geräuspert und was nicht noch alles, damit die nicht mehr zu hören waren.

Dass man auf diese Weise die Interessen Russlands in einem Kanal bedient, der auch noch dem amerikanischen Staat gehört, ist schlicht unvorstellbar und unmöglich.

Und Sie reden von Meinungsfreiheit. Wo ist denn dann die Meinungsfreiheit, wenn nicht hier? Das ist eigentlich sogar unanständig.
Finde ich…
Übrigens, wen wollen Sie eigentlich wählen?“
Wenediktov: „Ich gehe seit 1996 nicht wählen, weil ich als Chefredakteur eines politischen Senders weder meine Hörer noch meine Journalisten damit beeinflussen will, für wen ich stimmen könnte.“
Putin: „Sie sind jetzt sauer auf mich, das fühle ich.“
Wenediktov: „Das stimmt, ich bin sauer“
Putin: „Warum? Ich bin doch auch nicht sauer auf Sie, wenn Ihr Sender mich von morgens bis abends mit Dreck bewirft. Ich habe gerade mal zwei Worte gesagt und schon ist er sauer.“
Ende des übersetzten Dialogs.

Können Sie sich einen solchen Dialog vor laufenden Kameras in Deutschland vorstellen?
Das Video von der Diskussion ist in Russland sehr bekannt, es wurde ungezählte Male auf YouTube veröffentlicht und wurde wohl millionenfach angeklickt.
Ich finde es immer lustig, wenn die deutschen Medien behaupten, in Russland gebe es Zensur. Wenn aber in Russland ein Skandal bekannt wird, dann kann man in Deutschland lesen, dass er von der „oppositionellen Zeitung“ XY aufgedeckt wurde.
Ja, was denn nun?
Gibt es in Russland Zensur? Dann kann es aber keine „oppositionelle Zeitung“ geben, die Skandale aufdeckt. Oder gibt es oppositionelle Zeitungen? Dann kann es aber keine Zensur geben. Achten Sie mal darauf, wenn Sie deutsche Medien verfolgen, denn dieser Widerspruch springt einem ins Auge, wenn man darauf achtet.

Der „Spiegel“ und seine Russlandberichterstattung

Schauen wir uns ein aktuelles Beispiel an. Es geht um einen Spiegel-Artikel, der Ende März 2020 erschienen ist. Darin ging es um das Coronavirus. Zu dem Zeitpunkt gab es in Deutschland bereits die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, in Russland aber noch nicht.

Russland hatte sehr früh reagiert und die Pandemie traf Russland daher erst fast einen Monat später. Zu dem Zeitpunkt gab es in Russland noch kaum Infizierte und Tote.

Dass Russland etwas richtig machen kann, ist für **die meisten** deutschen Medien inakzeptabel und daher musste man davon ablenken. Die Überschrift lautete >Putin ist hart – Corona ist härter<. Bei Interesse finden Sie den Artikel auf der Seite des Spiegel.

Und so schrieb der Spiegel in der zweiten Hälfte des Artikels dann auch von Behauptungen, in Russland würden die Zahlen der Corona-Infizierten gefälscht. Als Quelle gab er Partner von Navalny an. Die liefern zwar keine Belege für ihre Behauptungen, machen aber eine Menge Wind in russischen sozialen Netzwerken. Übrigens: Das tun sie, ohne dafür bestraft zu werden, obwohl doch angeblich in Russland eine strenge Zensur herrscht. Das nur noch einmal als Denkanstoß am Rande.

Allerdings hat Russland – wie viele andere Länder auch – beschlossen, dass offensichtliche Falschmeldungen über das Coronavirus bestraft werden sollen, um Panik durch Falschmeldungen zu vermeiden. Der Spiegel schrieb dazu:

>Danach könnte das Verbreiten von vermeintlichen Falschnachrichten unter das Strafrecht fallen. Bisher wird die Verbreitung von „Fake News" bzw. von Informationen, die die russischen Behörden als solche einstufen, als Ordnungsstrafe geahndet.<

Man beachte: Die angebliche Zensur in Russland, von der wir immer so viel in Deutschland hören, besteht darin, dass offensichtliche Falschmeldungen bestenfalls als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden. Also mit einem Bußgeld, wie bei Falschparken. Wobei ich, ehrlich gesagt, keine Fälle kenne, in denen das angewendet wurde. Sollte jemand dazu Informationen mit Quellen haben, nehme ich die gerne an und werde berichten.

Seit kurzem können Falschmeldungen über Corona in Russland als Straftaten verfolgt werden. Allerdings nur unter zwei Bedingungen: Erstens: Der Verfasser muss **wissentlich** unwahre Informationen verbreiten; wenn er es aus Unwissen tut, bleibt er straffrei. Zweitens: Es muss jemand durch die Meldung zu Tode gekommen sein. Nur wenn durch eine bewusste Lüge ein Mensch zu Schaden gekommen ist, wird das verfolgt.

Wer aber den Spiegel-Artikel von Frau Hebel liest, der glaubt, dass bereits rigoros bestraft wird:

>Auch Medien sind schon betroffen, was Reporter ohne Grenzen als >>absolut kontraproduktiv<< kritisiert. So droht der unabhängigen Webseite >Goworit Magadan< [Es spricht Magadan] eine Geldstrafe von 200.000 bis 500.000 Rubel, umgerechnet etwa 2400 bis 5900 Euro – ein vielfaches ihrer monatlichen Werbeeinnahmen. Das Medium hatte gemeldet: >>Ein Patient mit Verdacht auf Corona-Infektion ist im Krankenhaus der Region Magadan gestorben<<. Für die Medienaufsichtsbehörde ist das >Fake News<. „>Goworit Magadan> weist das zurück, man habe mit Verweis auf Quellen im Krankenhaus und Gesundheitsministerium berichtet.“

Hier zeigt sich wieder – wie oben von mir behauptet -, dass <Lückenpresse< viel schlimmer ist, als >Lügenpresse<. Der Spiegel schreibt die Wahrheit, lässt aber alles weg, was nicht in sein antirussisches Narrativ passt, das er den Deutschen vermitteln will.

Tatsächlich gab es den besagten Artikel bei >Govorit Magadan< und tatsächlich sollte deswegen eine Strafe verhängt werden. Und ebenfalls wahr ist, dass dort ein Patient mit Verdacht auf Corona gestorben ist.

Was der Spiegel verschweigt: Der Verdacht auf Corona hat sich nicht bestätigt. Aber wichtiger noch: Die Ermittlungen gegen die Seite >Govorit Magadan< wurden nicht nur eingestellt, der russische Ministerpräsident hat am 24. März sogar den Chef der Medienaufsicht mit sofortiger Wirkung gefeuert.

Diese Meldung ist übrigens keine russische Propaganda, man kann sie auch bei >Govorit Magadan< selbst nachlesen. Das Portal hat sich, nachdem die Kündigung des Chefs der Medienaufsicht bekannt geworden ist, mit folgenden Worten an den Ministerpräsidenten gewandt:

>Unsere Redaktion war natürlich nicht einverstanden mit der Entscheidung der Medienaufsicht (wir haben das, wofür wir bestraft werden sollten, nicht geschrieben), aber wir haben keinen Rücktritt verlangt<

So viel zur Zensur in Russland und zu den harten Strafen, die freien Medien angeblich blühen. Stattdessen wird in Russland der Chef der Aufsichtsbehörde gefeuert, wenn seine Mitarbeiter im Eifer des Gefechts über das Ziel hinausschießen.

Die Spiegel-Autorin muss das alles wissen, sie ist immerhin Moskau-Korrespondentin dieses Nachrichtenmagazins. Der fragliche Artikel erschien bei >Govorit Magadan“ am 16. März, am 20. März drohte die Aufsicht mit der Strafe (wie <Govorit Magadan< selbst ge-

meldet hat), am 23. März wurde der Chef der Aufsicht gefeuert, und am 24. März hat >Govorit Magadan< das selbst darüber gemeldet. Doch erst am 26. März hat der Spiegel über den Fall berichtet und behauptet, dem Portal drohe eine Strafe, dabei war die Sache längst vom Tisch."

Der Zerrspiegel deutscher Medien

Thomas Röper in seinem Portal anti-spiegel.ru vom 19. 8. 2019[3]:
„*Unser Unterbewusstsein reagiert am stärksten auf Bilder. Und solche, die zeigen, wie Demonstranten von hoch bewaffneten Polizisten abgeführt werden, sind nicht schön. Dabei vergessen die meisten Fernsehzuschauer, die richtigen Fragen zu stellen. Welche politischen Hintergründe haben die „Aufstände" in Moskau, und hatte vielleicht der Westen seine Finger im Spiel? Was passiert eigentlich in Deutschland mit Menschen, die ohne Genehmigung an x-beliebigen Orten demonstrieren? Und warum wird über zum Teil viel schlimmere Polizeigewalt – zum Beispiel in Frankreich – nicht mit der gleichen Akribie berichtet? Gibt es im „Evil Empire" gar auch Demonstrationen, die genehmigt wurden und friedlich verlaufen? Wie so oft misst die deutsche Presse mit zweierlei Maß, um das ungünstige Bild, das sie von Russland zeichnen will, nicht zu gefährden.*

Um zu verstehen, was in Moskau vor sich geht, und um die Berichte der deutschen Medien einordnen zu können, müssen wir uns zuerst mit den Hintergründen beschäftigen. Danach kommen wir zu den deutschen Medien.

In Moskau finden im September Wahlen zum Stadtparlament statt. Russland ist, wie Deutschland, ein föderaler Bundesstaat. Die Bundesländer heißen „Oblast" (deutsch: Region). Ganz wie die deutschen Stadtstaaten gibt es auch zwei Städte, die gleichzeitig Oblast sind: Moskau und St. Petersburg.

Allerdings funktionieren die Wahlen in Russland anders. Zu den Oblast-Parlamenten werden keine Parteilisten gewählt, sondern Direktkandidaten. Um als unabhängiger Kandidat zugelassen zu werden, braucht es eine bestimmte Anzahl an Unterschriften, die von der Bevölkerung im Wahlkreis abhängt. Es sind einige Tausend

3 https://www.anti-spiegel.ru/2019/die-provokateure/

Unterschriften pro Kandidat, die man einreichen muss. Dabei dürfen höchstens zehn Prozent der Unterschriften fehlerhaft sein.

Bei einigen der Kandidaten hat die Wahlkommission mehr als zehn Prozent Fehler gefunden, so unter anderem auch Unterschriften von Verstorbenen, und ihnen deshalb die Zulassung verweigert. Das kann man trefflich kritisieren, nur muss es ja irgendwelche Regeln geben. Und während die deutschen Medien solche Formfehler in Russland lautstark kritisieren, sehen sie es in Deutschland anders.

In Sachsen ist z.B. der AfD kürzlich das Gleiche passiert: Wegen eines Formfehlers wurden Dutzende Kandidaten von der Parteiliste gestrichen, und möglicherweise bekommt die AfD am Ende weniger Abgeordnete, als ihr dem Wahlergebnis nach zustehen.

Es geht hier nicht um Sympathie für die AfD oder die russischen Kandidaten. Der Verfasser will nur aufzeigen, wie unterschiedlich die deutschen Medien auf vergleichbare Vorgänge reagieren. Putin und Russland sind für sie böse, da wird ein solcher Vorgang lautstark kritisiert. Die AfD hingegen mögen die deutschen Medien nicht, und ein solcher Vorgang wird mit einer gewissen Häme zur Kenntnis genommen. Wenn die Medien sich als objektive Beobachter und Berichterstatter verstehen würden, müssten sie in beiden Fällen gleich reagieren. Tun sie aber nicht, wie zwei Artikel im Spiegel zeigen. Zum Thema AfD titelte der Spiegel „AfD in Sachsen – Ein Formfehler und seine Folgen“ und schrieb als Einleitung:

„Wegen eines Formfehlers umfasst die Landesliste der AfD für die Wahl in Sachsen nur noch 18 Plätze – die Partei wird aber wahrscheinlich mehr Mandate gewinnen. Was bedeutet das für die Rechtspopulisten?“

Zur Situation in Moskau lautete der Titel: „Opposition in Russland – ‚Sie stehlen unsere Wahlen‘“. Der Artikel begann so:

„Russlands Regierungspartei ist im Umfragetief. Vor den Regionalwahlen im September werden Oppositionelle deshalb erst gar nicht zugelassen – wie in der Hauptstadt Moskau.“

Dabei könnte diese Einleitung auch für Sachsen gelten, denn dort wird die Wahlkommission von den etablierten Parteien dominiert, die gerade im Umfragetief sind und ihren, in den Umfragen führenden, Gegner aus der Opposition enorm geschwächt haben.

Wie gesagt, der Verfasser unterstützt keine Partei und steht keiner Partei nahe, aber dieses Beispiel macht deutlich, wie in den deutschen Medien ein Formfehler mal okay ist und mal ein Skandal.

Nun könnten die Oppositionellen in Moskau, so wie in Sachsen auch, zum Gericht laufen und die Entscheidung anfechten. Tun sie aber nicht, stattdessen haben sie zu Protesten aufgerufen.

Und wie reagiert der böse russische Staat? Er lässt die Demonstration zu. Nur eben nicht dort, wo die Organisatoren es wollten.

Moskau ist eine Zwölfmillionenmetropole mit Staus, wie in New York. Die Demonstranten wollten auf dem Gartenring demonstrieren, einem innerstädtischen Autobahnring rund um das Moskauer Stadtzentrum. Er ist zwölfspurig und eine der wesentlichen Verkehrsadern der Innenstadt. Ihn zu blockieren, würde zum Verkehrsinfarkt führen.

Daher schlugen die Behörden eine andere wichtige Hauptstraße im Moskauer Zentrum für die Demo vor. Aber das lehnten die Organisatoren ab. Der Grund ist einfach: Es finden in Russland immer wieder genehmigte Demonstrationen gegen die Regierung statt, nur sind die für die westlichen Medien uninteressant, weil es dabei zu keinen kamerawirksamen Zwischenfällen kommt. Daher wird selbst über große Demonstrationen in Moskau in den westlichen Medien nicht berichtet. Dass die Opposition in Moskau ungestört demonstrieren kann, würde die Legende vom Unterdrückungsstaat Russland beschädigen. Das muss der Zuschauer der Tagesschau also auch nicht erfahren.

Statt also am genehmigten Ort zu demonstrieren, versammelten sich die Demonstranten am 3. August an verschiedenen Orten und versuchten zum Gartenring durchzukommen, um sich dort zu vereinen.

Warum haben die Demonstranten im Unterdrückungsstaat Russland keine Angst, zu einer nicht genehmigten Demonstration zu gehen?

Der Grund liegt – das wird viele überraschen – im liberalen Versammlungsrecht Russlands. Während in Deutschland Verstöße gegen das Versammlungsrecht Straftaten sind und mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden können, sind das in Russland nur Ordnungswidrigkeiten – also wie Falschparken.

Wer also bei so einer nicht genehmigten Demonstration festgenommen wird, der wird nur zur Feststellung der Personalien auf die Wache gebracht und ist nach ein paar Stunden mit einem Bußgeldbescheid wieder auf dem Weg nach Hause. Erst im Wiederholungsfall drohen bis zu 30 Tage Ordnungshaft. Auch das ist aber keine Straftat und gilt nicht als Vorstrafe. Es bleibt eine Ordnungswidrigkeit. Wer es sich also leisten kann, mal 30 Tage nicht erreichbar zu sein, hat auf

einer nicht genehmigten Demonstration in Russland nichts zu befürchten und kann immer wieder gegen das Versammlungsrecht verstoßen, zum Beispiel als Student in den Semesterferien. Oder auch als „Oppositionspolitiker“, der diese Festnahmen medial ausschlachten kann. Das zeigen auch Fotos von Demonstranten, die von der Polizei am 3. August abgeführt wurden. Sie scheinen das Ganze recht lustig zu finden. Solange man keinen Widerstand gegen die Staatsgewalt leistet, kann einem nichts passieren.

Verhaftung eines Demonstranten: Besonders gerne wird an Feiertagen zu kamerawirksamen Demonstrationen aufgerufen

Übrigens ist das auch die Masche von Alexei Navalny. Der ruft immer an Feiertagen zu Demonstrationen auf und zwar an Orten, an denen Volksfeste stattfinden. Das wird natürlich abgelehnt, und die von der Stadt angebotenen alternativen Standorte lehnt er ab. So wird er immer an russischen Feiertagen kamerawirksam festgenommen, sitzt danach 14 bis 30 Tage Ordnungshaft ab, und das Spiel beginnt von vorne. Aber dieses Vorgehen garantiert ihm ständige Aufmerksamkeit in den westlichen Nachrichten.

Die OVD als westfinanziertes Propaganda-Instrument

Was in Deutschland auch nicht berichtet wurde ist, dass bei den Demonstrationen in Moskau in den letzten Wochen circa die Hälfte derer, die vorübergehend in Gewahrsam kamen, gar nicht in Moskau leben. Man fragt sich also, warum Leute, die von der regionalen Wahl nicht betroffen sind, dort hinreisen, um zu demonstrieren. Um das zu verstehen, muss man nur die deutschen Medien aufmerksam lesen. Im Zusammenhang mit den Demonstrationen ist immer wieder Rede von der „Bürgerrechtsorganisation OVD". Klingt gut, oder? Diese Organisation meldet den deutschen Medien die Zahlen der Festgenommenen, die regelmäßig höher sind als die Zahlen der Polizei.

Die OVD ist jedoch keine russische „Bürgerrechtsorganisation", sondern ein vom Westen finanziertes Propagandainstrument.

Das ist keine russische Propaganda. Nach ihren eigenen Angaben wird die OVD von der EU-Kommission, der Heinrich-Böll-Stiftung und der französischen Botschaft in Moskau finanziert. Und mit Bedauern stellt die OVD auf ihrer Seite auch fest, dass das National Endowment for Democracy und die Open Society Foundation von George Soros in Russland nicht mehr tätig sein dürfen, denn diese hätten die OVD früher finanziell unterstützt.

Diese Feinheiten werden dem Leser der westlichen Medien jedoch vorenthalten. Und wer sich mit dem Maidan und ähnlichen Farbrevolutionen beschäftigt hat, der erkennt an der genannten Liste der Sponsoren der OVD das Who's who der Farbrevolution-Unterstützer. Auch damals haben diese dafür gesorgt, dass reichlich Demonstranten aus dem Land zum Beispiel zum Maidan kamen, so wie nun auch viele Auswärtige bei den Moskauer Demonstrationen zu sehen sind.
Nach den Erfahrungen der Orangen Revolution, dem Maidan oder auch der Rosenrevolution in Georgien hat Russland allen Grund, schnell durchzugreifen. Wie wir sehen: nicht hart durchzugreifen, sondern einfach nur schnell und konsequent.

Denn im Gegensatz zu den Demonstrationen der Gelbwesten in Frankreich, wo die Polizei Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse gegen die Demonstranten einsetzt, geht es in Russland **meist** friedlich zu. Die Polizisten führen die Leute ab, und selbst Gummiknüppel kommen praktisch nie zum Einsatz. Tränengas und

Wasserwerfer haben die Demonstranten in Russland noch nie erlebt, von Gummigeschossen ganz zu schweigen.
Wie friedlich es in Moskau zuging, sieht man daran, dass der einzige, der nach der Demonstration eine Nacht im Krankenhaus verbringen musste, ein Polizist war, dem bei der Verhaftung eines Demonstranten die Schulter ausgerenkt worden war.

Ein weiteres Klischee über Russland ist, dass die Medien über solche Proteste nicht berichten. Das stimmt ebenfalls nicht, weil das russische Fernsehen ausführlich und landesweit berichtet hat. Das ist erstaunlich, denn im Grunde waren es kleine und unwichtige Demonstrationen, die es in den vergangenen Wochen in Moskau gegeben hat. In einer Stadt mit mehr als zwölf Millionen Einwohnern haben sich zwischen 1.000 und 4.000 Demonstranten eingefunden. Zum Vergleich: Berlin hat vier Millionen Einwohner, das wäre entsprechend so, als wenn sich in Berlin circa 300 bis 1.300 Demonstranten versammeln.

Wäre das ein Bericht in bundesweiten Nachrichtensendungen wert? Oder würden die Medien gar von einem „Massenprotest" gegen Merkel sprechen? Wohl kaum! Aber die deutschen Medien bauschen die Proteste in Moskau zu Massenprotesten gegen Putin auf. Dabei geht es nicht einmal um Putin, sondern es geht um eine Regionalwahl.

Aber das russische Fernsehen berichtet trotzdem ausführlich, einen Bericht über die Demonstration vom 3. August hat der Verfasser dieses Beitrags übersetzt. Wie man sieht, waren viele Demonstranten bewaffnet, das passt so gar nicht ins Bild der „friedlichen Demonstranten", das die deutschen Medien zeichnen wollen. Die Tagesschau traute sich denn auch nicht, von unbewaffneten Demonstranten zu sprechen. In deren Bericht hieß es sinngemäß, sie hätten keine bewaffneten Demonstranten gesehen – nach der Methode der drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. So kann man sich immer rausreden. Und besonders deutlich wurde die Absicht, Russland in ein schlechtes Licht zu rücken, beim Spiegel. Am 3. August 2019 titelte Spiegel-Online: „Festnahmen bei Demo in Moskau – Das Volk spaziert, der Staat eskaliert".

Es ist immer interessant, wie sich die Überschriften nach der Veröffentlichung eines Artikels verändern. Das kann man nämlich anhand Internetadresse des Artikels feststellen. So auch dieses Mal. Der ursprüngliche Titel lautete: „Russland – Opposition spaziert in Moskau gegen die Regierung". Das war der Spiegel-Redaktion dann aber

offensichtlich zu harmlos, man muss Russland ja als böse darstellen. Also wurde die Überschrift dramatischer formuliert. Dass „der Staat eskaliert“ und zwar gegen das „spazierende Volk“, hatte dann den gewünscht bösen Ton. Dass es anders herum war und die Demonstranten Polizisten beschimpften und beleidigten sowie teilweise bewaffnet zur Demo gingen, das braucht der deutsche Leser ja nicht zu erfahren.

Über die Ereignisse vom 3. August habe ich ausführlich berichtet. Und alle Medien in Deutschland auch. Aber haben Sie etwas von der Demonstration in St. Petersburg gehört, die ebenfalls am Samstag stattgefunden hat? Nein? In Petersburg haben sich circa 1.000 Demonstranten versammelt und mit den Moskauer Demonstranten solidarisiert.

Und warum haben wir in Deutschland davon nichts in den Medien gelesen, gesehen oder gehört?

Ganz einfach: Die Demonstration war genehmigt und verlief ohne Zwischenfälle, weil die Demonstranten dort protestierten, wo es genehmigt war. Und zwar auf einem großen Platz vor einem wichtigen Bahnhof, direkt am Ufer der Neva gegenüber dem Stadtzentrum.

Und natürlich berichteten die deutschen Medien nicht, dass in Russland ganz legal und problemlos demonstriert werden darf, wenn man sich an die Genehmigung der Behörden hält – so wie in Deutschland auch.

Und während die EU am Sonntag nach der Demonstration medienwirksam forderte, alle 600 Festgenommenen sollten sofort freigelassen werden, waren diese fast alle schon wieder zu Hause. Nur einige wenige, denen Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen wird, waren noch auf Polizeiwachen. Die Ombudsfrau für Menschenrechte in Moskau teilte am Sonntag außerdem mit, dass noch Minderjährige in Polizeigewahrsam seien. Dabei handele es sich um Heranwachsende, deren Eltern nicht in der Stadt sind und die daher noch nicht bei der Polizei abgeholt werden konnten. Ein Fall sei kompliziert, weil ein Minderjähriger bei seiner Oma lebe, die aber nicht erziehungsberechtigt ist, und seine Eltern nicht einmal in Moskau wohnen.

Alexander Rahr[1]

Warum wir Russland brauchen[2]

Deutschland spielt im außenpolitischen Denken Putins eine übergeordnete Rolle. Während Putin über das fehlende strategische Denken anderer EU-Politiker spöttelt, sieht er in Deutschland einen Anwalt für die eigene Westpolitik. Nicht umsonst hat Putin seine wichtigsten außenpolitischen Reden auf deutschem Boden gehalten und sonstige Signale ausgeschickt. Eine Verbesserung des persönlichen Verhältnisses zu Berlin ist ihm, so wird in Moskau immer wieder gesagt, äußerst wichtig. Vielleicht wird es den deutschen Führungseliten einmal Leid tun, nicht mehr für das Verhältnis zu Russland getan zu haben, als ein „Deutscher" im Kreml regierte.

Russland als potentieller Verbündeter Europas

Der Westen und Russland brauchen neue Ideen – der Kalte Krieg ist Geschichte. Sieht Europa nicht, dass Russland sein potentieller Verbündeter ist? Die EU benötigt dringend ein Ziel, ein dynamisches Megaprojekt, um seine Bürger weiterhin für den europäischen Gedanken zu mobilisieren und die wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos wurde gesagt, dass die EU die Türkei und die Ukraine von sich aus um einen EU-Beitritt bitten sollte.

---

1 **Prof. hon. Alexander Rahr**, geb. 1959 in Taipeh, Osteuropa-Historiker, Unternehmensberater, Publizist. Studium/Promotion an der Universität München; war Analyst im Bundesinstitut f. ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST), bei Radio Liberty und der Rand Corporation; langjähriger Programmdirektor Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; seit 2012 Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums, betreut den Arbeitskreis „Gemeinsamer Raum Lissabon-Wladiwostok"; Berater von Wintershall Dea, seit 2015 Berater f. EU-Angelegenheiten von Gazprom. Buchautor, zuletzt: *2054: Putin decodiert*. 2003 Bundesverdienstkreuz, 2019 Russischer Orden der Freundschaft, Honorarprofessor der Moskauer Diplomatenschule und der Higher School of Economics.

2 Der Beitrag fußt auf den Thesen der Bücher von Alexander Rahr:
„Der Kalte Freund. Warum wir Russland brauchen", Hanser 2011 und
„2054: Putin decodiert", Eulenspiegel Verlag 2018

Denn nur durch eine unausweichliche Vergrößerung des Binnenmarktes von 500 auf 600 Millionen Menschen könne die EU ihr Überleben im künftigen Wettbewerb mit Asien sichern.

Die einst gefeierte Währungsgemeinschaft und Wertegemeinschaft der EU gerät nach der Corona-Krise in Gefahr, immer mehr zu einer Schuldenunion bzw. Transfergemeinschaft zu verkommen, zu Lasten der wirtschaftskräftigeren Mitgliedsstaaten. Die EU wird künftig zur Geisel der eigenen Wohlstandssysteme, für deren Erhaltung schlicht die Finanzmittel fehlen werden. Der Westen hat lange über seine Verhältnisse gelebt. Wahrscheinlich kann die Einheit Europas im Osten künftig nur mit dem Einschluss Russlands vollendet werden.

Europa ist vom Atlantik bis zum Pazifik durch das Christentum und die Aufklärung geprägt und durch eine gemeinsame Geschichte verbunden. Zusammen mit Russland würde Europas Binnenmarkt 750 Millionen Menschen umfassen. Russland ist wichtig, um weiterhin in Europa Wohlstand zu generieren.

Einmal mehr muss die Wirtschaft der Vorreiter zur Verbindung eines gemeinsamen Zivilisationsraumes sein. Die russische Führung besteht aus überzeugten Europäern. Russlands Beitritt zu den europäischen Institutionen würde die Länder „dazwischen" automatisch mit Europa zusammenschließen. Der finanzielle Faktor würde im Falle Russlands eine andere, vielleicht sogar umgekehrte Rolle spielen als bei den mittelosteuropäischen Staaten. Moskau würde als Mitgift eigene Finanzmittel in das gemeinsame Haus Europas einbringen.

Eine Freihandelszone zwischen EU und Russland?

Im November 2010 reiste Wladimir Putin als Ehrengast zum Wirtschaftsforum der Süddeutschen Zeitung nach Berlin und schlug dort die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland vor. Es war schon das dritte Mal, nach seiner Reichstagsrede 2001 und seinem Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, dass Putin vom deutschen Boden aus neue politische Offerten an den Westen machte. Klar – Deutschland war und blieb Russlands bevorzugtester Partner. Putin fasste seinen Vorschlag folgendermaßen zusammen: Die EU wäre im Prozess einer unumkehrbaren De-Industrialisierung, praktisch auf dem Weg zu einer reinen Dienstleistungsgesellschaft ohne Produktionsstätten. Russland würde gerade seine Industriebasis

erneuern und sei auf technologische Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen. Russland wolle eine zweite Industriebasis Europas werden, dafür benötige es aber für seine Produkte den freien Zugang zum EU-Markt. Dies sei im Rahmen einer Freihandelszone zu bewerkstelligen. Merkel reagierte erstaunlich unwirsch auf Putins Vorschlag und mahnte zunächst den Beitritt Russlands zur WTO an. Ohne Rechtssicherheit und ein gemeinsames Wertefundament seien Verhandlungen über das Binnenmarktangebot Phantasie.

Welche praktischen Vorteile hätten deutsche Firmen auf dem russischen Markt im Falle der Errichtung einer Freihandelszone bekommen können? Natürlich hätten diese von der Marktöffnung stärker profitiert, denn, anders als in Russland, verfügten sie über hochwertige wettbewerbsfähige Produkte, die von Einfuhrzöllen, lästigen Tarifen und Zertifikaten befreit worden wären. Russland war anscheinend zu großen Zugeständnissen bereit. Das Land benötigte zur eigenen Modernisierung dringend die technologische Zusammenarbeit mit dem fortschrittlichen Deutschland.

Russland besitzt und liefert all die Rohstoffe, die für ein Funktionieren der EU-Wirtschaften benötigt werden. 40% des nach Europa importierten Erdgases und 30% des europäischen Ölbedarfs stammen aus der russischen Förderung. Nach der Nuklearkatastrophe in Japan ist Deutschland aus der Atomenergie ausgestiegen und in eine wachsende Abhängigkeit von Energieimporten gefallen.

Von seinen Bodenschätzen her ist Russland das reichste Land der Erde, die bedeutendsten Rohstoffvorkommen lagern hinter dem Ural. Die Flächen des asiatischen Teils Russlands sind erst zu einem Zehntel geologisch erforscht. Vor allem unter dem Frostboden im Nordosten Sibiriens warten Bodenschätze unvorstellbaren Ausmaßes auf ihre Exploration. Nach dem Untergang des tatarisch-mongolischen Reiches vor 500 Jahren konnte sich das russische Zarenreich relativ schnell und ungehindert 6000 Kilometer nach Osten bis zur Küste des Pazifischen Ozeans ausbreiten. Hätte Zar Iwan IV. die tatarische Hauptstadt Kasan 1552 nicht erobert und Russlands Expansionsdrang nicht die Tore nach Asien aufgeschlagen, wäre Sibirien, eine der größten Schatzkammern der Welt, heute unter der Kontrolle einer islamischen Großmacht oder Chinas und von Europa abgeschnitten.

Laut einer Studie von Goldman Sachs wird Russland 2030 die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt sein – nach den anderen BRICS-

Staaten China und Indien, aber vor Deutschland. Rohstoffvorkommen werden die Weltpolitik noch stärker bestimmen. Ressourcen sind eine geopolitische Ware.

Es stimmt, dass nach den russisch-ukrainischen Gaskriegen 2006 und 2009 die EU darauf bestand, sich von der Idee einer Energieallianz mit Russland zu emanzipieren und über die Entwicklung umweltgerechter Zukunftstechnologien und die Förderung regenerativer Energiequellen der Umklammerung durch die Öl- und Gasproduzenten Russland zu entfliehen. Doch die Enthusiasten der „grünen Wirtschaft" konnten nicht ahnen, dass die einheimische Industrie bei der Produktion der „grünen Technologien" in eine noch größere Abhängigkeit geraten würde – nunmehr vom Import seltener Rohstoffe.

Die umweltfreundliche Produktion, die Deutschland sich als klimapolitisches Ziel selbst auferlegt hat, benötigt Hochtechnologiemetalle und Seltene Erden. Letztere sind metallische Grundstoffe mit außergewöhnlichen Eigenschaften. Sie gelten als unentbehrlich etwa für Metalllegierungen und Spezialgläser. Die Bandbreite reicht von Batterien über Mobiltelefone, Laser und Flachbildschirme bis zur sensiblen Militärtechnik. Der weltweite Bedarf an Seltenen Erden beträgt über 200.000 Tonnen. Der Markt wächst um das Zwanzigfache, denn ohne diese Rohstoffe kann die EU ihre ambitionierten Klimaziele nicht erfüllen.

Die Chinesen bezeichnen ihre Vorräte an Seltener Erde als ihre wichtigste Wirtschaftswaffe. In Russland lagern die weltweit drittgrößten Bestände Seltener Erden. Außer in Russland gibt es auf dem europäischen Kontinent keine Vorkommen. Deutschland weiß, dass es seine technologische Basis nutzen kann, um die Rohstoffproduzenten wie Russland zu Rohstoffpartnerschaften zu bewegen. Denn ohne hochwertige Technologien aus dem Westen nützen den Förderländern ihre Schätze nicht. Beide Seiten sollten eine Reziprozität herstellen. Deutschland und die EU müssen sich auf der Suche nach verlässlichen Rohstoffpartnern nach Osten wenden, wo sich die Schatzkammern Sibiriens und des Kaspischen Raumes befinden.

In den letzten Jahren hat sich die deutsche Industrie aus der internationalen Rohstoffförderung zurückgezogen. Man konsumiert statt zu produzieren, doch Veränderungen stehen an. Nun heißt es, keine Zeit zu verlieren und deutsche Konzerne als Partner für den Umbau der russischen Industrie hin zu mehr Energieeffizienz auf dem russischen

Markt zu platzieren. Deutsche Konzerne werden nicht umhinkommen, ihre Produktion dort anzusiedeln, wo die Rohstoffzufuhr gewährleistet wird. Deutschland ist, aufgrund seiner hohen Umweltauflagen für die Unternehmen ein zu teurer Produktionsstandort geworden, in Zukunft kann die Rohstoffveredelung in Russland erfolgen.

Andererseits sind die Zeiten, in denen Russland nur Rohstoffanhängsel des Westens war, vorbei. Der Westen kann Russland nicht mehr ausschließlich als Steigbügelhalter für die Mehrung seines Wohlstandes betrachten. Eine künftige europäische Rohstoffholding muss auf Gleichberechtigung basieren, die nicht nur eigennützigen Interessen folgt. Idealerweise sollte das größte europäische Land, Russland, in diese Strategie eingebunden werden. Eine deutsche Beteiligung an Rohstoffkonzernen in Russland wäre wünschenswert.

Das Konfliktprojekt „Nord Stream II“

Kein energetisches Infrastrukturprojekt hat in Europa so viel Unmut erzeugt und Gegnerschaft hervorgerufen, wie die zweite Ostseepipeline Nord Stream II. Seit 2011 existiert bereits die erste Ostseepipeline Nord Stream I, die jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Westsibirien nach Deutschland transportieren kann. Nord Stream II soll künftig die gleiche Menge für Kunden in der Europäischen Union über Deutschland bereitstellen. Bislang wurden 150 Milliarden Kubikmeter Erdgas durch die schon bestehende Erdgaspipeline über die Ukraine aus Russland nach Europa gepumpt.

Russland benötigt die Nord Stream Alternativen zur ukrainischen Pipeline, weil, aus Moskauer Sicht, eine korrekte und vollständige Energieversorgung über die Ukraine aufgrund technischer und politischer Probleme nicht mehr gewährleistet werden kann. Russland pocht, nach zahlreichen ernsthaften Konflikten mit der Ukraine, auf sein Recht, die Erdgaslieferungen nach Europa zu diversifizieren. Deutschland ist für die Kooperation mit Russland, weil es zu einem Hub (Versorgungsverteiler) für Erdgas in Europa werden würde.

Während die EU den Bau der Nord Stream I noch „durchgewinkt“ hat, versucht sie das Projekt Nord Stream II mit aller Macht zu verhindern. Und plötzlich spielten sogar die USA eine Führungsrolle auf dem europäischen Energiemarkt, indem sie warnen, dass die Nord Stream II die Energiesicherheit Europas gefährdet. Eine Koalition

aus USA und Russland-kritischen Staaten Mittelosteuropas versucht mit allen Mitteln das umstrittene Projekt zu kippen. Das umstrittene Projekt könnte in der Tat zu einem Sanktionskrieg zwischen den USA und Westeuropa führen, sollten die USA ihre Warnung wahrmachen, westeuropäische Konzerne für ihre Zusammenarbeit mit russischen Energieriesen zu bestrafen.

Ohne die Unterstützung des Projektes durch die deutsche Bundesregierung wäre Nord Stream II niemals zustande gekommen. Doch warum hat sich die Bundesregierung so stark für das umstrittene Projekt eingesetzt und einen ernsthaften Bruch mit den USA und anderen EU Ländern riskiert? Zunächst hat die deutsche Bundesregierung verstanden, wie wichtig die Erdgaswirtschaft für die Zukunft Europas ist. Deutschland ist ein Musterland bei der Energiewende, welche Atomenergie sowie fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle durch alternative Energiequellen in kürzester Zeit ersetzen soll. Alleine auf erneuerbare Energie zu setzen, funktioniert nicht. Umso wichtiger ist Erdgas als Brückenbrennstoff auf dem Weg in eine neue Ära. Zudem hat Deutschland in der Nachkriegszeit gute Erfahrungen mit der Sowjetunion im Gashandel gemacht. Die erfolgreiche Ostpolitik der 1970er Jahre beruhte nicht zuletzt auf dem berühmten Gas-Röhren-Geschäft. Seit dieser Zeit sind viele deutsche Firmen in Russland präsent. Sie wollen in Russland tätig bleiben und üben Druck auf die Bundesregierung aus, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Erdgasressourcen in Europa zur Neige gehen. Europa wird in 5-10 Jahren weitgehend auf eigene Erdgasförderung verzichten müssen – und mehr Erdgas aus Nicht-EU-Ländern importieren. Infrage kommen hier als Lieferanten nur Russland, Norwegen, die arabischen Länder und die Vereinigten Staaten.

Deutschland bringt wirtschaftliche Argumente hervor. Die eigentlichen Argumente gegen die Pipeline werden aber aus politischen Gründen vorgetragen. Die USA und viele mittelosteuropäische Länder sehen in Russland, vor allem nach der Krim Annexion und dem Krieg in der Ostukraine, wieder den alten Aggressor aus dem Kalten Krieg. Sie sehen in der Energiepartnerschaft Russland – Deutschland eine wirtschaftspolitische Verankerung Russlands in Europa – die sie ablehnen und bekämpfen. Sie wollen verhindern, dass Russland durch Erdgasexporte Gelder auf dem westlichen Markt akquiriert, die Moskau

in seine Rüstungsindustrie investieren könnte. Außerdem wollen die USA ihr eigenes Erdgas – das in großen Mengen geförderte Flüssiggas – konkurrenzlos an seine westlichen Verbündeten verkaufen.

US-Flüssiggas ist derzeit noch teuer, aber die Markttendenzen sind schwer vorherzusagen. Sobald sich auch die Infrastruktur entwickelt und die Terminals für die Aufnahme von Flüssigkeitsgas ausgebaut werden, können US-Exporte in den nächsten 10 bis 15 Jahren durchaus russisches Erdgas verdrängen - obwohl russische Erdgaslieferungen seit einem halben Jahrhundert die europäische Energieversorgungssicherheit stets garantiert haben und Russland für seine positive Rolle als Energielieferant nicht bestraft werden dürfte.

Dass Russland den Gashahn zudrehen könnte, wie in Polen und im Baltikum stets behauptet wird, ist höchst unwahrscheinlich. Russland unterbrach den Zufluss in der Vergangenheit nur zweimal, nachdem die Ukraine ihre Rechnungen nicht bezahlt hatte. Eigentlich ein normaler Vorgang: wer nicht bezahlt, bekommt auch keine Ware. Das sollte in einer Marktwirtschaft legitim sein. Trotzdem hat Kiew in den Jahren 2006 und 2009 den Schwarzen Peter erfolgreich an Russland weiter gegeben. Im Energiesektor wurde seit zwei Jahrzehnten ein russisches Feindbild aufgebaut.

Asien als echte Alternative für Russland

Der Chef der OMV [Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung] , Rainer Seele, warnt nicht zu Unrecht, dass die permanenten Streitigkeiten um russisches Erdgas in Moskau die berechtigte Frage aufwerfen, ob der europäische Markt überhaupt noch russischen Interessen entspricht. Denn wenn mit Europa zu viele Risiken verbunden sind, werden sich die russischen Investoren zurückziehen. Russland hat mit Asien eine echte Alternative, was Europa oft nicht wahrhaben will. Ein eurasischer Energiemarkt ist gerade am Entstehen.

Das westliche Hauptargument, man dürfe sich nicht einseitig von Russland abhängig machen, stimmt nicht. Russlands Gaslieferungen machen nur knapp 40% der gesamten Gasimporte in die EU aus. Im gegenwärtigen gesamten Energiemix befindet sich Erdgas noch weit hinter Kohle und Erdöl. Außerdem haben die Europäer ihren Gasmarkt längst erfolgreich diversifiziert, ein unerwarteter Engpass aus Russland kann sofort durch andere Lieferanten wettgemacht werden. Falls die

EU um jeden Preis auf russisches Erdgas verzichtet, muss sie sich von Amerika abhängig machen. Die USA kritisieren, dass Russland Energie als „Waffe“ gegen den Westen benutzen würde. Der Verdacht liegt nahe, dass durch die Ausschaltung des Konkurrenten Russland dann die USA die Hebel besitzen würde, um die Energiepolitik in Europa zu kontrollieren. Zur Wahrheit gehört, dass letztendlich nur wenige Staaten in der Europäischen Union verbleiben, die sich für eine Fortsetzung der traditionellen Energieallianz mit Russland einsetzten, darunter Deutschland, Österreich und Italien.

Die Zeit spielt aber nicht gegen Russland. Wenn sich die EU aus klimapolitischen Verpflichtungen von Öl und Kohle trennt, benötigt sie verstärkt Erdgas. Und – Animositäten gegen Russland hin oder her – die EU-Verbraucher werden letztlich dankbar sein, wenn es ausreichend viele Pipelinekapazitäten gibt, um auch in sehr kalten Wintern, die zunehmen werden, zusätzliche Mengen an Erdgas aus Russland zu beziehen. Nord Stream 2 wird umgesetzt, für Deutschland ist die Ostseepipeline zu einer Frage des Anstandes geworden. Deutschland ist nicht gewillt, Amerika in allem nachzugeben. Die Länder Mittelosteuropas wollen dagegen ein dominantes Amerika in Europa und folgen bereitwillig amerikanischen Interessen. Sie sind nach Westen mehr über die NATO als über die EU eingetreten. Natürlich ist die Bundesregierung Kompromisse eingegangen, um die USA zu besänftigen und die deutsche Führungsrolle in Europa nicht zu gefährden. So hat sie dem amerikanischen Flüssiggas die Türen geöffnet und damit auch Polen suggeriert, dass Deutschland bereit ist, US-Flüssigkeitsgas nach Osteuropa zu leiten.

Trotzdem ist ein Wirtschaftskrieg gegen die USA nicht gänzlich auszuschließen. Die USA könnten die Sanktionsschraube gegen Russland noch anziehen. Dass die EU Russland für die Krim-Annexion bestraft wollte, liegt auf der Hand. Die EU wollte Moskau zwingen, in der Ostukraine auf eine friedliche Lösung hinzuarbeiten. Was aber die US-Sanktionen gegen Russland betrifft, so richten sich diese auf eine Zerstörung strategischer Industriezweige Russlands. Vor allem wollen die USA ihren Konkurrenten Russland im Energiegeschäft ausschalten. Die EU will solch harte Maßnahmen gegen Russland nicht mittragen.

In Deutschland machen sich inzwischen Strategen darüber Gedanken, wie sie das krisenbehaftete Verhältnis zu Russland verbessern könnten. Niemand von den namhaften EU-Politikern hat ernsthaft

vor, Amerika den Rücken zu kehren und ein Bündnis mit Russland einzugehen, obwohl in der Vergangenheit Russland durchaus ein willkommener Verbündeter europäischer Großmächte gewesen war.
So, wie der französische Präsident Emmanuel Macron, wäre auch Bundeskanzlerin Merkel nicht abgeneigt, mit Russland auf Tuchfühlung zu gehen. Von Russland verlangt sie ein Ende des Denkens in Einflusszonen. Für die europäische Sicherheitsarchitektur wäre in der Tat das Verschwinden von Einflusszonen vonnöten – aber dann dürfte sich auch die NATO nicht weiter bis an die Grenzen Russlands ausdehnen. Eine Neutralität eines Landes wie der Ukraine würde viele der gegenwärtigen Probleme lösen.

Das „Europäische Haus“ als verpasste Chance

Vermutlich war es der große historische Fehler des Westens und Russlands nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen, kein gemeinsames europäisches Haus zustande gebracht zu haben. Die Chance dazu bestand. Neben dem wiedervereinigten Deutschland hätte ein sich aus eigener Kraft vom Kommunismus befreites Russland damals in ein gemeinsames Europa integriert werden müssen. Russland blieb jedoch außen vor und befindet sich heute mehr in Asien, als in Europa. Russland wird immer stärker Teil der kommenden asiatischen Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur. Für Europa würde ein Verlust Russlands katastrophale Auswirkungen haben.
Das Problem besteht allerdings darin, dass eine Verschmelzung des westlichen und östlichsten Teils des europäischen Kontinents völlig neue Institutionen erfordert. Denn Russland kann nicht Mitglied der EU und NATO werden. Ein solches Großeuropa wäre auch keine liberale Wertegemeinschaft mehr, sondern eine Interessensgemeinschaft – die sich aber durchaus erfolgreich gegen die globalen Herausforderungen stemmen könnte. Es ist sicherlich schwierig, sich ein Europa vorzustellen, in dem Russland, aufgrund seiner Größe, eine Führungsrolle, wie sie heute Frankreich und Deutschland spielen, beanspruchen würde.
Die heutige europäische Friedensordnung wurde maßgeblich von den USA kreiert. Zwischen den USA und der EU besteht eine Schicksalsgemeinschaft, ein fast religiöses Gefühl ewiger Verbundenheit. Amerika hat schließlich den Wohlstand und die Freiheit Westeuropas im Zweiten

Weltkrieg und im späteren Kalten Krieg erstritten. Das kommunistische Russland war dagegen 45 Jahre lang der Okkupant Osteuropas.

Viele Stimmen in Westeuropa fordern eine neue Ostpolitik gegenüber Russland. Die Ostpolitik Westdeutschlands gegenüber der Sowjetunion habe über die Formel „Handel durch Wandel" schließlich den friedlichen Wandel in Osteuropa ermöglicht. Doch die Bundesregierung hält nichts von einer Neuauflage der Ostpolitik Willy Brandts. Damals, argumentiert man, war die Sowjetunion der einzige Ansprechpartner im Osten gewesen. Von Moskau hing die Wiedervereinigung Deutschlands ab. Deshalb war eine Befriedungspolitik notwendig. Heute jedoch bildet nicht mehr Russland, sondern die neuen souveränen und früheren Warschauer-Pakt-Staaten den Schwerpunkt Osteuropas.

Die Weltanschauung, Interessen und Wünsche ihrer neuen Verbündeten muss Deutschland ernster nehmen, als die Russlands. Viele der neuen NATO- und EU-Mitgliedsländer sehen in allem Russland als den Aggressor. Bundeskanzlerin Merkel wurde kurz nach ihrer Wahl 2005 mit dem berühmten Satz zitiert: „Ich werde nach Moskau nur noch über Warschau fahren". Im Grunde genommen verzichtete Berlin auf eine deutsche Russlandpolitik zugunsten einer europäischen.

In Wirklichkeit aber hat sich die Merkel-Regierung an die alten Traditionen der westdeutschen Ostpolitik doch gehalten. In zwei entscheidenden Punkten stellte sie sich an die Seite der Russen und stimmte gegen ihre transatlantischen und osteuropäischen Verbündeten. Auf dem Bukarester NATO Gipfel 2008 versuchten die USA die beiden Ex-Sowjetrepubliken Ukraine und Georgien in die NATO zu ziehen. Putin hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 die Fortsetzung der NATO-Osterweiterung auf das ehemalige Gebiet der UdSSR als eine Überschreitung der „roten Linie" bezeichnet. Berlin und Paris stoppten die US-Pläne bezüglich der Ukraine und Georgiens.

Das zweite Mal stellte sich Deutschland in Fragen der Energiepartnerschaft an die Seite Russlands. Gegen heftigste Widerstände aus den USA und Mittelosteuropa wurde die zweite Ostseepipeline Nord Stream 2 gebaut, die künftig Deutschland mit zusätzlichem Erdgas aus Russland versorgen soll. Immerhin setze Berlin aber gegenüber Russland durch, dass die Ukraine auch weiterhin als Transitland für russisches Gas nach Europa bestehen würde. Auch versprach Deutschland, um das Argument zu hoher Abhängigkeiten von Russland zu umgehen, Flüssigkeitsgas aus den USA zu beziehen.

Russland und Deutschland bleiben in wichtigen Fragen zerstritten. Eine Einigung über solche existentiellen Fragen, wie eine Reform der europäischen Sicherheitsarchitektur, gemeinsame Energiepolitik, Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, Partnerschaft zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion, gemeinsame europäische Geschichte – ist derzeit anscheinend nicht möglich.

Die Gründe für die tiefe Entfremdung sind vielfältig. In Deutschland würde man sagen: die alleinige Schuld für den Konfliktzustand trägt Russland. Russland habe sich von der Demokratie entfernt und bedränge seine kleinen Nachbarstaaten. Russland sieht den Grund genau umgekehrt: in der NATO-Einkreisung russischen Territoriums und im westlichen Ignorieren russischer nationaler Interessen.

Objektiv gesehen, streiten sich Deutschland und Russland wegen drei Aspekten. Erstens – die USA wollen um jeden Preis verhindern, dass Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder zu einem Gegenspieler des Westens wird. Die USA sind auch nicht an einer Integration Russlands in Europa interessiert. Statt einem von Deutschland und Frankreich favorisierten Gesamteuropa von Lissabon bis Wladiwostok forcieren die USA ein Europa von Vancouver bis Donezk, also eine Transatlantische Gemeinschaft mit Ausschluss Russlands.

Russland gegen NATO-Osterweiterung

Der zweite Aspekt ist die Spaltung Europas in zwei Russland-Lager, das eine positiv, das andere negativ. Die Länder des „alten Europa", allen voran Deutschland und Frankreich, hatten sich mit Russland in den 1990er Jahren ausgesöhnt. Die erfolgreiche deutsche Wiedervereinigung 1990 sollte das Fundament für ein künftiges freies und friedliches Europa mit Russland bilden. In Osteuropa sieht es anders aus, dort haben sich die ehemaligen Warschauer Pakt Staaten mit Russland noch nicht ausgesöhnt; im Gegenteil – seit dem NATO- und EU-Beitritt der osteuropäischen Länder herrscht zwischen ihnen und Russland ein Kalter Krieg.

Drittens leben Europäer und Russen wieder in zwei unterschiedlichen Werte- sowie Gesellschaftssystemen. Der Westen – im liberalen, Russland – in einem national-traditionalistischen. Beide Seiten erheben aber ihren Anspruch auf Modellcharakter für Gesamteuropa.

Russland opponiert gegen eine US-Hegemonie in Europa, gegen die NATO-Osterweiterung bis ins postsowjetische Territorium und

gegen den westlichen Werte-Liberalismus. In allen drei Konfliktfeldern sieht Russland eine Attacke des Westens gegen Russland.

Der Westen sieht sich derweil als Sieger im Kalten Krieg. Russland ist in den Augen des Westens ein Verlierer dieses Krieges, hat nichts mehr zu melden und ist geopolitisch irrelevant. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe, bei der der Westen Abstriche am eigenen Weltbild machen und Russlands Interessen berücksichtigen müsste – ist westlichen Eliten anscheinend fremd. Russland hat zunächst diese Attitüde des Westens nicht verstanden, lange auszusitzen versucht und ist jetzt gewillt, seine Interessen notfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Russland und der Westen benötigen dringend eine gemeinsame Aufgabe – vielleicht ein gemeinsames Feindbild und gemeinsame Herausforderungen, die man nur zusammen angehen könnte. Vor 20 Jahren schien der Kampf gegen den islamischen Terrorismus ein solches gemeinsames „Projekt" zu sein. Eine internationale Allianz gegen den islamistischen Terror scheiterte aufgrund gravierender Interessensunterschiede und einer neuerlichen Spaltung zwischen Russland und dem Westen im Nahen und Mittleren Osten.

Jetzt tut sich eine Chance für eine globale Zusammenarbeit auf. Die EU befindet sich mitten in einer neuen Revolution – Umweltschutz, Klimaschutz, grüner Wirtschaft und Bekämpfung der Pandemie. Die Angst vor Atomwaffen ist der Angst vor einem ökologischen Supergau und einer Infizierung von Zweidrittel der Menschheit durch das Coronavirus gewichen. Millionen von Menschen in Europa sind wie elektrisiert, leben in Angst.

Die EU sollte Russland und China neuartige Allianzen zur Rettung der globalen Umwelt und Gesundheit anbieten. Der Mehrwert der Zusammenarbeit in Pharmazie, Medizintechnik, Umweltschutz, Klima, Energie, Ressourcen wäre neues Vertrauen, Arbeitsteilung, neue globale Institutionen zur Durchsetzung der gemeinsamen Ziele. Dadurch würde man auch automatisch wieder zum fairen Welthandel, zur sozialeren Gerechtigkeit und letztendlich zur Friedenspolitik gelangen. Eine neuartige Weltwirtschaft würde nach dem Ende der Carona-Krise entstehen, und die Chance besteht, dass sie weniger konfrontativ wird. Mit vereinten Kräften würde man ärmeren Ländern in Afrika unter die Arme greifen. Universeller Umwelt- und Gesundheitsschutz werden dringlicher als Börsengewinne und Geldvermehrung.
Was spricht gegen diese Allianz?

Dialog und Kommentare zum Rahr-Vortrag

Manfred Backerra

Sie bezeichnen die Vereinigung der Krim an Russland als „Annexion“, was per Definition gewaltsame Eingliederung eines fremden Territoriums bedeutet. Da eine solche nicht stattgefunden hat, ist die Bezeichnung unzutreffend. Wesentliche staatliche Institutionen bis hin zur Flotte und zur Armee auf der Krim hatten sich bereits vor dem Termin eines Referendums für oder gegen die Vereinigung mit Russland dessen Regierung unterstellt. Die Bevölkerung votierte fast in Gänze für Russland, was auch von Gegnern nicht russischem Zwang zugeschrieben wird.

Ob man die Vereinigung politisch oder völkerrechtlich für legitim hält oder nicht (siehe dazu das Deutschland-Journal Sonderausgabe 2016 in www.swg-hamburg. de), selbst wenn man Russland eine unzulässige Unterstützung der Separatisten vorwerfen kann – eine gewaltsame Eingliederung wird Russland nicht einmal vom „Westen“ vorgeworfen, man begnügt sich mit der Falschettiketierung „Annexion“.

Alexander Rahr

Herr Backerra hat natürlich Recht. Es gab völkerrechtlich gesehen 2014 keine Krim-Annexion seitens Russlands. Die Menschen auf der Krim forderten schon immer, seitdem sie nach dem Zerfall der Sowjetunion Teil des neuen Staates Ukraine geworden waren, eine Unabhängigkeit von Kiew. Die absolute Mehrheit der Krim-Bevölkerung sah sich auch 25 Jahre danach als Russen, nicht als Ukrainer. Russland hatte seit dem Zerfall der UdSSR das verbriefte Recht, bis zu 25000 Militärangehörige als Teil der Schwarzmeerflotte auf der Krim zu stationieren. Während der Westen von Annexion sprach, argumentierte Russland, es müsse seine Flotte vor einer bevorgestandenen NATO Erweiterung auf die Ukraine schützen. Eine damals wahrscheinlich gewordene Vertreibung der Schwarzmeerflotte aus der Krim hätte das Aus für Russland als globale Seemacht bedeutet, mit unausweichlichen Konsequenzen für den Großmachtstatus Russlands im 21.Jahrhundert. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wäre eine westliche Kriegserklärung an Russland gewesen. Putin hat so reagiert, wie Kennedy in der Kuba Krise 1962. Es ist gut, dass der Westen dies heute versteht. Ich habe den Terminus „Annexion“ nur gewählt, weil er in der westlichen Politikwissenschaft so verankert ist. Die Begriffe „Wiedervereinigung“

oder „Ausgliederung“ hätten mir unweigerlich die Kritik eingebracht, nur das russische Narrativ zu bedienen. Mir ging es im Beitrag nicht so sehr darum, den Fall Krim aufzurollen, sondern weitaus wichtigere Akzente für die Zukunft unserer Beziehungen zu setzen. Der Leser sollte mir das bitte nachsehen.

Manfred Backerra

Es heißt im Vortrags-Text: „Zwischen den USA und der EU besteht eine Schicksalsgemeinschaft, ein fast religiöses Gefühl ewiger Verbundenheit. Amerika hat schließlich den Wohlstand und die Freiheit Westeuropas im Zweiten Weltkrieg und im späteren Kalten Krieg erstritten. Das kommunistische Russland war dagegen 45 Jahre lang der Okkupant Osteuropas.“

Dies wird in der Tat offiziell so bekundet. Doch wer den Anteil Roosevelts an der Entfachung des Zweiten Weltkriegs kennt, wird die hier behauptete Rolle der USA in diesem Krieg nicht nachvollziehen können. Außerdem besteht das Gefühl, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören, offenbar nur in Europa. Denn spätestens seit 1999 (Angriff auf Serbien) haben die USA in Europa sowie von Afghanistan bis Libyen alle Gebiete ins Chaos gestürzt, die für Europa von besonderem Interesse sind. Ihre Wirtschaftssanktionen schaden vor allem Europa. Schicksalsgemeinschaft sieht anders aus.

Manfred Backerra

Wenn Europa weiterhin die Zusammenarbeit mit Russland verweigert, wird das Land in mehrfacher Hinsicht geschwächt. Russland muss aber stark bleiben, damit es sein Territorium im Osten und Fernen Osten mit allen Erdschätzen in sicherem Besitz behält. Fällt das Gebiet an China, sind die Ressourcen für Europa verloren.

Was sagt der Fachmann zu dieser Befürchtung?

Alexander Rahr

Ich habe in meinen Büchern immer die These vertreten, dass eine Kolonisierung Sibiriens – des grössten Rohstoffreservoirs der Welt – durch die Chinesen (im theoretischen Falle eines schwächer werdenden Russlands) nicht nur eine Tragödie für Russland wäre, sondern auch einen nicht wieder rückgängig zu machenden Verlust für Gesamt-Europa bedeuten würde. Es macht mich tief betroffen, dass der Westen diese Gefahr nicht begreift.

Siegfried Deutsch

Per Geheimdienst gegen die Opposition

Interview mit Regierungsdirektor a.D. Josef Schüßlburner

Herr Schüßlburner, Sie gelten als einer der profiliertesten Vertreter einer strengrechtsstaatlichen Kritik der zeitgenössischen Staats- und Verfassungsschutzpraxis in der Bundesrepublik Deutschland und betreiben dazu mit dem Extremismusforscher, Professor Hans-Helmuth Knütter, die Internetplattform www.links-enttarnt.net. Ihre zentrale These: Die von der Regierungs-Politik zu verantwortende Praxis dieser Geheimdienst-Behörden habe es systematisch verhindert, dass sich unser Land zu einer „liberalen Demokratie des Westens" hätte entwickeln können. Das verblüfft viele, halten sie doch die Bundesrepublik für genau das, was Sie bestreiten. Wie begründen Sie Ihre abweichende Sicht?

Ich habe da keine abweichende Sicht; dass die BRD wegen der Parteiverbotskonzeption als Kern des Staatsschutzes eine besondere Demokratie ist, kann man Entscheidungen des Verfassungsgerichts, der etablierten Kommentarliteratur zum Grundgesetz und einschlägigen Monographien entnehmen. Allerdings: Die meisten, die das erkennen, befürworten dies, zumindest bei den Deutschen! Dagegen scheinen Politiker in ihren Sonntagsreden, wo die bundesdeutsche Freiheitlichkeit verehrt wird, den deutschen Sonderweg nicht wahrhaben zu wollen. Als Gegenbeispiel sei der kundige SPD-Politiker Mathias Brodkorb angeführt: „Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist keine liberale, also wertneutrale Verfassung im amerikanischen Sinne, sondern eine ´wertgebundene Ordnung` (BVerfG 2, 12). Im internationalen Vergleich ist dies `Novum` und `Unikum` zugleich… Auch das Bundesverfassungsgericht betont in seiner Verbotsentscheidung gegen die KPD daher, dass die deutsche Verfassung sich in diesem Punkt von klassisch liberalen Verfassungen fundamental unterscheidet, und begründet diesen Unterschied mit der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus (BVerfG 5, 137 ff)."

Rückblick auf die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge der nach 1945 implementierten Geheimdienst-Institutionen in West-Deutschland: War es nicht verständlich, dass nach der katastrophalen Niederlage des totalitären NS-Regimes alles versucht wurde, eben und auch geheimdienstlich, um ein erneutes Aufleben neo-nationalsozialistischer Bewegungen zu verhindern?

„AfD-Politiker sollten sich nicht wundern, dass sie als Nationalliberale und Konservative Opfer des „Verfassungsschutzes“ sind …“

Diese in der Tat zentrale Prämisse des Demokratie-Sonderwegs impliziert Deutschfeindlichkeit aufgrund der Unterstellung, dass Deutsche, wenn Beobachtungsbehörden sie nicht permanent „aufklären“, sofort wieder „Nazis“ wählen würden, da nur Bewältigungsexperten aus der Geschichte Lehren gezogen hätten, nicht aber der wählende Abstammungsdeutsche. Bei diesem Ansatz konnte man auch gut verschleiern, dass es vor allem darum ging, eine US-freundliche Parteienlandschaft zu etablieren; ausgeschaltet werden sollten daher - auch im Wege einer „Nazifizierung“ - Nationalliberale und Konservative, die Deutschland im 19. Jahrhundert zu einer Art Großmacht gemacht hatten. Im Kalten Krieg wurde dies etwas modifiziert, aber jetzt ist man ideologie-politisch den Besatzungszeiten näher als etwa im Jahr 1970, d.h. AfD-Politiker sollten sich nicht wundern, dass sie als Nationalliberale und Konservative Opfer des „Verfassungsschutzes“ sind.

Zu Zeiten des Kalten Krieges kam noch die nachrichtendienstliche Abwehr des politisch und subversiv offensiv operierenden Sowjetkommunismus hinzu. Von Reinhard Gehlen, dem ersten Präsidenten des BND, stammt ja die treffliche Charakteristik des sowjetischen Vorgehens: Die Moskauer Zentrale betrachtete den Globus als Aufmarschgebiet mit unterschiedlich weit fortgeschrittenen Umsturzmaßnahmen im Sinne ihres weltrevolutionären Prozesses. Auf dieser Linie lag dann das abwehrende KPD-Verbot von 1956. Eine vertretbare Antwort?

Ja, der „Antifaschismus“ wurde als „Antitotalitarismus“ auch gegen links gewandt, was bei erheblichem Widerwillen des Verfassungsge-

richts, das im Falle eines Verbots „gegen rechts“ absolut keine Skrupel hatte, zum KPD-Verbot führte. Man sollte nicht vergessen, dass die USA das KPD-Verbot nicht gewollt haben und es auch in West-Berlin, wo Urteile des Bundesverfassungsgerichts bis 1989 nicht ohne weiteres galten, nicht durch ein SEW-Verbot nachvollzogen haben, sondern stattdessen die im Bundesgebiet nie verbotene NPD einem Quasiverbot (Versammlungs- und Wahlteilnahmeverbot) unterworfen haben. Dies besagt einiges über die wirklichen Machtinteressen.

Einmal ganz allgemein zur Startphase im Gefolge von 1945: Wer die Macht hat, politische und rechtliche Spielregeln aufzustellen, wird solche aufstellen, die ihn gewinnen lassen. Kann das aber im westdeutschen Fall mit rechtsstaatlichen Prämissen in Übereinstimmung gebracht werden?

„Der AfD werden keine Vorwürfe gemacht, sich rechtswidrig zu verhalten oder verhalten zu wollen“

Rechtsstaat bedeutet vor allem weltanschauliche Neutralität des Staates, was auch Voraussetzung des Parteienpluralismus ist, sowie Sanktionierung rechtswidrigen Verhaltens. Der AfD werden keine Vorwürfe gemacht, sich rechtswidrig zu verhalten oder verhalten zu wollen. Vielmehr ist von rechtsradikaler „Rhetorik“, fragwürdiger „Wortwahl“, verdächtigen „Thesen“, fremdenfeindlichen „Aussagen“, völkischer „Agitation“, „zweideutigen Äußerungen“ zur Vergangenheitsbewältigung, „Infragestellen“ von Teilen des Grundgesetzes und „Systemsturz“ (so die Zusammenfassung durch den links-liberalen Juristen Horst Meier) die Rede. Entsprechen solche amtlichen „Vorwürfe“ der Rechtsstaatskonzeption?

Schon der Begriff „Verfassungsschutz“ sei semantisch grob irreführend, so eine weitere Ihrer kritischen Thesen. Schützt denn der VS nicht unsere Verfassung und wenn „Nein“, was und wen dann?

Verfassung ist ein Staatsorganisationsstatut, das aus der Natur der Sache - und nicht wegen unterstellter Bösartigkeit - nur machthabende Politiker verletzen können, nicht aber rechtstreue Bürger wie etwa die Mitglieder und Anhänger der AfD. Verfassungswidriges Verhalten etablierter Politiker findet sich in sog. „Verfassungsschutz-

berichten“ nicht abgebildet, weil dies die Innenminister nicht zulassen. So findet sich über die „Herrschaft des Unrechts“ - so der jetzige Verfassungsschutzminister Seehofer über die massive illegale Masseneinreise von 2015 - in VS-Berichten kein einziges Wort!

Wenn sich das so verhält, machen Sie doch einen Vorschlag zur Umbenennung dieser Behörden, die ihrer tatsächlichen Arbeitsweise entspricht, bitte!

Im Ausland haben entsprechende Behörden Bezeichnungen, die auf das lateinische Wort *securitas* zurückgehen, also Staatssicherheits- oder Staatsschutzbehörde und die dabei in Demokratien für die Abwehr von Hochverrat und Terrorismus zuständig sind. Der „Economist“ hat in einem Artikel über den „German way of democracy“ die VS-Behörden dagegen als „democracy agency“ (Demokratiebehörde) gekennzeichnet, die nicht dem Wähler und den Gerichten den Schutz der Verfassung überlassen, wie dies in Demokratien sonst so üblich ist.

Auch der Begriff „rechtsextrem“ erweist sich Ihrer Ansicht nach als wissenschaftlich und rechtlich unbrauchbares Schlüsselwort. Es wird gerne zu Beginn von Bekämpfungs-Operationen auch gegen völlig legale Oppositionsgruppen und Parteien von Rechts ins Spiel gebracht. Warum taugt dieses „Wording“ nicht?

Dieser Begriff findet sich nicht in der Ermächtigungsgrundlage der VS-Behörden, worauf auch Verwaltungsgerichte gelegentlich hingewiesen haben. Das Verfassungsgericht hat diesen Begriff zur Abgrenzung als rechtlich untauglich erklärt - allerdings nicht in einem VS-Fall. Der Begriff ist zentral gegen die Menschenwürdegarantie gerichtet, weil er sowohl bei politischem Terrorismus gebraucht wird als auch gegenüber völlig rechtstreuen Bürgern, die vom Grundrecht der Meinungsfreiheit legal, aber politisch unerwünscht Gebrauch machen. Damit wird amtlich ein Zusammenhang jenseits aller rechtsstaatlichen Zurechnungskategorien insinuiert, wenn nicht konstruiert, was betroffene Bürger dämonisierend zum bloßen Objekt staatlicher Ideologiepolitik macht.

gemeinsam-fuer-das-grundgesetz.de
#gemeinsamfuerdasGrundgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Tagen spüren wir alle, dass es kostbare Dinge gibt, die wir allzu oft für selbstverständlich erachten. Sei es die Fürsorge innerhalb der Familie, sei es der Dienst der Krankenschwester in der Klinik, sei es der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir alle können etwas lernen aus diesen Wochen. Etwas Demut und Dankbarkeit. Dankbarkeit für die Verantwortung, die unsere Nächsten übernehmen. Demut vor den Mühen und Leistungen derer, die vor uns waren. Sie sollten uns Hoffnung machen, aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen. Als Einzelne. Als Familie. Als Nation.

Manche behaupten, unsere Gesellschaft sei so gespalten wie nie zuvor. Ich will das nicht glauben. Ja, natürlich gibt es Streit, gibt es verschiedene Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands. Aber das hat es immer gegeben. Was neu ist, ist der Versuch, das Argument des politischen Gegners als unmoralisch zu brandmarken. Das vergiftet den Streit. Vergiftet die Beziehungen. Zu Freunden, Familienmitgliedern, Nachbarn. Es tut mir sehr leid, aber das können wir nicht zulassen. Wir nicht. Und Sie auch nicht.

Ich werde heute in manchen Talkshows unwidersprochen als „Faschist" bezeichnet. Meine Mitstreiter als Wiedergänger der Nazis. Wissen Sie, ich kann das ab: mein Fell ist im Laufe der Jahre ziemlich dick geworden. Aber glauben Sie mir, für jeden einzelnen Anhänger ist diese alltägliche Ausgrenzung aus der Gesellschaft eine große Last. Viele ostdeutsche Landsleute erinnert dieser Zustand immer mehr an sehr dunkle Stunden unserer Geschichte.

Nein, wir sind kein „Krebsgeschwür". Wir sind kein „Pack".

Wir sind freie Bürger wie Sie. Freie Bürger, die sich in echter Sorge um das von unseren Vorvätern Ererbte zusammengefunden haben. Zu diesem Erbe gehört das Grundgesetz. Die beste Verfassung, die wir Deutschen je hatten. Deren Inhalt und Geist wir jeden Tag gerecht werden müssen.

Nein, nicht der Streit ist die Gefahr für unsere Verfassung, für die pluralistische Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Gefahr sind selbsternannte „Demokraten", die die Opposition verstummen lassen wollen. Indem sie laut schreien: „Wir sind mehr!" Das mag ja sogar so sein. Aber auch eine Minderheit hat in der Demokratie das Recht, gehört zu werden. Dafür kämpfen wir.

Für Sie. Für Deutschland. Für uns alle.

Alexander Gauland

Alexander Gauland, Ehrenvorsitzender der Alternative für Deutschland

Sie blicken gerade auf eine ganze Seite Meinungsfreiheit. Diese Anzeige durfte in FAZ, Welt, Spiegel, Handelsblatt & Focus nicht erscheinen.

GEMEINSAM FÜR DAS GRUNDGESETZ

Eine Initiative der Alternative für Deutschland

„Der ‚Kampf gegen Rechts' ist die Fortsetzung des alliierten Interesses durch konkurrierende deutsche Parteienvertreter"

Als jüngstes Ziel geheimdienstlicher Oppositionsbekämpfung hat der bundesdeutsche VS unter der Leitung von Thomas Haldenwang (CDU), Nachfolger des wegen wahrer dienstlicher Aussagen zu den Chemnitz-Vorgängen im Sommer 2018 abgelösten Herrn Hans-Georg Maaßen, die politischen Strömung des „Flügels" innerhalb der AfD ausgemacht und sie als „eindeutig rechtsextrem" eingestuft. Das dürfte Sie nicht überrascht haben, Herr Schüßlburner, oder?

Nein. „Kampf gegen rechts" ist die Fortsetzung des alliierten Interesses durch konkurrierende deutsche Parteienvertreter. Nunmehr bedient man sich dabei der „bösartigen Menschenliebe", die Edmund Burke einst den linken Jakobinern vorgeworfen hatte, indem der leicht theologisierbare Begriff „Menschenwürde" gegen Opposition losgelassen wird: Erkennbar eine Rache dafür, dass die AfD bei freien Wahlen von der Duldung illegaler Masseneinreise durch etablierte Parteien profitiert hat; deshalb geht es vor allem um „Ausländerfeindlichkeit" und ähnliche Ideologeme. Kritik an illegaler Einreise soll damit zum Risiko gemacht werden, als „Rechtsextremist" ausgeschaltet zu werden: Wie human!

Unter der Leitung von MdB Dr. Roland Hartwig, Leiter der Arbeitsgruppe VS in der AfD-Bundestagsfraktion, wehrt sich die Partei juristisch gegen die Flügel-Einstufung als extremistisch, die ja als Einstieg in die Gesamtbeobachtung der Partei incl. geheimdienstlicher Bekämpfung gesehen wird. Kann dieses AfD-Engagement im Vertrauen auf Rechtsstaatlichkeit von Erfolg gekrönt sein?

Nun, man scheint hier die bereits erwähnten Sonntagsreden von Vertretern der Konkurrenzparteien - wo auch AfD-Politiker einst tätig waren - für bare Münze zu nehmen und verkennt, dass die BRD keine liberale Demokratie ist und daher auch von der Gerichtsbarkeit nicht gewissermaßen Systemsprengendes erwartet werden sollte. Man macht sich bei einem gerichtlichen Vorgehen selbst zum Prozessgegenstand, ohne rechtlich offensiv geltend machen zu können, dass eigentlich eine Partei wie die SPD in den VS-Bericht aufgenommen werden müsste. Wegen der ideologischen Implikationen der bundes-

deutschen Staatssicherheit sind Prozessprognosen schwer möglich, auch wenn gelegentlich überraschend positive Gerichtsentscheidungen ergehen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz des Verfassungsgerichts in der Entscheidung zur Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) erleichtert die Prognose nicht: Er ist im ideologischen Umfeld kaum handhabbar, weil unklar ist, welche Größen und wie sie ins Verhältnis zu setzen sind. Staatsschutz etwa wegen Gebrauchs des Wortes „Umvolkung“ ist rechtsstaatlich völliger Unsinn, aber ideologiestaatlich vielleicht doch irgendwie „verhältnismäßig“. Die AfD sollte sich daher auf negative Gerichtsentscheidungen einstellen.

Nun gibt es ja unterschiedliche strategische Ansätze, um der geheimdienstlichen Bekämpfung der größten Oppositionspartei entgegen zu wirken. Die einen vertrauen dem Rechtsweg und verweisen u.a. auf den erfolgreichen Fall der von Ihnen erwähnten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die sich nach jahrelangem Rechtsstreit aus der VS-Einstufung als „rechtsextrem“ mit Erfolg freikämpfte. Sie dagegen und z.B. das AfD-MdB Hansjörg Müller sind für eine andere Form von notwendiger Abwehr-Strategie. Aus welchen Gründen?

Es wird bei der Ausrichtung auf den Rechtsweg vergessen, dass der eher positiven Verfassungsgerichtsentscheidung im JF-Fall zwei negative Verwaltungsgerichtsentscheidungen vorausgegangen waren; eine Zeitung kann dies durchstehen, eine Partei wahrscheinlich nicht, wie das Schicksal der funktionalen Vorgängerpartei Die Republikaner zeigt.

„Die AfD sollte endlich ein alternatives Staatsschutzkonzept erarbeiten, das bei der Änderung des Parteiverbotskonzepts anfängt“

Eine politische Partei, insbesondere eine mit dem anspruchsvollen Namen „Alternative für Deutschland“ sollte weniger Gerichtsprozesse führen und stattdessen Politik machen. Die AfD sollte endlich ein alternatives Staatsschutzkonzept erarbeiten, das bei der Änderung des Parteiverbotskonzepts anfängt. Man kann sich dabei an den Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates von 1999 orientieren. Für Verbote von politischen Vereinigungen unter Einschluß von politischen Parteien bietet sich etwa § 78 der Verfassung

des freien Königreichs Dänemark im Norden der nur freiheitlichen Bundesrepublik als Formulierungshilfe für die Änderung von Artikel 9 (Vereinsverbot) und 21 (Parteiverbot) des Grundgesetzes oder zur Änderung von einfachen Gesetzen an:
„Vereine, die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch Gewaltanwendung, Anstiftung zu Gewaltanwendung oder ähnliche strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen suchen, werden durch Gerichtsurteil aufgelöst."
Diese alternative Staatsschutzkonzeption könnte unter dem politischen Programm „Verwirklichung der liberalen Demokratie des Westens in der Bundesrepublik Deutschland" laufen.

Was halten Sie von einer kombinierten Vorgehensweise: Den von Hartwig eingeleiteten Rechtsstreit bestmöglich durchziehen und Ihren „tieferen Abwehransatz" genauso zu verfolgen, d.h. das eine tun ohne das andere zu lassen. Was spricht dagegen?

Eine kombinierte Vorgehensweise ist bei der Prozessführung schon deshalb erforderlich, weil sich die Partei auf negative Gerichtsurteile einstellen sollte. Man muss dann ein derartiges - aber durchaus auch ein positives - Urteil als Beleg für die grundlegende Änderungsbedürftigkeit des bundesdeutschen Staatssicherheitsrechts anführen können, um angesichts der Gerichtsgläubigkeit der Deutschen das Urteil in der politischen Wirkung zu „neutralisieren" oder zu potenzieren.

Worin sehen Sie ansonsten die defensive Haltung der AfD-Parteiführung?

Es ist erschütternd zu beobachten, wie hilflos und eingeschüchtert Parteirepräsentanten der AfD Fragen von Journalisten wegen „Rechtsextremismus" gegenüberstehen, sich dann in ihren ausweichenden Antworten von sich selbst und Parteimitgliedern zu distanzieren beginnen, statt diese Begrifflichkeit durch Nachfragen als amtlichen Begriffsschrott zurückzuweisen, etwa so: „Was meinen Sie damit eigentlich?" Und wenn sich dann ein Journalist auf den VS beruft, müsste man dem Journalisten entgegenhalten: „Und dies ist für Sie als unabhängigen und „kritischen" Journalisten als Staatsoffenbarung maßgebend? Ich sehe da nur Untertanengeist!" So in etwa erwarte ich mir den Umgang eines Parteirepräsentanten mit den etablierten Medien.

Wie ist diese defensive Haltung zu erklären?

Die AfD hat sich von Beginn an mit ihrer an der Vergangenheit ausgerichteten Unvereinbarkeitsliste zum Erfüllungsorgan des „VS" gemacht, der ja überwiegend ideologiestaatlich operiert, so dass mit der auf VS ausgerichteten Liste auch die staats-ideologische Position übernommen wurde. Wäre so eine Liste bei der SPD praktiziert worden, hätten etwa Brandt und Wehner aufgrund ihrer extremistischen Vergangenheit nicht SPD-Mitglieder werden können. Die AfD nimmt sich aufgrund ideologischer Unterwerfungsbereitschaft die Chance, politische Begabungen wie einen Kalbitz bei sich zu behalten. Dieser kann natürlich nicht deutscher Außenminister werden, da er ja nicht auf Polizisten eingeschlagen, sondern sich nur in falschen Zeltlagern aufgehalten hat.

Was gäbe es sonst noch an Möglichkeiten für die AfD, in die Offensive zu gehen?

Die AfD könnte, die Prämissen des Verfassungsschutzes aufgreifend, ein „Frühwarnsystem" zu sein, etwa die Aufnahme der SPD in den VS-Bericht fordern. Gerade maßgebliche SPD-Politiker sind in der jüngsten Zeit als Vertreter eines rechtsstaatswidrigen Zurechnungskollektivismus aufgefallen: Als Tiefpunkt der Kultur sozialdemokratischer *hate speech* ist die zutiefst verrohte, auf gesellschaftliche Spaltung ausgerichtete Äußerung von MdB Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, zu nennen: „Im Deutschen Bundestag und in den Landtagen sitzt der politische Arm des Rechtsterrorismus. Und das ist die AfD", ohne irgendwelche Belege rechtsstaatlicher Zurechnungen wie Anstiftung oder Beihilfe aufzuführen, natürlich, weil dies nicht möglich ist. Dies ist eine Kampfansage an Parteienpluralismus, auch AfD-Anhängern zustehende Menschenwürde, Rechtsstaat und Demokratie. SPD-Politiker sind an der Macht und daher für die Verfassung gefährlich. Die Frühwarnlampen müssten glühen!

Es sei daran erinnert, dass der damalige gewichtige SPD-Vorsitzende Siegmar Gabriel den „Verfassungsschutz" schon gegen die AfD loshetzen wollte, als es noch gegen die wirtschaftsliberale Lucke-AfD ging. Dies zeigt eben an, dass für maßgebliche SPD-Politiker das Mehrparteienprinzip von vornherein ein Dorn im Auge darstellt und die AfD daher bei sozialdemokratischer Machtstellung vor dem „Verfassungsschutz" nicht geschützt wäre, selbst wenn sie sich wieder vollständig in eine Lucke-Partei zurückverwandeln würde.

Und wie steht es dann mit der CDU?

Auch diese müsste vom VS überwacht werden, soll das „Frühwarnsystem“ nicht reiner Kitsch sein. Immerhin hat ein CDU-Politiker politischen Gegnern, die sich gegen seine „Werte“ einer mit „Menschenwürde“ kaschierten staatlichen „Einwanderungspolitik“ der vollendeten Tatsachen aussprechen, als Deutsche das Verlassen der Bundesrepublik Deutschland nahegelegt. „Wer den Staatsbürgern das Angebot macht, ihren Staat zu verlassen, spielt mit dem Bürgerrecht; er spricht Staatsbürgern, die „nicht einverstanden sind“, das Recht ab, Bürger unserer Republik zu sein. Es ist ein furchtbarer Fall des politischen Extremismus. Jemandem nahezulegen, das Land zu verlassen, aus dem bloßen Grunde, weil dieser „nicht einverstanden“ ist, macht jenes Gedicht von Bertold Brecht akut, in dem der Dichter nach dem 17. Juni 1953 der Regierung der DDR den Rat gab, „sie möge sich ein anderes Volk wählen“ (so der Historiker Egon Flaig). Die selbstherrliche Einstufung von Oppositionspolitikern als „Rechtsextremisten“ wegen politischer Anliegen, die der CDU nicht in den politischen Kram passen, durch beamtete CDU-Politiker läuft ebenfalls auf so etwas wie innere Ausbürgerung von Oppositionspolitikern hinaus. Deren Bürgerrecht auf gleichheitsbestimmte Teilnahme am politischen Prozess wird dadurch entschieden entwertet: Ein klarer Fall von CDU-Extremismus!

Ansonsten könnte die CDU ja ihre Verfassungstreue dadurch beweisen, dass sie für die konsequente Umsetzung des Spiegelbildlichkeitsprinzips bei der Besetzung parlamentarischer Gremien eintritt, also AfD-Politiker wählt und sich für das Recht des Andersdenkenden ausspricht, also für die Menschenwürde der politisch rechts von ihr Positionierten.

Regierungsdirektor a.D. Josef Schüßlburner: Von 1985 bis 2018 im Bundesdienst, Verkehrsverwaltung, tätig - unterbrochen durch Tätigkeit beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen in New York, Referat Völkerrechtskodifikation (1987 bis 1989) und als nationaler Experte für Rechtsfragen des Luftverkehrs bei der Europäischen Kommission in Brüssel (1997 bis 1999); einschlägige Veröffentlichung zuletzt beim Institut für Staatspolitik: „Verfassungsschutz“: Der Extremismus der politischen Mitte, 2016; betreibt Website: www.links-enttarnt.net mit Themenschwerpunkten Parteiverbot, Verbotsersatzsystem und Sozialismusbewältigung.

Manfred Ritter

Im Gefolge der Corona-Krise:

Wege und Irrwege der AfD

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Weltwirtschaft werden noch zu erheblichen politischen Umwälzungen in vielen Staaten führen. Politische Fehlkonstruktionen wie der Euro könnten zerbrechen und die EU würde bei einer länger dauernden Finanzschwäche der Nettozahler in Existenznöte geraten. Auch die politischen Kräfteverhältnisse in vielen Ländern Europas, die ohnehin bereits im Wandel sind, stehen vor erheblichen Veränderungen. In Deutschland verbessert der zu erwartende wirtschaftliche Abstieg die Chancen der AfD, zur großen Volkspartei zu werden.

Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Partei nicht in die rechte Ecke drängen lässt **bzw. die vielfältigen Versuche, sie dorthin zu verorten, abwehren kann,** und dass sie die Wirtschaftspolitik zu ihrem Schwerpunkt-Thema macht. Denn die Wähler werden die Parteien bevorzugen, von denen sie eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und die Sicherung ihren Arbeitsplätze erwarten.

Bei dem Wettkampf um die beste Wirtschafspolitik hat die AfD den großen Vorteil, dass sie nun im Zeichen drohender hoher Arbeitslosenzahlen den Bürgern zeigen kann, dass unsere etablierten Parteien in der „Merkel-Ära“ schwerwiegende Fehlentscheidungen getroffen haben. Diese haben die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft geschädigt und sind daher zu einem erheblichen Teil für die nun zu erwartenden Arbeitsplatzverluste mit verantwortlich.

Ursache dieser Fehlentscheidungen war vor allem eine „grüne“ industriefeindlichen Ideologie, die auch noch mit einer „Gutmenschen-Ideologie“ verbunden wurde. Beide Ideologien wurden von unseren etablierten Medien und Politikern mit einer Dauerpropaganda zur „Staats-Doktrin“ erhoben.

Diese Politik, die vor allem Frau Merkel zu verantworten hat, hat Deutschland zum „Zahlmeister der Welt“ und zum „Einwanderungsland für alle Armutsflüchtlinge der Welt“ gemacht.
Außerdem haben die etablierten Parteien mit ihrer „grünen“ Politik enorme Kosten (etwa beim Strom) für Bürger und Industrie verursacht. Dazu kam eine „De-Industrialisierungspolitik“, die derzeit vor allem unsere Automobilindustrie durch unerfüllbare „Öko“-Auflagen schwer schädigt.
Da die Gefahr besteht, dass es demnächst zu einer „Schwarz-Grünen“ oder „**Rot-**Rot-Grünen“ Bundesregierung kommt, die unsere angeschlagene Wirtschaft durch eine noch stärkere De-Industrialisierungs-Politik endgültig ruinieren könnte, benötigen die Bürger jetzt dringend eine starke politische Alternative zu den „grün unterwanderten“ bisherigen Volksparteien.
Wenn die AfD diese Rolle übernimmt, könnte sie als neue Volkspartei viele ehemalige Unions- und SPD-Wähler gewinnen, die unsere Industriegesellschaft vor den grünen Ideologen retten wollen.
Die Chancen der AfD, sich mit dem Wirtschafts-Thema zu profilieren, steigen im gleichen Maß, in dem es für die Bürger ersichtlich wird, dass die Zeiten des Wohlstandes nicht nur wegen der Corona-Krise, sondern vor allem auch wegen der schweren politischen Fehlentscheidungen der bisher regierenden Parteien zu Ende gehen.
Besonders Frau Merkel hat sich während ihrer Regierungszeit nicht genügend darum bemüht, die Interessen der deutschen Bürger gegen die der Ideologen und Lobbyisten durchzusetzen.
Sie ging – offenbar in der naiven Annahme, dass das deutsche Wirtschaftswachstum und damit unser Wohlstand ewig bestehen würde - davon aus, dass wir uns wegen dieses vermeintlichen Reichtums jede finanzielle Großzügigkeit gegenüber anderen Staaten leisten und Millionenheere von beruflich meist unqualifizierten Armutsflüchtlingen aus aller Welt in unserem „sozialen Netz“ aufnehmen könnten.
Außerdem hatte sie - trotz der katastrophalen Erfahrungen mit den Ideologien des Kommunismus und des Nationalsozialismus - keine Hemmungen, die Ideologie grüner Fanatiker zu übernehmen und dem Volk entsprechende industriefeindliche Entscheidungen, ohne Rücksicht auf die gigantischen Kosten, aufzuzwingen.
So wurde unsere für eine Industrienation lebenswichtige günstige Energieversorgung durch Atom- und Kohlekraftwerke immer mehr

Sind wir auf dem Weg zum Lebensideal einer links-grünen Wohlfahrtwirtschaft? Auch in der Monatszeitschrift „Tichys Einblick" wird dieses ernste Thema tiefschürfend erläutert.
In seinem Editorial prophezeit Tichy ein schon baldiges „Zersplatzen dieser Wohlstandsillusionen" und weiter: „Wir werden die Krise überwinden - aber die Wirtschaft wird nicht anspringen, auf Knopfdruck wie der Küchenmixer".

gedrosselt und durch sehr teure „Ökostrom-Anlagen" ersetzt. Deshalb kostet bei uns der Strom inzwischen doppelt so viel wie in Frankreich. Dazu kommt noch die Gefährdung unserer Industrie durch Stromausfälle. Denn mit Solarenergie und Windkraft ist eine gleichmäßige Stromerzeugung (etwa bei Nacht und Windstille) nicht möglich. Deshalb erzeugen diese Anlagen bei viel Wind Überschüsse, die nicht speicherbar sind und meist ans Ausland „verschenkt" werden müssen, während wir bei Windstille ausländischen Strom teuer einkaufen müssen. Je höher der „Wind-Strom"-Anteil wird, umso mehr **besteht** die Gefahr, dass ausländische Stromerzeuger unsere Stromausfälle bei Windstille nicht mehr ersetzen können. Dann droht unser Stromnetz zusammenzubrechen, was jedes Mal zu gewaltigen wirtschaftlichen Schäden (Produktionsausfällen usw.) führt. Weder dieses offenkundige Risiko noch die Tatsache, dass kein vergleichbarer Industriestaat eine derartige Bürger- und Industrie-feindliche Energiepolitik betreibt, veranlassen unsere etablierten Politiker und Medien, diesen Irrsinn kritisch zu hinterfragen und zu beenden.

Da auch ideologische Wahnideen bei uns mit deutscher Gründlichkeit „bis Alles in Trümmer fällt" umgesetzt werden, endet der Öko-Wahn nicht bei der Stromproduktion, sondern hat inzwischen unseren Industriestaat und besonders unsere Auto-Produktion ins Visier genommen. In den 90er Jahren wurden diese „grünen" Angriffe auf die Auto-Industrie mit dem Ozonloch begründet, und heute geht es um den CO2-Ausstoß und den dadurch angeblich verursachten Klimawandel.

Während alle anderen vergleichbaren Industrienationen gar nicht daran denken, zwecks CO2-Reduzierung ihre industrielle Produktion einzuschränken, versucht unser **politisch-medialer Komplex** mit einer Dauerpropaganda die Bürger davon zu überzeugen, dass man den deutschen Industriestaat ohne größere Wohlstandsverluste in einen „Naturpark" verwandeln kann. Sie verschweigen uns dabei natürlich, dass die Bürger der „real existierenden" Staaten der 3. Welt, die mit einer sehr niedrigen Industrieproduktion die grünen Idealvorstellungen (unfreiwillig) verwirklichen, dies mit miserablen Lebensverhältnissen bezahlen müssen.

Mit der derzeitigen Einschränkung der Industrieproduktion bekommen unsere mit einer verlogenen grünen Medien-Propaganda überschwemmten Bürger wenigstens einen „Vorgeschmack" davon, wie eine „grüne" Welt wirklich aussieht.

Massenarbeitslosigkeit mit der „Armut für Alle" ist die primäre Folge. Dann können wir uns mangels eigener Rohstoffe und wegen Wegfalls der Devisen-Einnahmen aus Industrie-Exporten immer weniger die Errungenschaften der modernen Zivilisation leisten. Die Folge wäre eine zunehmende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, die durch Enteignung und Umverteilung der verbliebenen Reichtümer aus vergangenen Zeiten allenfalls etwas verzögert werden kann.
Wir können daher nur hoffen, dass es bei einer befristeten „Kostprobe" solcher apokalyptischer Verarmungserscheinungen bleibt.

Denn wir werden jetzt auch zu spüren bekommen, dass wir die finanziellen Folgen der oben beschriebenen Missachtung der deutschen Interessen in der Finanz-, Wirtschafts- und Migrationspolitik nicht mehr aus der „Portokasse" bezahlen können.
Das Schlimmste ist, dass es dabei um keine einmaligen Kosten geht, sondern dass diese als Dauerbelastung Monat für Monat neu anfallen. Etwa als Unterhaltskosten für die Millionen meist arbeitslosen Wirtschaftsflüchtlinge. Wo soll das Geld herkommen, wenn jetzt die Arbeitslosenzahlen explodieren? Die Linken fordern schon, **das Geld bei den „Reichen" zu holen.**
Die Lage könnte also höchst gefährlich werden.

Denn jetzt kommt „die Stunde der Wahrheit", und alle Kostenbelastungen (auch die der Geldentwertung durch den Euro), die man in der Vergangenheit im Vertrauen auf ewig anhaltenden Wohlstand verursacht hat, drohen uns viel schneller in die Tiefe zu ziehen als

vergleichbare Nachbarländer, die eine ideologiefreie Interessen-Politik betrieben haben.

Jetzt wird auch erkennbar werden, dass wir nicht „reich" sind, wie uns die etablierten Politiker und Medien immer erzählt haben, wenn sie sich durch großzügiges Verteilen deutscher Steuergelder in der EU und der übrigen Welt als „Gutmenschen" **profilieren** wollten.

Die Propaganda-Lüge vom deutschen Reichtum hätte man übrigens auch schon früher bei Betrachtung der Statistik des Vermögens pro Kopf der Bevölkerung im internationalen Vergleich (nachzulesen im Internet bei Wikipedia) widerlegen können. Obwohl wir die größten Nettozahler in der EU sind, stehen wir in der Vermögens-Rangfolge hinter England, den Niederlanden, Frankreich, Österreich, Irland, Schweden, Belgien und sogar Italien (für dessen Schulden wir sogar noch über Euro-Bonds mithaften sollen). Selbst die „armen" Spanier stehen in der Rangfolge nur knapp hinter uns.

Diese Statistik wird noch negativer, wenn man die großen Vermögen der „Millionäre" herausrechnet und nur die Vermögen berücksichtigt, die die große Masse der Bevölkerung durchschnittlich besitzt (sie wird in der Statistik als „Median-Vermögen" bezeichnet). Dann stürzen die Deutschen in der Rangfolge noch katastrophaler ab und stehen sogar hinter den Griechen.

Dies zeigt, dass es besser gewesen wäre, wenn unsere Politiker die Vermögensbildung der Durchschnittsbürger (etwa durch Erwerb einer Eigentumswohnung) finanziell stärker gefördert hätten, statt erhebliche Teile unsere Steuergelder großzugig im Ausland zu verteilen.

Im Übrigen führt auch die immer stärker werdende Inflationspolitik der Europäischen Zentralbank zu einer indirekten Enteignung der deutschen Sparer und der Mitgliedsländer mit geringer Staatsverschuldung, wie z.B. Deutschland. Denn bei einer Inflation gewinnen die Staaten, die die meisten Schulden haben. So halbiert sich Ihre „reale" Schuldenlast, wenn der Wert des Euro um 50% sinkt. Diese Inflations-Entwicklung wird sich jetzt durch die „Corona"-bedingte zusätzliche Staatsverschuldung im Euro-Raum noch gewaltig verstärken. Auch der deutsche Staatshaushalt endet nun statt mit einer „schwarzen Null" mit einem „schwarzen Loch".

Je länger die wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch die Corona-Krise anhalten, umso mehr werden die fatalen politischen Fehler der Vergangenheit sichtbar.

Es liegt auf der Hand, dass vor allem die AfD von dieser Situation profitieren kann, die sich am entschiedensten gegen die „Geldverteilung“ ans Ausland, gegen die Masseneinwanderung und gegen die wirtschaftsfeindliche grüne Politik ausgesprochen hat.

Denn sie kann nun darauf hinweisen, dass diese Fehler der Vergangenheit die derzeitigen wirtschaftlichen Einbrüche noch ganz erheblich verstärken und entscheidend zu den zu befürchtenden gravierenden Wohlstandseinbußen bei der großen Mehrheit der Bevölkerung beitragen.

Bei der Masseneinwanderung ist es ohnehin offensichtlich, dass diese unser soziales Netz extrem belastet und dass die gewaltigen Geldmengen, die für die Versorgung der Flüchtlinge anfallen, nun nicht mehr für die sozial schwachen eigenen Bürger zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der extrem hohen Stromkosten, die besonders für die ärmeren Schichten der Bevölkerung ins Gewicht fallen, muss man die Wähler darauf hinweisen, dass dies die Folgen der „grünen“ Politik unserer etablierten Parteien sind, die die billigen Atomkraftwerke stilllegen und der Bevölkerung den wirtschaftlichen Wahnsinn der unrentablen erneuerbaren Energien aufzwingen. Die Profiteure dieser Politik waren vor allem die Produzenten der Windräder und Solarzellen. Dazu kommt noch die systematische „grüne Sabotage“ des Industriestandortes Deutschland.

Die Hinweise auf dieses erhebliche Mitverschulden unserer etablierten Parteien am jetzt erfolgenden wirtschaftlichen Abstieg werden allerdings nur dann zu entsprechenden Wahlerfolgen der AfD führen, wenn ihr **die schwierige Operation** gelingt, sich von dem Image einer **angeblich „**rechtsradikalen“ Partei zu befreien.

Obwohl jedem, der sich in Deutschland intensiver mit Politik befasst, bewusst sein musste, dass die etablierten Parteien und die mit ihnen verbündeten Medien jede Gelegenheit nutzen würden, um eine neue konservative Partei in die rechte Ecke zu stellen, sind einige Funktionsträger der AfD in diese Falle geraten. Sie haben mit missverständlichen Formulierungen ihren böswilligen Gegnern Gelegenheit gegeben, diese als rechtsradikal zu interpretieren. Diese setzen nun die gigantische Propaganda-Maschinerie der etablierten Medien ein, um die AfD mit der „Nazi-Keule“ zu bearbeiten.

Es ist natürlich sehr schwer, sich gegen eine solche „Medien-Diktatur“ zur Wehr zu setzen. Die Partei muss sich aber den Vorwurf

gefallen lassen, dass sie diesem Problem in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat.
Inzwischen hat man zwar die negative Wirkung des „Flügels“ auf die Wähler erkannt und ihn aufgelöst. Dies reicht allerdings nicht, um die bereits angerichteten Schäden zu beseitigen.
Dabei geht es auch um die Grundsatzfrage, ob die AfD Realpolitik oder eine **teilweise** ideologisch fundierte Politik betreiben will.

Politische Strategen müssten der AfD (auch am Beispiel der untergegangenen Republikaner) raten, jede Ideologisierung zu vermeiden und eine Realpolitik zu propagieren, die vor allem darauf ausgerichtet sein sollte, den „Wohlstand für Alle“ in Deutschland zu erhalten.
So lange die Wirtschaft gut lief, konnte die AfD als Wirtschaftspartei nur die Bürger überzeugen, die die Gefährdung unseres Wohlstandes durch grüne Ideologie und Gutmenschentum erkannt haben.

Nachdem jetzt aber die Wohlstandsverluste für alle Bürger sichtbar werden, kann die AfD die Wähler darauf hinweisen, dass nicht nur die Corona-Krise, sondern auch die Politik der Etablierten wesentlich mit dafür verantwortlich ist.

Wenn sie mit dem Ziel antritt, diese Fehler zu korrigieren, kann sie zur großen Volkspartei werden, die für alle Schichten der Bevölkerung attraktiv ist. Sie könnte sich hierbei sogar ausdrücklich als „legitime“ Nachfolgerin von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard profilieren. Mit dem erklärten Ziel, die deutschen Interessen mit der gleichen Energie wahrzunehmen, wie es andere Staaten mit ihren Interessen tun.

Dazu ist es weder nötig, **mit Anklängen eines übertriebenen Nationalismus zu operieren, noch mit „völkischem Gedankengut“** zu argumentieren.
Andere Staaten (besonders die USA als „Schmelztiegel der Nationen“) vertreten ihre nationalen Interessen mit aller Härte. Auf der anderen Seite präsentieren sie sich anderen Ländern gegenüber gern als Vertreter einer „one-world“-Idee, die das Wohlergehen aller Menschen im Auge haben.

Unsere naiven Gutmenschen können daraus zumindest lernen, dass es in der Politik vor allem wichtig ist, seine Entscheidungen richtig zu „verkaufen“. Dann kann ein Staat die Interessen seiner Bürger hart vertreten und trotzdem den Vorwurf des nationalen Egoismus vermeiden.

Manch' deutsche Politiker besaßen sogar die Frechheit, Ihre „Zahlmeister-Rolle" in der EU den eigenen Bürgern gegenüber damit zu rechtfertigen, dass wir letztlich von dieser am meisten profitieren würden. Diese Propagandalüge ermuntert nun die südeuropäischen Profiteure dieser Politik, den deutschen „Last-Eseln" sogar noch egoistischen Nationalismus vorzuwerfen, weil sie sich weigern, mit „Corona-Bonds" auch noch für die Schulden der Südeuropäer zu haften.

Daraus sollte man die Lehre ziehen, dass Deutschland - genauso wie alle vergleichbaren Staaten - primär seine eigenen Interessen vertreten muss.

Dies sollte so selbstverständlich sein, dass man darüber gar nicht mehr reden müsste. Man sollte aber auch nicht ins andere Extrem verfallen und öffentlich verkünden, dass man seine Interessen mit aller Härte durchsetzen wolle.

Warum kann man bei uns nicht zur Normalität übergehen, wie sie in andern Staaten üblich ist?

Dies schließt wirtschaftliche und humanitäre Hilfen für andere Staaten nicht aus. Nur darf dies nicht Ausmaße annehmen, die die eigenen Bürger überfordern. Man muss sich dabei an international üblichen Maßstäben orientieren.

Wenn sich die AfD daran gewöhnen würde, nationale Interessenvertretung regelmäßig mit dem Zusatz: „wie in vergleichbaren Industriestaaten üblich" zu verbinden, könnte dies kein vernünftiger Mensch kritisieren.

Man muss also nicht **leicht denunzierbare** „nationale Gesänge" anstimmen, um die Wähler zu gewinnen. Die Forderung nach „normaler Interessensvertretung", um den „Wohlstand für Alle" zu sichern, würde völlig reichen.

Natürlich wäre es „romantischer", mit nationalen „Show-Effekten", wie „Fähnchen schwenken", patriotische Emotionen anzuheizen. Und mancher Partei-Redner würde sich über den Beifall, den er **bei einer kleinen Kerngruppe überzeugter Patrioten** damit erzeugen könnte, freuen.

Da **die Masse der Wahl-**Bürger – besonders in den alten Bundesländern – jedoch dazu erzogen worden sind, eine derartige Emotionalisierung sofort als rechtsextrem (und „verboten") anzusehen, würde sie wesentlich mehr Wähler abschrecken als gewinnen.

Vor allem würden die konkurrierenden Parteien und Medien sofort die „Nazi-Keule“ hervorholen und hätten es nicht mehr nötig, sich mit den Sachargumenten der Partei auseinanderzusetzen. Damit verliert eine Partei jede Chance, an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Deshalb trauen sich nicht einmal die Unionsparteien, offiziell als „rechte“ bürgerliche Gruppierungen aufzutreten, sondern bezeichnen sich als Parteien der Mitte.

Realpolitiker müssen sich an diese Situation **unter Beibehaltung ihrer nationalen Kernanliegen** anpassen, wenn sie in Deutschland erfolgreich Politik machen wollen.

Es ist ohnehin überflüssig, dass sich rechte Parteien ihre Argumente aus der „Mottenkiste“ der gescheiterten Ideologien des vergangenen Jahrhunderts holen, denn es gibt genügend logische - von Ideologien „unbefleckte“ - Argumente, die sogar überzeugender sind als die abgenutzten Schlagworte der Vergangenheit.

Die unspektakuläre Form der nationalen Interessenvertretung war in der Zeit des Wirtschaftswunders **auch** bei Union und SPD selbstverständlich. Die Unionsparteien haben außerdem mit ihrem Erfolgsmodell eines „Wohlstands für Alle“ neue Maßstäbe und Prioritäten gesetzt, die für die westliche Welt vorbildlich wurden und entscheidend zum Sieg über den Kommunismus beigetragen haben. Denn mit diesem Model ist es gelungen, das „Kapitalistische System“ in einen Sozialstaat einzubinden und damit einen Massenwohlstand zu erzeugen, wie er nie zuvor existiert hat. Dieser Erfolg zeigt, dass damals unsere nationalen Interessen ohne Ideologien optimal vertreten werden konnten.

Erst die 68er-Ideologen haben neben ihrer sozialistischen Ideologie auch noch eine bewusst gegen die deutschen Interessen gerichtete Politik propagiert. Diese Propaganda der Selbstzerstörung wurde inzwischen vor allem durch unsere etablierten Medien und die Grünen so „salonfähig“ gemacht, dass sich heute die meisten etablierten Politiker reflexartig an ihr orientieren und die Vertretung der eigenen Interessen als unmoralischen Nationalismus ansehen. Im Ergebnis verraten sie damit aber nicht nur die Idee des „Wohlstands für Alle“, sondern auch den Sozialstaat und die Demokratie.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die „klassische“ Vertreterin dieses Verrates.

Vor allem deshalb muss die AfD die Rettung des bewährten Modells eines „Wohlstands für Alle“ zu ihrer zentralen Aufgabe machen.

Sie **sollte** dabei besonders gegen die grüne und sozialistische Propaganda kämpfen, die unseren Wohlstand bedroht. Denn grüne Politik ist bei uns inzwischen (genauso wie der „Sozialismus“) ein Modell der „Armut für Alle“ geworden.

Wenn die AfD ihren Schwerpunkt auf Wirtschaft und Wohlstand setzt, könnte sie für alle Bevölkerungskreise und auch für die eingebürgerten Ausländer attraktiv werden. Denn besonders die Letzteren haben ihre Heimat wegen der besseren wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns verlassen. Sie dürften deshalb mindestens genauso daran interessiert sein, eine Masseneinwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen zu verhindern, weil damit zugleich Massenarbeitslosigkeit und Armut importiert würden. Ebenso wenig würden sie eine grüne Politik, die vor allem auf Kosten der ärmeren Schichten geht, unterstützen.

Die Wählergruppen mit ausländischen Wurzeln wären daher hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Interessenslage bei der AfD am besten aufgehoben.

Auch deshalb würde es sich empfehlen, auf **missverständliche** „völkische“ Argumente weitgehend zu verzichten, die solche Wählerschichten nur abschrecken würde. Man braucht solche Argumente auch nicht, um eine Masseneinwanderung abzulehnen.

Dies zeigt das Beispiel der USA, die als Schmelztiegel der Nationen wirtschaftliche Gründe als völlig ausreichend ansehen, um Armutsflüchtlingen abzulehnen. Auch unsere europäischen Nachbarn verzichten auf völkische Argumente, um nicht als Rassisten kritisiert zu werden.

Natürlich ist es legitim, wenn die Bevölkerung eine Begrenzung der Zuwanderung auch deshalb fordert, um ihre **eigene** „Mehrheits-Kultur“ und Religion zu erhalten.

In Europa bietet es sich hierbei allerdings an, nicht die einzelnen Nationen, sondern die europäische Kultur als „Gemeinschaftseigentum“ gegen eine Überflutung durch Massenmigration aus anderen Kulturkreisen zu verteidigen. Franz Josef Strauß hat diese europäische Gemeinsamkeit einst mit der Formulierung vom „christlich-abendländischen Welt- und Menschenbild“ umschrieben.

Wer daher völkische Argumente in die Migrationsdiskussion einbringen will, sollte sich zumindest an die historische Entwicklung anpassen und die „Europäer“ als schutzwürdige „kulturelle Einheit“ betrachten. Denn ethnisch sind die meisten Europäer ohnehin miteinander verwandt. Eine „Vermischung“ der europäischen Völker fand

nicht nur durch Großereignisse wie die Völkerwanderung statt, sondern auch schon zuvor im römischen „Weltreich“, das zumindest qualifizierten Menschen (speziell den Griechen, die z.B. den Handel im Reich dominierten) eine erhebliche Freizügigkeit bot. Solche Wanderungen gab es auch im Mittelalter bei Teilen der städtischen Bevölkerung (z.B. Handwerkern, die sich in benachbarten Ländern niederließen). Dies hat neben der christlichen Religion erheblich dazu beigetragen, dass man heute von einer gemeinsamen europäischen Kultur sprechen kann.

Es geht bei der Migrationsfrage also auch darum, die Europäer und ihre Kultur vor einem **„STURM AUF EUROPA“** durch Wirtschaftsflüchtlinge aus anderen Kulturkreisen zu schützen.

Jeder, der mit akzentuiert „völkischen Argumenten“ arbeitet, sollte sich im Übrigen bewusst sein, dass diese sowohl positiv wie auch negativ eingesetzt werden können.

Denn in unserer jüngeren Geschichte wurden „völkische“ Argumente **leider** auch dazu missbraucht, um andere Völker als minderwertig zu diskriminieren. Deshalb ist es verständlich, dass die damalige Vereinnahmung völkischer Ideale für rassistische Zwecke heute den Blick darauf versperrt, dass die ursprüngliche „völkische Idee“ auch sehr positiv interpretiert werden kann.

Denn man kann sie auch dazu verwenden, alle im Lauf der Geschichte entstandenen Völker und Kulturen in ihrer Vielfalt und ihrer Qualität als „göttliche Schöpfung“ und als „Ergebnis einer Jahrtausende alten Evolution“ zu respektieren und für ihre Erhaltung einzutreten. Und dies betrifft nicht nur die Indios am Amazonas. Damit kann **eine so interpretierte** „völkische Idee“ zu einem Beispiel vorbildlicher Humanität werden, die für den Schutz aller Ethnien eintritt.

Bei einer solchen Sichtweise liegen jene Ideologen, die durch eine systematische Völkervermischung diese natürliche Völkervielfalt auslöschen wollen, auf einer ebenso inhumanen Linie wie jene Rassisten, die andere Völker als minderwertig beseitigen wollen.

Dies klarzustellen wäre allerdings vor allem Aufgabe der Medien und Publizisten.

Eine Partei sollte sich jedenfalls nicht damit befassen, den **kontaminierten** Begriff des „Völkischen“ durch eine positive Interpretation wieder salonfähig zu machen. Solche „Nebenkriegsschauplätze“ würden nicht nur von wichtigeren politischen Sachfragen ablenken, sondern den

politischen Gegnern auch Gelegenheit geben, bei der Verwendung dieses Begriffes eine rassistische Zielrichtung zu unterstellen. Und ihre Gegner wären damit in Deutschland auch erfolgreich, weil sie mit Hilfe der **Leit**-Medien eine „Interpretations- und Verleumdungshoheit" besitzen.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass die AfD umso mehr Wähler gewinnen kann, je besser es ihr gelingt, sich von Ideologien fernzuhalten und sich auf die in großer Zahl vorhandenen Sachargumente zu stützen.

Außerdem sollte sie sich vor allem mit dem Wirtschafts- und Wohlstandsthema befassen, da dieses für die meisten Wähler existenzielle Bedeutung hat.

Eine solche Realpolitik kann die AfD allerdings nur dann glaubwürdig betreiben, wenn es ihren Vertretern gelingt, konsequent allen negativ besetzten ideologischen Ballast über Bord zu werfen **und ihre damit gewonnene politische Liberalität auch mit offensiven Medienkampagnen erfolgreich in allen für sie erreichbaren Wähler-Zielgruppen bekannt zu machen.**

Als Belohnung für eine solche **zeitnahe Strategie** winkt immerhin die Chance zur größten Volkspartei zu werden.

Manfred Ritter, geb. 1941, war als bayerischer Landesanwalt viele Jahre mit dem Asylrecht befasst und hat dazu Gastkommentare in führenden deutschen Zeitungen („FAZ", „Die Welt", „Rheinischer Merkur") veröffentlicht. Im Jahre 2016 wurde sein Buch: „Sturm auf Europa" neu aufgelegt (im v. Hase & Koehler-Verlag – broschiert, 144 Seiten, 8,90 Euro). Denn er hatte bereits in der Erstauflage im Jahre 1990 die weltpolitische Lage und deren weitere Entwicklung und auch die drohende Masseneinwanderung so vorausblickend beschrieben, dass der Leser den Eindruck hat, diese Analyse sei erst jetzt geschrieben worden. Das Buch hatte 1990 bei den rot-grünen Medien einen Sturm der Entrüstung ausgelöst und zur Versetzung des Verfassers geführt. Es kann auch direkt beim Verlag bestellt werden: v. Hase und Koehler Verlag, Bergstraße 68, 17392 Spantekow, e-mail: karnier@t-online.de.

Vera Kosova

„Das sind doch unhaltbare Zustände!“

Bernd Kallina im Interview mit der JAfD-Vorsitzenden

Im Interview mit dem Deutschland-Journal erläutert Vera Kosova, Vorsitzende der Bundesvereinigung „Juden in der AfD“ (JAfD), die Gründe für Ihren Weg in Deutschlands größte Oppositionspartei, in die AfD

Frau Dr. Kosova, als Sie zur Vorsitzenden der Bundesvereinigung „Juden in der AfD“ gewählt wurden, gab es seitens des offiziösen Judentums in Deutschland nur Töne schroffer Ablehnung. Die „Jüdische Allgemeine“ titelte: „Ausgerechnet Vera!“. Man warf Ihnen vor, „an der Zerstörung dessen zu arbeiten, was diese Gesellschaft ausmacht.“ Hat Sie die Wucht der Angriffe überrascht?

Nein, wirklich überrascht waren weder ich noch meine jüdischen AfD-Mitstreiter. Wir hatten schon mit Widerstand gerechnet, auch mit massivem Gegenwind, besonders seitens des Zentralrats der Juden in Deutschland, der sich auch prompt einstellte. Als wir die Vereinigung im Herbst 2018 gründeten, gab es schon im Vorfeld eine umfangreiche Berichterstattung. Wir hatten allerdings nicht die Erwartung, dass unsere Gründung ein solches mediales Echo erfahren würde. Schon allein die Pressekonferenz am Gründungstag wurde von rund 50 Medienvertretern besucht. Also, der ganze Rummel war überaus beeindruckend. Und die Anfeindungen vom Zentralrat, nun, damit hatten wir allerdings gerechnet, blauäugig sind wir in das ganze Projekt nicht hineingegangen. Obwohl ich bestimmt nicht naiv bin, aber ich hätte doch etwas mehr Sachlichkeit und Fairness im medialen Umgang mit uns erwartet, statt dessen haben wir im Prinzip genau das abbekommen oder wurden genau so diffamiert wie auch alle anderen in der AfD….

…aus der Sicht Ihrer zahlreichen Gegner haben Sie sich mit dem „Bösen an sich“ gemein gemacht, was man Ihnen penetrant vorhält…

Ja, wenn man so die Welt im Schwarz-Weiß-Format sieht und in Böse und Gut einteilt, dann wird man uns entsprechend im Bereich des Bösen verorten. Aber, so trivial ist die Welt doch nicht!

Was waren Ihre wesentlichen Gründe, in die „Alternative für Deutschland" (AfD) einzutreten?

2015 habe ich mein erstes von inzwischen drei Kindern bekommen und ich war in Elternzeit. Da hat man Zeit, über einiges nachzudenken und vor allem, wenn man Kinder hat, verspürt man doch eine erhöhte Verantwortung beim Blick in die Zukunft der nächsten Jahrzehnte. Und mit der Flüchtlingskrise im Herbst 2015, da habe ich Bilder in den Medien wahrgenommen, die mich doch sehr beunruhigt und verunsichert haben, z.B. die Berichte vom Budapester Bahnhof: Diese Menschenmengen, überwiegend Männer aus dem arabisch-islamischen Kulturkreis …

… wobei in den Mainstream-Medien – offenbar ablenkend - vor allem Frauen und Kinder gezeigt wurden…

Ja, aber wenn man ganz genau in den Live-Übertragungen hingeschaut hat und die Menschen sah, die in die völlig überfüllten Züge einsteigen wollten, verdeutlichte sich das Bild in klarer Präzision: Es waren in erster Linie junge Männer zwischen 20 und 30. Und dann die ganze Hilflosigkeit unserer Bundesregierung und die Politiker vieler EU-Länder, die ihre Grenzen nicht schützen konnten oder – weit schlimmer – nicht wollten, das hat insgesamt bei mir einen katastrophalen Eindruck hinterlassen. Man kann das ganze Drama mit folgenden Worten umreißen: Machtverlust, Ahnungslosigkeit, Planungs- und Konzeptionslosigkeit, auch mutwilliges Treiben-Lassen. Da habe ich mich gefragt: Was geht hier eigentlich ab, was ist hier los, wohin soll das alles führen? Warum wusste angeblich keiner, dass an den europäischen Außengrenzen Millionen von Menschen auf einmal auftauchen und – meist illegal – in unsere europäischen Länder drängen. Das sind doch unhaltbare Zustände! Erstmals in meinem Leben war ich mit dieser äußerst unangenehmen Erfahrung konfrontiert, habe daraufhin viel zur Problematik gelesen und recherchiert und kam dann zum Ergebnis, dass es in Deutschland nur eine einzige Partei gibt, die der enormen Herausforderung gerecht wurde, die AfD! Sie hatte rechtzeitig auf die ernstzunehmenden Bedrohungen für Deutschland und Europa hingewiesen und auch praktikable Abwehrmaßnahmen gefordert, die allerdings von den Altparteien nicht aufgegriffen wurden.

„Die angeblich rechtsextremen und antisemitischen AfD-Mitglieder hießen mich herzlich willkommen“

Und nach reiflicher Überlegung griffen Sie dann zum Telefonhörer und riefen bei der AfD an, oder?

Ja, ich kam dann sehr schnell in Kontakt mit der AfD-Gruppe in meiner Heimatgemeinde in der Nähe von Stuttgart und fühlte mich sofort unter Gleichgesinnten. Die angeblich rechtsextremen und antisemitischen AfD-Mitglieder hießen mich herzlich willkommen, akzeptierten mich und ich trat der Partei bei. Schon beim ersten Stammtisch hatte ich nämlich festgestellt, dass AfD-Mitglieder ganz normale Menschen wie Du und ich sind, wie meine Nachbarn, alles andere als Nazis und/oder Rechtsextreme, wie die „Lückenpresse“ immer wieder so gerne über meine Partei in Endlosschleife berichtete…und berichtet!

Wie bei Ihnen war auch bei anderen kritischen Zeitgenossen der skandalöse Verlauf der so genannten Flüchtlingskrise eine entscheidende Wegmarke der Neuorientierung, verbunden mit hartem Verbalfeuer. So ballerte der weltberühmte Modezar Kar Lagerfeld im November 2017 im französischen Fernsehen ziemlich zugespitzt gegen die deutsche Kanzlerin: „Wir können nicht Millionen von Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen!“

Ein Meister wie er darf durchaus zuspitzen. Karl Lagerfeld war ja nicht nur ein großartiger Modeschöpfer, sondern auch ein weltgewandter Mensch, und seine Wahlheimat Frankreich war und ist ja in Sachen Islamisierung Deutschland mitsamt den Folgen für die Juden ein ganzes Stück voraus, leider im negativen Sinne.

So soll auch die Auswanderungsquote französischer Juden in Richtung Israel besonders hoch sein…

Ja, man spricht dabei inzwischen schon von einem jüdischen Exodus, was in Deutschland noch nicht der Fall ist. Der in Frankreich geschichtlich bedingte Islamisierungsgrad ist mittlerweile mit allen Folgen eines täglichen erlebbaren und äußerst aggressiven Antisemitismus so hoch, dass immer mehr französische Juden die Flucht ergreifen!

Frau Dr. Kosova, Ihre dargelegten Beweggründe zur AfD erscheinen klar und nachvollziehbar. Was aber hat Sie und ihre jüdischen Gleichgesinnten dazu veranlasst, noch zusätzlich die „Bundesvereinigung Juden in der AfD“ ins Leben zu rufen. Genügte die einfache Mitarbeit in der Partei nicht?

Es ist ja so, dass die Partei sehr jung ist und sich mehr und mehr professionalisiert. In ihr gibt es bereits verschiedene Interessengemeinschaften. Wir haben z.B. die „Christen in der AfD“, „Arbeitnehmer in der AfD“, auch „Homosexuelle in der AfD“; es ist also bei uns genau so wie in allen anderen Parteien, in denen ebenfalls Arbeitsgruppen existieren, die ein bestimmtes Thema intensiv bearbeiten und für etwas Spezielles stehen. Also, das ist nichts Neues. Und so entstand unsere Bundesvereinigung „Juden in der AfD“ zur Behandlung von spezifisch jüdischen Themen, und ich glaube, das ist auch gut so!

In Ihrer Grundsatzerklärung findet sich die interessante Aussage, dass der Anteil von AfD-Wählern unter den deutschen Juden zweifellos deutlich höher als an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik sei. Haben Sie das empirisch erhoben oder woran machen Sie das fest?

Das sind Erfahrungswerte, die wir durch Gesprächskontakte in den jüdischen Gemeinden gesammelt haben. Wir reden ja mit den Menschen an der Basis auch über Fragen von Wahloptionen im deutschen Parteienwesen, und da schneidet die AfD hervorragend ab. Es gibt sogar eine Vorsitzende in der Freiburger Gemeinde, die bei einem Interview die Zahl mit 30 bis 40 Prozent pro AfD angegeben hat. Aber, das muss der Ordnung halber gesagt werden, das sind keine wissenschaftlich-empirisch erhobenen Daten, sondern nur – sagen wir – realistisch geschätzte Daten von jüdischen Insidern.

Nochmals zurück zum eingangs erwähnten Zentralrat der Juden in Deutschland und ihren offiziellen Repräsentanten: Sie halten Herrn Schuster, dem derzeitigen Vorsitzenden, und Frau Knobloch, die früher dieses Amt inne hatte, vor, mit den rot-grünen Meinungsmachern zu marschieren und die wahren Gefahren für das jüdische Leben in Deutschland und Europa geflissentlich zu übersehen. Das ist ja starker Tobak, halten Sie daran fest?

Ja, beide benutzen ihre Ämter, um die größte parlamentarische Opposition im Deutschen Bundestag, die AfD-Fraktion, zu bekämpfen. Ihre Auftritte und Äußerungen in diese Richtung finden sich zuhauf. Das aber ist nicht ihre genuine Aufgabe. Ihr Agieren ist zwar angesichts der finanziellen Abhängigkeit des Zentralrats von Steuergeldern bis zu einem gewissen Grad verständlich. Aber andererseits, und das ist mein zentrales Gegen-Argument, dienen sie mit dieser einseitigen und

ungerechten Anti-AfD-Agitation in keiner Weise den Interessen der Juden in Deutschland, aber genau das wäre ihre Aufgabe!

Die größte Gefahr droht Juden von Islamisten und nicht vom letzten Aufgebot weniger Rechtextremisten

Sie gehen in Ihrer Anklage noch weiter, Frau Kosova. Der Zentralrat missbrauche Ihrer Meinung nach die toten Juden der Vergangenheit für seine politischen Zwecke, statt sich um das Wohl der heute hier lebenden Juden zu kümmern. Was meinen Sie damit eigentlich genau?

Ganz einfach und wie schon vorhin erwähnt: Die größte Gefahr droht uns Juden in Deutschland ja von den immer zahlreicheren Islamisten und nicht vom letzten Aufgebot weniger Rechtextremisten oder gar von Rechts-Konservativen der AfD. Gerade letztere aber sind auf Grund ihrer vernünftigen Einstellung zur legalen und illegalen Masseneinwanderung aus islamischen Ländern unsere stärksten Verbündeten, und ausgerechnet die bekämpft der Zentralrat mit unlauteren Mitteln. Ein Skandal!

Nun gilt das Verhältnis von Deutschen und Juden seit der verbrecherischen Judenverfolgung im 3. Reich als extrem belastet. Da die eher linke national-sozialistische Diktatur aber heute als politisch „rechts" eingestuft wird, herrscht in der Öffentlichkeit der Eindruck vor, dass jüdische Bürger hierzulande sich gar nicht „rechts" verorten dürften, ohne – sozusagen – sich geschichtspolitisch an der Shoah zu versündigen. Was halten Sie von diesem Narrativ?

Nichts, weil das eine mit dem anderen nichts zu tun hat, auch wenn es der medial-politische Komplex immer wieder in die Öffentlichkeit hinausposaunt! Es ist ja heute leider so, dass mit den Begriffen „rechts" und „links" sehr willkürlich Schindluder betrieben wird. Die Nationalsozialisten waren, wie schon ihr Name sagt, Sozialisten, allerdings nationalistische und rassistische Sozialisten. Ihre Gegner, z.B. zeitgenössisch in Großbritannien Winston Churchill, oder später dann in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland Ludwig Erhard, waren patriotische Anhänger der sozialen Markwirtschaft, also durchaus verwandt mit einem Großteil der Auffassungen der AfD. Meine Partei mit den Nationalsozialisten gleichzusetzen ist absurd: Man kann nicht Hitler, Churchill und/oder Erhard als Vertreter der

Marktwirtschaft auf eine Stufe stellen, wenn intellektuelle Redlichkeit angesagt wäre, was ja leider nicht der Fall ist.

Konzentrieren wir uns in den nächsten Fragen weiterhin auf geschichtspolitische Zusammenhänge, die in den deutsch-jüdischen Fragen eine wichtige Rolle spielen, zum Beispiel auf das Thema Missbrauch der deutschen NS-Vergangenheit: Johannes Gross, einer der leider schon verstorbenen großen deutschen Journalisten, hat in seinem 1989 erschienenen Buch „Phönix aus der Asche" den manipulativen Sachverhalt so auf den Punkt gebracht: „Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen." Wie klingt das in Ihren Ohren?

Sehr zutreffend, wahrscheinlich kann man es gar nicht präziser auf den Punkt bringen. Wie heuchlerisch mit der Instrumentalisierung des Schuldbewusstseins auf der anderen Seite umgegangen wird, lässt sich ganz gut an der Einstellung vieler deutscher Linker zu Israel beobachten. Diese postnational denkenden linken Deutschen verstehen den selbstbewussten und verteidigungsbereiten Staat Israel nicht, sie können nicht nachvollziehen, dass sich die staatliche Heimstätte der Juden keinen Opferstatus zubilligen will und sich mit allen gebotenen Mitteln gegen Angreifer wehrt, auch präventiv, wenn es sein muss. Den deutschen Linken geht es nicht um einen wirklichen Schutz der heutigen Juden, sei es in Israel, sei es woanders.

„In der ganzen Weltgeschichte gibt es keinen Präzedenzfall von einer Nation, die Mahnmäler errichtet zur Verewigung ihrer eigenen Schande" (Kölner-Stadt-Anzeiger, 5. Mai 2005, Rubik „Zitate des Tages"). Dieser Satz stammt nicht etwa von Ihrem umstrittenen Parteifreund Björn Höcke aus Thüringen, der sinngemäß dasselbe gesagt hat und dafür öffentliche Dauerprügel bezieht, sondern vom Ex-Botschafter Israels in Deutschland, von Avi Primor. Warum kann man im zeitgenössischen Deutschland nach wie vor nicht unaufgeregt über verschiedene Formen von Gedenkkultur abweichende Meinungen äußern, wenn sie von Deutschen kommen?

Na ja, weil dieser gesamte Themenkomplex in Deutschland auch 75 Jahre nach Kriegsende immer noch extrem belastet erscheint. Denken Sie nur an die unseligen Diskussionen zum 8. Mai, wo die

Linken mit ihren Thesen dominierten und vom Befreiungstag sprachen, in Anspielung auf die Weizsäcker-Rede aus dem Jahre 1985. Das war aber für sehr viele Deutsche keine Befreiung, für die Ost-Vertriebenen z.B., für die vergewaltigten Frauen, für die Hungerleidenden, für die Bombenopfer des Luftkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung. Für die Verfolgten des NS-Regimes, für die aus den KZs befreiten Juden und allen anderen Gegnern des 3. Reiches war es natürlich eine Befreiung, also: Das Datum ist zwiespältig, es kann nicht auf das Schlagwort von der „Befreiung" reduziert werden.

Wäre es nicht eine Erwägung wert, die Gedenkkultur stärker an den positiven und hellen Seiten der deutschen Geschichte auszurichten, was ja keineswegs ein angemessenes Erinnern an die Shoah ausschließt?

Ja, auf jeden Fall! Ich finde es auch sehr schade, dass die zwölf Jahre von 1933 bis 1945 extrem überproportional repräsentiert sind, ob in den Medien, aber auch leider in unseren Schulen, wo man sich permanent am 3. Reich in selektiver Form abarbeitet. Ich habe ja selbst ein paar Jahre die deutsche Schule besucht und kann diese negative Schwerpunktsetzung bezeugen.

Wie sollen wir dieses Land, diese Nation lieben, wenn es die Deutschen selbst nicht mögen?

Die Überhöhung des Negativen in der Geschichte führt ja bedauerlicher Weise oft dazu, dass sich junge Deutsche nur mehr als Angehörige einer kollektivschuldbeladenen „Täternation" fühlen und in Folge eine Sperrwirkung zur Identifikation mit dem eigenen Land eintritt, denn wer will sich schon mit dem so genannten Zivilisationsbruch identifizieren?

Da berühren Sie einen wichtigen Punkt, und ich rede ja viel mit Menschen mit so genanntem „Migrationshintergrund". Dazu ein Beispiel: Unlängst bei einem Gespräch mit einem „Deutsch-Türken", also mit einem Deutschen türkischer Herkunft, sagte der zu mir: „OK, wir sind jetzt hier in Deutschland, wir wollen uns integrieren, wir wollen Teil dieser deutschen Gesellschaft werden, wir wollen irgendwie dazugehören. Aber, wie sollen wir dieses Land, diese Nation, diese Geschichte lieben, wenn die Deutschen sich selbst nicht mögen!" Das ist auch das Ergebnis dieser Fixierung auf die zwölf Jahre, und

das finde ich sehr schade, weil man dadurch auch viele Menschen in Deutschland für Deutschland verliert!

Wer in seiner Jugend kein Kommunist war, aus dem werde niemals ein anständiger Sozialdemokrat! So seinerzeit die Worte von Willy Brandt, auf linksextreme Strömungen in der SPD-Nachwuchsorganisation angesprochen, die sich immer wieder z. B. auch mit DDR-finanzierten kommunistischen Gruppen zur demonstrativen Aktionseinheit in der alten Bundesrepublik einließen. Jugendsünden und Fehltritte von ‚rechts' werden da mit weniger Verständnis behandelt. So muss sich z.B. der Verfasser eines Grußwortes in Ihrem Buch „Was Juden zur AfD treibt" (siehe auch die Rezension auf Seite 150) ständig mit kampagnenmäßig inszenierten Vorwürfen auseinandersetzen, dass er sich vor Jahrzehnten im Sommerlager eines völkischen Jugendbundes aufgehalten habe oder auch nicht, dort eventuell sogar Mitglied gewesen sei – oder auch nicht. Einen Reifungsprozess im Zuge des Erwachsen-Werdens billigt man ihm von vorneherein nicht zu. Woher kommt diese selektive Vergangenheitsbewältigung?

Die kommt von der offiziösen Feindfixierung der antifaschistischen Berliner Republik und ihrem politisch-medialen Komplex im einseitigen und gnadenlosen „Kampf gegen Rechts". Dabei erinnert mich die Fragestellung an eine Wendung, die sinngemäß sowohl Winston Churchill als auch Otto von Bismarck nachgesagt wird: „Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Und wer es mit 40 immer noch ist, hat keinen Verstand!" Und es ist doch völlig normal, dass man sich im Laufe seines Lebens politisch und persönlich weiter entwickelt. Dies nur Linken zuzugestehen und über ihre Jugendsünden großzügig hinwegzusehen, während man rechten Politikern auch noch nach Jahrzehnten jeden falschen Ton in ihrer Jugend heute mit unbarmherziger Vernichtungsenergie um die Ohren schlägt, um sie politisch auszuschalten, könnte man als gewohnheitsmäßigen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot unseres Grundgesetzes bezeichnen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen!

Nochmals zur AfD und Ihren Erfahrungen in dieser Partei: Gibt es dort eine bedenklich starke Strömung antisemitischer Vorurteile und Einstellungen, die über das Maß in der allgemeinen Bevölkerung hinausgehen und Anlass zur Besorgnis gäbe?

Wer der AfD Antisemitismus unterstellt, weiß es nicht besser oder er sagt bewusst die Unwahrheit

Im Gegenteil! Sonst wären ja meine jüdischen AfD-Parteifreunde und ich dort mit Sicherheit nicht aktiv! Wer der AfD dies unterstellt, weiß es entweder nicht besser oder er sagt bewusst die Unwahrheit. Teilweise wird diese Diffamierung auch bewusst im Kampf gegen die AfD eingesetzt, um ein bestimmtes, abschreckendes Bild vom politischen Gegner zu erzeugen. Natürlich gibt es auch in der AfD vereinzelt Antisemiten, so wie in den anderen Parteien ja auch, gerade auf der linken Seite des politischen Spektrums. Dies zu verschweigen wäre unredlich. Aber Antisemiten in der AfD sind in keiner Weise überproportional vorhanden.

Unter Bezug auf den französischen Philosophen Alain Finkelkraut schreiben Sie in Ihrer Grundsatzerklärung der „Juden in der AfD“: „Für die resoluten Gegner der AfD ist die Bekräftigung der eigenen Identität schon Hitler!“ Frau Dr. Kosova: Wie kommt die AfD, wie kommen patriotisch gesinnte jüdische und nichtjüdische Deutsche aus dieser NS-Falle wieder heraus?

Ein Patentrezept habe ich nicht. Aber nahe liegende Anhaltspunkte kann ich schon geben: Wir dürfen zunächst einmal nicht über jedes Stöckchen springen, das uns die Linken hinhalten. Weiter: Wir müssen die Unehrlichkeit und das Heuchlertum unserer politischen Gegner konsequent beleuchten. Vor allem sollte sich unsere Parteiarbeit darauf konzentrieren, sich nicht allzu stark auf missverständliche Vergangenheitsthemen zu konzentrieren, wobei ich die Grundpositionen einer selbstbewussten deutschen Nation auch geschichtspolitisch durchaus bejahe, wie ich in den vorigen Antworten ganz klar betont habe. Dennoch: Es gibt in diesem Zusammenhang Themen, man mag es bedauern, mit denen kann eine Partei wie die AfD nicht gewinnen. Wir sollten uns also verstärkt der Realpolitik zuwenden und uns der Beantwortung von Fragen widmen, die unseren Wählern unter den Nägeln brennen, z.B. „Abschaffung der GEZ-Gebühren“, „Fehlende Kindergartenplätze“, „Zunehmende Arbeitslosigkeit“, „EEG-Umlage“ usw. Wenn ich mich auf AfD-Infoständen in der Stadt sehen lasse und für meine Partei werbe, spielen diese Alltagsprobleme eine viel größere Rolle als noch so interessante Aussagen über historische Zusammenhänge, so wichtig die auch sein mögen. Mit ihnen erreichen wir nicht die Masse der für uns ansprechbaren Wähler. Um die geht es aber in erster Linie.

Im 1. Weltkrieg kämpften deutsche Juden mit ihren christlichen Kameraden Schulter an Schulter

Weiter heißt es in Ihren Essentials, und damit kommen wir zum Schluss des Interviews, dass Sie im Wunsch der AfD danach, dass Deutschland wieder eine selbstbewusste Nation werden möge, durchaus keinen Widerspruch zu jüdischen Interessen sehen. Auf welche positive Tradition deutsch-jüdischer Beziehungen wollen Sie dabei zurückgreifen?

Noch bis in die Weimarer Republik war ja das deutsche Judentum besser in die Gesellschaft integriert als in den meisten anderen Ländern. Im 1. Weltkrieg kämpften deutsche Juden Schulter an Schulter mit ihren christlichen Kameraden. Jüdische Künstler und Wissenschaftler trugen bis 1933 in erheblichem Maße zum Aufstieg Deutschlands zur führenden Kulturnation bei. Und von dem durch die Nationalsozialisten herbeigeführten Aderlass hat sich ja die deutsche Kultur bis heute nicht erholt, wie man z.B. an der geringen Weltbedeutung zeitgenössischer Filme, der Literatur und Musik sehen kann. An diese positiven Traditionslinien sollte man sich zumindest erinnern, was leider zu wenig bzw. gar nicht der Fall ist. Ob das dann zu einer Entkrampfung der negativen Verwerfungen der Vergangenheit beitragen kann, bleibt abzuwarten und zu hoffen. Der Versuch sollte es jedenfalls wert sein.

Frau Dr. Kosova, vielen Dank für dieses Gespräch!

Vera Kosova, Jahrgang 1982, geboren in Taschkent (Usbekistan), 1998 als Kontingentflüchtling nach Deutschland eingewandert. Studierte 2003 – 2009 Humanmedizin in Gießen; 2011 Promotion; 2010 – 2017 Facharztausbildung in der Inneren Medizin und Kardiologie am Universitätsklinikum Heidelberg. Liiert, drei Kinder. Seit 2016 Mitglied der AfD; 2017 Wahl zur Sprecherin des Kreisverbandes Esslingen und Bundestagskandidatin des Wahlkreises Nürtingen; 2019/20 Mitglied im Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg und Regionalrätin der AfD im Verband Region Stuttgart. Vorsitzende der Bundesvereinigung *Juden in der AfD.*

JAfD

JUDEN IN DER AfD

Thomas Fasbender[1]

Was Russen eigen ist - sollten wir ernst nehmen

Russland liegt zu einem ganzen Viertel in Europa. Die übrigen drei Viertel, das ist der Norden Asiens von Jamal bis Sachalin – Tundren, Moore, Moos und Krüppelkiefern, weiter südlich Wälder und Berge über Millionen von Quadratkilometern, unterbrochen von drei großen Flüssen, Ob, Lena und Jenissei, die den Kontinent von Süden nach Norden durchströmen. Russlands Bevölkerung lebt allerdings zu über drei Vierteln in Europa. Spätestens seit dem 19. Jahrhundert beschäftigt dieses Thema die russische Intelligenz, die sich folgende Fragen stellt: Wer sind wir? Wo ist unsere Heimat? Wo gehören wir hin?

Anfangs fiel die Antwort leicht. Europa stand auf dem Gipfel seiner Macht. Technik, Wissenschaft, Aufklärung und bürgerliche Revolution umgaben den Kontinent mit einer alles überstrahlenden Aura. Europa war das Synonym für Fortschritt und Vernunft. Aber es gab auch immer eine Gegenpartei. Den russischen Europabegeisterten galten sie als rückwärtsgewandte, als Unwissende, religiöse Idealisten und Ewiggestrige, die an Tradition und orthodoxer Weltauslegung festhielten. Europa war ihnen der Antichrist, Europa hieß, Menschen

---

1 **Dr. Thomas Fasbende**r, geb. 1957, in Hamburg aufgewachsen. Industriekaufmann, Philosophiestudium, Tageszeitungs-Volontariat. Redakteur, Pressereferent, Assistent des Vorstandsvorsitzenden. Ab 1992 für ABB Asea Brown Boveri in Moskau, ab 1999 dort als selbständiger Unternehmer, später Publizist. 2015 Rückkehr nach Deutschland (Berlin).
Wöchentliche Video-Kolumne „Fasbenders Woche“ bei RT Deutsch.
Mit freundlicher Genehmigung des Autors Aussagen aus seinem Buch “Freiheit statt Demokratie. Russlands Weg und die Illusionen des Westens“, Manuscriptum 2014, 3. Aufl. 2015. Auswahl aus den Kapiteln „Zwei Kontinente“ und „Europa oder nicht Europa“ , mit Erläuterungen/ Zusammenfassungen In [Klammern] und Fußnoten von Manfred Backerra.

über Gott stellen. Ihre Schlussfolgerung lautete: Was für Europa passen mochte, bedeutete für Russland den Untergang.
Der gleiche Satz, doch mit umgekehrter Logik fiel angeblich in einem Gespräch zwischen dem russischen General Levin August von Bennigsen und dem französischen Kaiser Napoleon: „Was den Russen bekommt, ist des Deutschen Tod.“ [Der in Braunschweig geborene] Bennigsen versuchte dem Kaiser zu erklären, dass der harte Winter dem russischen Soldaten erst die Lebensgeister weckte. [...] Bennigsens Satz verkörpert diesen trotzigen Stolz, der viele Russen – Jahrhunderte lang isoliert, von der Welt abgeschnitten – insgeheim erfüllt. Immer wieder leuchtet das Bewusstsein durch, anders zu sein. Nicht besser, doch anders irgendwie.[2]

Die russische Mentalität ist agrarisch geprägt

Natürlich verbirgt ein solches Gefühl auch Angst, geboren aus Unerfahrenheit, und der Ahnung, den Ansprüchen nicht zu genügen. Die russische Mentalität ist ungeachtet der Turboindustrialisierung unter Stalin weiterhin agrarisch geprägt. Die Bauernbefreiung 1861 kam spät, [...]. Ein selbstbewusstes Bürgertum, wie es sich in den deutschen Reichsstädten über fast tausend Jahre hinweg herausbilden konnte, existierte nicht. [Nur das große] Nowgorod [war] von einer Kaufmanns- und Bojarenelite auf der Basis der Volksversammlung, der Wetsche, regiert [worden]. [...]
In grausamen Feldzügen machten die Moskauer der stolzen Stadt am Illmensee den Garaus. Kein Russe, ob Bauer, Kaufmann oder Oligarch, hat die Lektion des Jahres 1570, die endgültige Vernichtung Nowgorods, je vergessen.[...] die Kiewer Rus , der mittelalterliche Vorgängerstaat des heutigen Russlands, der um die erste Jahrtausendwende blühte [...], war selbstverständlicher Teil des damaligen Europas. Dann kam im 13. Jahrhundert [...] die mongolische Invasion. Die in Russland Mongolenjoch genannte Epoche drückte das Land nieder, ein Vierteljahrtausend lang.

---

2 Slawophile halten ihre Kultur der westlichen aber durchaus für moralisch überlegen.

Das Leben unter den Eroberern aus Asien, die Erfahrung ihrer Herrschaft und ihres Denkens, so ganz anders als das der Byzantiner oder der Westeuropäer, hat das russische Staatverständnis geprägt wie die Magna Charta das englische, vor allem Begriffe wie Recht, Ordnung, Verwaltung und Macht.

Das feudale Zusammenspiel von König, Adel und Bürgertum, aus welchem heraus die Entstehung von Repräsentation und Gewaltenteilung in Europa erst möglich wurde, hat sich im Moskauer Reich nicht herausgebildet. Dabei gab es Bojaren , Dienstadel, Stadtbürger und Kaufleute. Doch die altslawischen Strukturen von Mitsprache und Repräsentation, Semstwo und Wetsche waren mit Nowgorod [...] untergegangen. Nie wieder hat eine soziale Schicht an diese Traditionen glaubhaft angeknüpft. Echter Föderalismus gilt auch heute noch als Vorstufe der Zersplitterung. Macht ist in diesem Land eine Einbahnstraße.

[...] Bis heute gelten „die Sympathien breiter Bevölkerungskreise [zwei Tyrannen: Iwan IV., der von solcher „Grausamkeit und Willkür" war, „dass die Mongolenzeit dagegen in mildem Licht erscheint." Er wird trotzdem nicht wie im Deutschen „der Schreckliche" genannt, sondern nur „der Strenge" oder „der Dräuende". Der zweite ist der Georgier Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili – Stalin.]

Das kollektive politische Selbstverständnis gesteht dem Herrscher [...] wesentlich mehr Rechte zu als in Westeuropa vorstellbar. Für den Moskauer Zaren gab es nur ein einziges Gegenüber auf Augenhöhe: Gott. [...] Auch im 21. Jahrhundert ist die Vorstellung, dass eine Verfassung, eine Parlamentsentscheidung oder die Meinung irgendwelcher Richter größeres Gewicht besitzen könnten als Wort und Wille eines Präsidenten, für viele russische Politiker [...] absurd.

Befehl und Gehorsam heißen aber noch lange nicht, dass es wie auf dem Kasernenhof zuginge, im Gegenteil. Der Satiriker Saltykow-Schtscheddrin hat schon im 19. Jahrhundert das Bonmot geprägt, dass die Strenge der russischen Gesetze gemildert werde durch ihre begrenzte Geltung. [...] Der russische Volksmund hat daraus ein geflügeltes Wort geprägt:

Ist das verboten? – Ja, aber wenn man unbedingt will, darf man.

[Das] interpretieren Fremde oft als anarchistischen Zug im russischen Volkscharakter. Dabei gibt es nirgendwo weniger Anarchisten als in Russland, Anarchismus als Philosophie, als Weltanschauung ist in

diesem Land der permanent aufgehobenen Regeln völlig überflüssig. In diesem weitgehend undefinierten Raum zwischen Staat und Gesellschaft können Reformen nur angestoßen werden (und sind jedes Mal ein neuer vergeblicher Versuch, die Menschenmillionen und ungeheuren Ressourcen endlich effizient einzusetzen). Im Untergrund gären allenfalls Revolten [...], angeführt von zukunftslosen Charismatikern [...] Einem Einzigen der Revoluzzer und Usurpatoren gelang der Griff nach der Macht [...] – Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin.

Allen Phrasen und Hoffnungen zum Trotz bewegte sich auch Lenins Sowjetunion letztendlich im Fahrwasser der Moskauer Herrschaftstradition. Nach siebzig Jahren war sie ein Ding der Vergangenheit.

[...] Die europäische Idee zieht auch weiterhin Russen in ihren Bann. Das Erbe Peters I. , der sein Land mit einer neuen Hauptstadt dem Westen verpflichtete, ist noch lange nicht aufgezehrt. Gern wird jedoch übersehen, dass es dem großen Zaren [...] nie darum ging, Russland in das westliche Europa hineinzuführen. Das haben sich die Europäer in ihrer Selbstliebe nur eingeredet. Peter war an den Errungenschaften gelegen, an Wissenschaft und Technik und Fortschritt, an einem permanenten Ostseezugang und an Schwarzmeerhäfen in russischer Hand. Alles andere war schmückendes Beiwerk. [...], darin glich er allen Moskauer Herrschern bis auf den heutigen Tag.

Auch das Wort vom europäischen Haus, das [...] Michael Gorbatschow so oft wiederholte, war letztlich – ein Lippenbekenntnis. Russland ist zu groß, zu vielfältig und eigen, um sich mit seinen Nachbarn ein Haus zu teilen, auch wenn das Dach von der Iberischen Halbinsel bis an den Pazifik reicht. In seiner Ausdehnung über neun Zeitzonen hinweg ist dieses Land ein Staat sui generis, von eigener Ordnung [...]

[...] Von der Krise des christlich-abendländischen Weltbildes ist das Land so betroffen wie jedes andere auf dem Kontinent. Da ist es nur verständlich, wenn russische Intellektuelle und Politiker alles Übel dem Einfluss des Westens und der amerikanischen Kultur zuschreiben. Schließlich war schon die russische Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Bolschewismus, in ihren geistigen Wurzeln Westimport.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts spüren die Vertreter der eurasischen Denkrichtung Auftrieb. Seit Beginn der panslawistischen

Bewegung vor zweihundert Jahren ist sie das Dach der russischen Europa-Skeptiker. Das hält die Reichen nicht davon ab, ihren Urlaub [...] an der Côte d´Azur oder in Marbella zu verbringen und ihre Kinder auf englische oder Schweizer Schulen zu schicken. Doch nicht nur eurasische Intellektuelle stellen sich inzwischen die Frage: Ist Europa wirklich unsere Zukunft?

Die so genannte internationale Gemeinschaft, deren Regelwerk die good guys aus dem Westen paternalistisch-fürsorglich verwalten, taugt nicht für das so widerborstige wie riesige Russland.

So häufig in Russland von der „chinesischen Karte" die Rede ist, die man angeblich jederzeit ziehen könne, wird eben doch gerne verschwiegen, wie bequem den Russen die europäische Nachbarschaft war und ist. China liegt auch mental deutlich weiter weg als Berlin oder London. Wenn es heute im Verhältnis zu Europa kriselt, dann nicht, weil die Moskauer Politik innerlich nach Osten wandert. Es ist der Westen, dessen neokonservative Eliten ihren Staaten seit Ende des Kalten Krieges einen neuen Politikstil verordnet haben: vorgeblich werte- und nicht mehr interessenbetont, an den eigenen Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten orientiert und strikt universalistisch: „Der Westen ist überall."

Erbsenzählerei bleibt Russen fremd

Nun kommt es jedoch vor, dass das im konkreten Fall belehrte Land die „universalen Werte" anders auslegt. Wenn dieses Land dann noch so groß ist wie Russland, unter den Top Ten der Weltwirtschaft rangiert, Atomwaffen besitzt und überhaupt gewohnt ist, sich nicht viel hineinreden zu lassen, ist jedenfalls der verbale Konflikt programmiert. Wer in seinem Herzen nur Erbsen zählen kann, dem bleibt Russland für immer fremd. Man kann den Russen hundertmal vorrechnen, das es zu ihrem Nachteil ist, sich der wohlwollenden Geopolitik des Westens zu verweigern – sie werden sich nicht anpassen. Daran ändern auch die Besserwisser nichts, die ihnen erklären, wie ökonomisch dysfunktional ihr Land ist und immer war – das wissen sie auch so. Unabhängigkeit und Freiheit, die nicht zuletzt zum Leben eines jeden einzelnen Russen gehören, machen einen Teil des materiellen Rückstandes wett. Russland existiert nicht für das Bruttosozialprodukt. Es wird nie ein Schwabenland im Großformat.

Russlands Gegenmodell zur universalistischen, liberalen Zivilisation des Westens hat Tradition. Schon im frühen 19. Jahrhundert diente der philosophische Begriff der „Russischen Zivilisation“ zur Abgrenzung von den aufklärerischen Bestrebungen in Westeuropa. Was charakterisiert nun die Russische Zivilisation in der politischen Wirklichkeit? Ganz sicher die Bedeutung der autoritären Vertikale (ob im Kreml oder im Produktionsbetrieb) bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf Mehrheitsmeinungen und Mehrheitswünsche, außerdem die Betonung des Kollektivs in Abgrenzung zur herausragenden Stellung des Einzelnen [im Westen]. Im Selbstverständnis ihrer Verfechter besitzt die russische Demokratie ohnehin mehr demokratischen Gehalt als das westliche Alternativmodell: Mehrheits- gegen Minderheitsdemokratie. [...] Minderheiten werden in ihrem Existenzrecht geschützt, genießen jedoch bei weitem nicht die Förderung und die Entfaltungsmöglichkeiten [wie im Westen]. Überhaupt liegt der Schwerpunkt auf Einheit, während Vielfalt als Schwäche und Gefahr empfunden wird.

Das Aufheben, das im Westen um die Rechte sexueller Minderheiten gemacht wird, gilt den allermeisten Russen als Zeichen purer Dekadenz. In Russland ist es viel einfacher: Sexuelle Minderheiten gibt es, sollen sie machen, was sie wollen, solange sie niemanden dabei stören. Und wen stört es, was der Nachbar hinter zugezogener Gardine treibt? Diese grundpragmatische Sicht auf die Dinge der Welt und des Lebens ist charakteristisch für die in ihrem Kern unpolitische und ideologieferne russische Gesellschaft.

Der Vielvölkerstaat Russland erscheint Außenstehenden zerbrechlicher, als er in Wirklichkeit ist. Im Alltag wirkt die Russische Zivilisation als Bindemittel [original… -glied]. Hinzu kommt ein durchaus vorhandenes Nationalgefühl, das uns [sprachlich] verborgen bleibt. [...]. Es heißt Rossijskaja Federazija, also Russländische Föderation, nicht Russkaja Federazija [Russiche F.].Ebenso der Staatbürger: Korrekt übersetzt heißt es nicht der Russe [Russki], sondern der Russländer – Rossijanin.

Zwar sind achtzig Prozent aller Staatsbürger Russen, doch insgesamt leben an die hundert Nationalitäten auf dem riesigen Territorium. Der russländische Nationalismus entspricht mehr unserem Verständnis von Patriotismus als von Nationalismus – die ethnische Zugehörigkeit tritt hinter die Staatsangehörigkeit zurück. Nicht ohne Grund sind die Worte Patriot und Nationalist im Russischen weitgehend deckungsgleich.

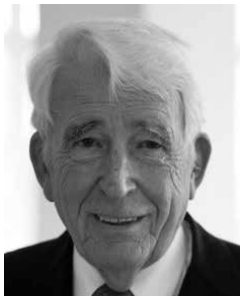
„Globalisierung bedeutet nicht nur die Wechselwirkung der Kulturen, sondern auch ihre Auseinandersetzung auf allen Gebieten – wirtschaftlich, kulturell usw. In diesem Kampf ist unser Trumpf unsere einmalige zivilisatorische Identität auf dem Boden unserer historisch-kulturellen Überlieferung und unseres Wertesystems. Dank unserer Identität lebt das russländische Staatswesen seit über tausend Jahren; entsprechend bedeutungsvoll ist die Aufgabe, diese Identität unter den Bedingungen der globalen Auseinandersetzung zu schützen."
["Projektentwurf zu den Grundlagen einer staatlichen Kulturpolitik" in der Iswestija v. 10.04.2014]
[Dafür] bringt Russland technisch und konzeptionell einiges auf die Waage. Der erst 2005 als Russia Today ins Leben gerufene Auslandssennder RT spielt heute bereits mit BBC News, CNN und Al Jazeera in der ersten Liga [...]. In den USA genießt RT beim jüngeren Publikum auch jenseits rein russischer Themen eine hohe Akzeptanz [...]. 2013 erreichte der Sender auf Youtube als erster News-Kanal überhaupt mehr als eine Milliarde Klicks.[3]

Ist Russland also nicht Europa? Die Antwort hängt davon ab, wie wir Europa definieren. Mit dem Kontinent der „europäischen Werte" in ihrem derzeitigen Zuschnitt ist Russland nicht deckungsgleich. Es steht nicht für die Vielfalt im Zeichen des Regenbogens, nicht für grenzenlose Toleranz, nicht für Multikulturalismus und nicht für die säkulare Gesellschaft. Russland verkörpert, aller kommunistischen Vergangenheit zum Trotz, das konservative, traditionelle, ständische Europa, das einstmals so genannte christliche Abendland.

3 RT sei ein antiwestlicher Propaganda-Sender Putins, heißt es. Er muss für seine Propaganda jedoch nichts Unwahres erfinden. Westliche Politik und Doppel-Standards liefen bereits hinreichend Realsatire.

Manfred Backerra

Katharina die Große – eine kritische Bilanz[1]



Was verdankt Russland der 1729 geborenen Prinzessin Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst, die als Kaiserin Katharina II. vom 9. Juli 1762 bis zum 17. November 1796 regierte? Sie kam 1744, noch nicht fünfzehnjährig, an den russischen Hof als baldige Gemahlin des Großfürsten Peter, Sohn des Herzogs von Holstein- Gottorp und Anna, der Tochter Peters des Großen. Er war zwei Jahre vorher, vierzehnjährig, von Kaiserin/Zarin Elisabeth als Thronfolger nach Rußland berufen worden. Peter verachtete Russentum wie Orthodoxie und machte sich sehr unbeliebt. Katharina dagegen beherrschte bald das Russische, legte sehr überzeugend das orthodoxe Glaubensbekenntnis ab, gewann das Wohlwollen der Zarin und fügte sich klug in das intrigante Hofleben ein. Dabei half ihr eine gewinnend menschliche Art im persönlichen Umgang, selbst mit Bediensteten, die ihr auch noch als Kaiserin nachgesagt wurde.

In den über 18 Jahren bis zur Erringung des Throns machte sie sich, intelligent und wißbegierig, die Bildung der Aufklärung zu eigen. Obschon ihre Ehe sehr bald nur noch offenbare Fassade war, hielt sie ihre Stellung bis zur Thronbesteigung Peters III. Anfang 1762. Dieser traf zwar vernünftige Entscheidungen zur wirtschaftlichen Belebung Russlands, machte sich aber aufs äußerste verhasst: Der Kirche nahm er die Verfügungsgewalt über ihren reichen Grundbesitz, die Führung des Hofes und des Militärs empörte er, weil er die im Siebenjährigen

1 Aus dem Deutschland-Journal 2012, verbessert erneut abgedruckt, weil sich hier komprimiert Willkürherrschaft in Russland zeigt – gerade in der Zeit der Aufklärung.

Krieg besetzten Gebiete Preußens bedingungslos aufgab, mit Friedrich dem Großen Frieden und ein Bündnis schloß, schließlich, weil er seine Soldaten in preußische Uniformen und Reglements preßte. Nun konnte Katharina, die ihre Verbannung in ein Kloster zu erwarten hatte, mit Hilfe maßgebender Offiziere der Garde St. Petersburgs, die sie sich persönlich verpflichtet hatte, den äußerst riskanten Coup wagen, Peter III. zu stürzen. Ihr gelang Unerhörtes: Sie wurde nicht nur Regentin für den rechtmäßigen Thronfolger, ihren siebenjährigen Sohn Paul, was dem Brauch entsprochen hätte, sondern Zarin mit dem Segen der Kirche – als Fremde ohne einen Tropfen russischen Blutes – und herrschte über 34 Jahre.

Souverän erledigte sie gleich zu Beginn eine gegen sie gerichtete Verschwörung mit Milde. Bald enteignete sie die Kirchengüter endgültig und besoldete dafür den Klerus aus der Staatskasse, ein erheblicher Gewinn für den maroden Fiskus.

In der Regierung unerfahren, stützte sie sich auf zwei Staatsmänner, verschaffte sich aber ein eigenes Bild vom allgemein sehr mangelhaften Zustand ihres Reiches und seiner Verwaltung. Trotz ihrer Hof- und Liebesvergnügungen arbeitete sie viel und konzentriert. Sie machte strapaziöse Reisen, um ihr Land kennenzulernen, und zeigte Mut, indem sie die damals neue Pockenimpfung vor ihrer Einführung an sich selbst demonstrativ ausprobieren ließ.

Die „Große Instruktion“ voller aufklärerischer Gedanken

Sie berief bald eine Gesetzgebende Kommission zur Neukodifizierung des Rechts. Ihre dazu persönlich erarbeitete „Große Instruktion“ voller aufklärerischer Gedanken ließ sie durch ihre Berater von allen das russische Herrschafts- und Gesellschaftssystem gefährdenden Aussagen reinigen und in Französisch, Deutsch und Lateinisch europaweit verbreiten. Sie galt trotzdem noch als so liberal, daß sie in Frankreich verboten wurde. In Russland durfte sie nur von höheren Beamten gelesen werden, obschon Katharina darin die Autokratie so rechtfertigte: In dem weiten Reich müssten schnelle Entscheidungen die Verzögerung in der Übermittlung ausgleichen.

Katharina war bei dieser und anderen Gelegenheiten selbstkritisch bis zum Zynismus: Sie bezeichnete sich selbst als „Anfängerin

von Beruf“. In ihren Memoiren, in Briefen und Gesprächen gab sie unumwunden ihre bis zum Plagiat gehenden Anleihen bei den Aufklärern zu. Sie sagte sogar offen, daß ihre Verkündigungen und Maßnahmen auf Effekt im In- und besonders im westlichen Ausland berechnet seien. Diese bewirkten auch tatsächlich, daß ihr schon nach fünf Jahren Herrschaft von den mehrheitlich nichtadeligen Standesvertretern der Kommission der Titel „Katharina die Große, weiseste Mutter des Vaterlandes“ angetragen wurde. Sie nahm ihn zwar nicht an, ließ ihn aber urkundlich festhalten und publik machen. Die Aufklärer rühmten sie über die Maßen. Voltaire nannte sie die „Unvergleichliche“, das „glanzvolle Gestirn des Nordens“, seine „Semiramis“.

Die Arbeit der Kommission wurde nach knapp anderthalb Jahren ergebnislos beendet. Doch Katharina lernte aus den über 1400 Wunsch- und Beschwerdeheften, welche die fast 600 Abgeordneten befehlsgemäß aus ihren Bereichen mitgebracht hatten, sehr konkret die Probleme Russlands kennen.

Sie sah: Adelige, Städter, freie Bauern (Leibeigene wurden nicht gefragt) waren ohne Sinn für das Gemeinwohl, sie verfolgten nur die Egoismen ihrer Schicht.

Katharina gründete die erste Zeitschrift in Rußland. Sie schrieb, quasi- anonym, selbst darin und beteiligte sich an den Disputen in weiteren gesellschaftskritischen Periodika. Bald aber mussten diese ihre Kritik mäßigen. Katharina wandte sich nun dem Verfassen belehrender Komödien zu.

Die jährliche Buchproduktion, meist übersetzte ausländische Werke, stieg auf das Fünf- bis über Fünfzehnfache, besonders nach der Zulassung freier Druckereien im letzten Drittel ihrer Zeit auf dem Thron. Nach der französischen Revolution schickte sie aber die beiden wirkmächtigsten Kritiker der Verhältnisse nach Sibirien und in Festungshaft.

Sie ließ „Akademische Expeditionen“ zur umfassenden Bestandsaufnahme von Fauna, Flora und Bodenschätzen durchführen und gründete viel später die Russische Akademie zur Erforschung der russischen Sprache und Literatur. Sie erwarb den Grundstock an Gemälden für die „Eremitage“.

Sie schuf das Smolny-Institut zur Erziehung adeliger, dann auch bürgerlicher Fräulein, einige Kadettenanstalten, eine Bergschule, einige Gymnasien und Bezirksschulen. Später etablierte sie eine Haupt-

volksschule zur Ausbildung von Lehrern, doch keine allgemeine Volksschulbildung. Auf die Klage des Gouverneurs von Moskau, nur wenige Leute schickten ihre Kinder zur Schule, meinte Katharina, er solle darüber nicht klagen, denn: „Wenn ich Schulen errichte, so geschieht das nicht für uns, sondern für Europa, wo wir unseren Rang in der öffentlichen Meinung behaupten müssen.“ Wenn die Bauern nach Aufklärung verlangten, „werden weder Sie noch ich auf unseren Plätzen bleiben“.

Katharina II von Russland, genannt Katharina die Große, 1729 bis 1796.

Sie förderte die Wirtschaft durch Aufhebung von Monopolen, freien Getreidehandel und weitgehende Gewerbefreiheit. Sie holte ausländische Siedler mit Privilegien ins Land und befreite die wirtschaftlich aktiven Altgläubigen von der doppelten Kopf- und der Bartsteuer. Durch eine Kommerzkommission unter ihrer persönlichen Aufsicht ließ sie handelsfördernde Maßnahmen erarbeiten. Doch belastete sie das Wirtschaften in den Städten mit einer höheren Abgabenlast als die Landbevölkerung und die Gutsherrschaften.

Beiträge zur Entwicklung einer starken urbanen Wirtschaft

Dem Adel gab sie das Privileg der Alkoholdestillation und stellte später das Salzhandelsmonopol wieder her. Den englischen Händlern überließ sie den Im- und Export zu sehr nachteiligen Bedingungen für die Einheimischen, um damit das exorbitante Luxusstreben des Hofs und des begüterten Adels zu befriedigen. Dies alles trug wesentlich dazu bei, die Entwicklung einer starken urbanen Wirtschaft und einer bürgerlichen Mittelschicht zu verhindern.

Katharina festigte die Herrschaft durch eine funktionale Aufgabenteilung im Senat, der höchsten Verwaltungs- und Rechtsinstanz, und in den nachgeordneten Kollegien, sowie durch die Errichtung kleinerer, besser zu verwaltender Gouvernements. Diese wurden zusätzlich stärker von St. Petersburg kontrolliert. Andererseits verfügte sie bald nach Regierungsantritt, daß alle Beamten nach sieben Jahren automatisch zum nächst höheren Dienstgrad zu befördern seien. Dadurch nahm die Unfähigkeit mit der Höhe der Stellung in besonderem Maße zu.

Auch außenpolitisch viele Erfolge

Erfolgreich war sie in der Sicherung und Erweiterung des Reiches: Einen schwedischen Eroberungsversuch im Norden wehrte sie ab, zwei türkische Präventivkriege beendete sie mit der Gewinnung Südrusslands bis zum Schwarzen Meer. Es wurde fortan russisch beherrscht, wie bald auch die Krim. Zusätzlich gewann sie eine freiere Durchfahrt zum Mittelmeer. Die russische Gesandtschaft in Konstantinopel erhielt das Recht, christliche Untertanen des Sultans in Schutz zu nehmen.

In Polen nutzte sie die für Russland „glückliche Anarchie“ (ihr Wort noch als Großfürstin) zur Etablierung eines De-Facto-Protektorats und schließlich zur Einverleibung der größten Teile der Adelsrepublik. Sie waren nur zum Teil altrussisches Land. Ihre europäischen Territorialgewinne waren größer als die aller ihrer Vorgänger und Nachfolger. Im Bayrischen Erbfolgekrieg 1778/79 errang Russland als ein Garant des Friedens zwischen Preußen und Österreich ein Mitspracherecht in deutschen Angelegenheiten. Der König Georgiens, von Türken und Persern bedrängt, unterstellte sich Katharinas Protektorat, das jedoch keinen Schutz gegen türkische und persische Verwüstungen gewährte.

Allerdings misslang das weitausgreifende „Griechische Projekt“ der Gründung eines griechischen Kaisertums als russische Sekundogenitur (Herrschaft für einen zweiten Erben) genauso wie der Versuch, die Grenzen nach Kleinasien und Indien hinein auszudehnen. In den gewonnenen Gebieten Neurusslands im Süden ließ sie in großem Maßstab kolonisieren und Städte gründen, allerdings mit verschwenderisch-unwirtschaftlichem Aufwand.

Im Zuge der Vereinheitlichung der Ordnung im Reich verloren die Kosaken ihre Selbstverwaltung. In der Ukraine führte sie die Leibeigenschaft ein.

Katharina verschenkte an ihre Favoriten und an Verdiente in maßloser Weise Geld, Pretiosen, Palais, Ländereien und nicht zuletzt freie Bauern von Krongütern. So beraubte sie mindestens eine Million Menschen ihrer Freiheit und machte sie zu Leibeigenen. Diese enteignete sie insgesamt des letzten Restes von Rechtsfähigkeit: Durften ihre Besitzer sie bisher schon nach Sibirien verbannen, so erhielten diese jetzt noch das Recht, sie zur Zwangsarbeit zu verurteilen. Zugleich stellte sie Beschwerden von Leibeigenen gegen ihre Herren unter Strafe. Sie duldete, daß Leibeigene wie Sklaven verkauft, Familien dabei auseinandergerissen wurden.

Demgegenüber bestätigte sie dem Adel die Unverlierbarkeit des Standestitels, das Eigentumsrecht auf allen Besitz, zahlreiche wirtschaftliche Privilegien, Standesgerichtsbarkeit, die Befreiung von der Dienstpflicht, von Steuerzahlungen und von Körperstrafen.

Die Bildung von Adelsgesellschaften mit gewählten Repräsentanten in Gouvernements und Kreisen sowie die Gewährung neuer Wahlorgane und erweiterten Wahlrechts für die Städte blieben hinsichtlich wirklicher Selbstverwaltung fruchtlos. Von Bedeutung war hauptsächlich die ständische, also ungleiche Gerichtsbarkeit.

Neben häufigen Ermordungen von Gutsbesitzern und Revolten war besonders der großräumige Pugatschow-Aufstand, 11 Jahre nach ihrem Regierungsantritt, ein verzweifelter Schrei der durch Adel und Verwaltung Ausgebeuteten nach einer gerechten Zarenherrschaft. (Puschkins Erzählung „Die Hauptmannstochter). Doch Katharina stellte sich taub. Sie verschärfte nur die Herrschaft.

Das agrarisch und an Naturschätzen sehr reiche Russland blieb unter Katharina ein Lieferant von Naturprodukten. Es war gewerblich, industriell und kommerziell für seine Zeit weit unterentwickelt. So konnte auch aus wirtschaftlichen Gründen kein zeitgemäßes Bürgertum entstehen. Ihr das Gemeinwohl missachtende Herrschaftssystem und die Verausgabung für ausländische Luxusgüter entkapitalisierten den Staat. Dies zwang trotz erheblicher Steuererhöhungen zur Ausgabe von Assignaten, einem Papiergeld, das bald ein Drittel des Nominalwertes verloren hatte, sowie zur Verschuldung durch Aufnahme großer Auslandsanleihen. Das Reich stand schließlich am Rande des Staatsbankrotts.

Insgesamt war Katharina II. virtuos im Erringen und Festigen persönlicher Macht und Prestiges sowie in der Vergrößerung des Reiches, der äußeren Macht und des Ansehens. Dafür lieferte sie die Masse ihrer Untertanen noch mehr als schon bisher der Ausbeutung des Adels und der Verwaltung aus und brachte ihre Rechtlosigkeit auf den absoluten Tiefpunkt in der russischen Geschichte. Sie hat damit „die moralische Einheit des Volkes zerstört", wie der Senator und Historiker Fürst Michail Schtscherbátow vor 1790 urteilte.

Der preußische Gesandte am Zarenhof schrieb am Tag nach ihrem Tod nach Berlin:

„Die Regierung der unsterblichen Katharina, des Phantoms von Ruhm und Größe entkleidet, hinterläßt in Wahrheit ein unglückliches Reich und eine in allen Zweigen verderbte Verwaltung."

LITERATUR

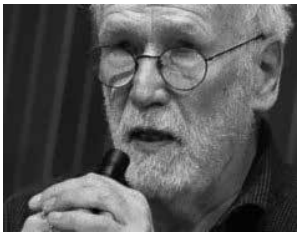
Valentin Gitermann, Geschichte Rußlands, Bd. II, 1949
Günther Stökl, Russische Geschichte, 3., erw. Auflage, 1972
Hans von Rimscha, Geschichte Rußlands, 3. Auflage, 1972
Irene Neander, Grundzüge der Russischen Geschichte, 1970
Richard Pipes, Rußland vor der Revolution, DTV 1984
Edgar Hösch/Hans-Jürgen Grabmüller, Daten der russischen Geschichte, 1981
Hans-Joachim Torke (Hrsg.), Lexikon der Geschichte Rußlands, 1985
Katharina II., Geheime Lebens- und Regierungsgeschichte, Emil Vollmer Verlag o. J.
Henri Troyat, Die große Katharina, 1980

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt
Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

Alexander Rahr
im Interview mit Weltnetz-Redakteur Sönke Hundt*

Transatlantische Eliten:[1]

Gegen deutsche und europäische Interessen[2]



Herr Rahr, Sie haben Geschichte studiert, Sie waren Analytiker für Radio Liberty und für die Rand Corporation, also bei großen Organisationen im Kalten Krieg. Sie haben 18 Jahre lang für die deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik gearbeitet, Sie waren Programmleiter beim Berthold-Beitz-Zentrum. Dann waren Sie im Lenkungsausschuss des Petersburgers Dialogs und seit 2012 Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums. Sie haben Biografien über Putin und Gorbatschow geschrieben. Aber 2013/2014 kam ein scharfer Bruch in der deutschen Ostpolitik: Ukraine-Krise, Krim-Krise, und Sie wurden aus vielen Positionen rausgedrängt. Was ist da passiert?

Die Politik des Westens gegenüber Russland hat sich grundlegend geändert. Als ich angefangen habe nach der Perestroika, nach dem Ende des Kommunismus, in der Zeit, in der es eine große Chance gab, ein gemeinsame Friedensarchitektur in Europa zu errichten, da habe ich angefangen in der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zu arbeiten, davor ja noch bei den Amerikanern. Es war eine positive Stimmung. Wir haben versucht, Brücken zu bauen, haben versucht, die Eliten der Länder des ehemaligen Sowjetblocks und Deutschlands, der EU, des Westens zusammenzubringen durch Konferenzen, durch Dialoge, durch einen intensiven Gedankenaustausch. Ja, es entstanden

---

1 Elite im Sinne von Führungsschicht, nicht Auslese der Besten.

2 Interview im WeltnetzTV veröffentlicht am 17. 04. 2019, Abdruck mit der freundlichen Genehmigung von Alexander Rahr: https://www.youtube.com/watch?v=5-PZ8vDbnpc
Die Aussagen wurden sprachlich redigiert und auf das Wesentliche komprimiert, in Fußnoten und [] Klammern ergänzt von Manfred Backerra.

viele Plattformen, wie der Petersburger Dialog, an dem ich maßgeblich beteiligt war; auch im Rahmen des Deutsch-Russischen Forums entstanden sehr, sehr viele neue Foren, die ich erfunden und geleitet habe.

Gorbatschow sprach vom „Europäischen Haus". 2001 ist Putin ja im deutschen Bundestag aufgetreten und hat einen Wirtschaftsraum, das Europa der Zukunft, von Lissabon bis Wladiwostok vorgeschlagen. Er ist mit stehenden Ovationen im Bundestag empfangen worden.

Ja, Ende der 80er, Anfang der 90er und auch in den 2000er Jahren hatten wir die einzigartige Chance, die wir verpasst haben, eine gemeinsame Friedensordnung für den Norden unseres Planeten zu kreieren, um die Herausforderungen aus dem Süden, vor denen wir jetzt und die nächsten hundert Jahre stehen werden, gemeinsam präventiv anzugehen und zu bewältigen.

Warum ist das denn gescheitert?

Ich weiß es bis heute nicht. Ich gehe davon aus, dass der Westen hier einen Fehler gemacht hat, dieses Zusammengehen zu verhindern. Man wirft den Russen vor, sie seien neoimperialistisch, aggressiv geworden. Sie hätten sich nur dafür interessiert, ihr Imperium wiederzugewinnen. Sie hätten die westlichen Werte negiert und hätten praktisch ihr eigenes Gegenmodell gegen die Europäer aufgebaut. Diese westliche Sicht stimmt so nicht. Stimmen tut Folgendes:

Der Westen hat entschieden, noch in den 90er Jahren, den europäischen Kontinent nach dem Ende des Kalten Krieges durch zwei Säulen zu konsolidieren: die NATO und die EU. Die Staaten Mittelosteuropas sind mit großer Freude diesen beiden Institutionen beigetreten, um Teil des Westens zu werden. Russland dagegen konnte per se aufgrund seiner Geschichte, seiner Mentalität, seiner Interessen, seiner Werte nicht Teil dieses Westens werden. Deshalb hätte man einen gemeinsamen europäischen Raum von Lissabon bis Wladiwostok kreieren müssen, in dem es gemeinsame Interessen, vielleicht auch Institutionen gegeben hätte, die trotz verschiedener Werteanschauungen gemeinsam an einem Europäischen Haus gearbeitet hätten, zum Beispiel die OSZE[3] parallel zur Nato und zur EU.

3 Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Mutter aller Konflikte: Die NATO-Osterweiterung

Das ist nicht geschehen. Der Bruch zwischen Deutschland und Russland geschah 2012. Da hat die Bundesregierung, auch mit Stimmen der Grünen in der Opposition, den Modernisierungsvertrag[4] mit der russischen Föderation aufgekündigt, denn: Russland strebe gar nicht die Demokratie an, Russland habe eine andere Mentalität, Russland passe nicht in das europäische Wertesystem, und deshalb wolle man diese strategische Partnerschaft nicht mehr weiter verfolgen. Die Russen haben dies missverstanden oder wussten nicht, warum dieser Bruch passiert ist, und danach kamen die ganzen Konflikte. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war der Maidan, der Kampf um die Ukraine 2014. Die Russen wollten, dass die Ukraine in die eurasische Union geht oder mit ihr zusammenarbeitet, der Westen wollte die Ukraine weg von Russland in die Europäische Union, in die Nato ziehen. Dieser Konflikt ist typisch für eine neue Geopolitik in Europa, ist typisch für den Wertekonflikt, der zwischen Russland und Teilen der EU vorherrscht. Er wird noch viele Jahre den europäischen Kontinent erschüttern, weil es in der Ostukraine Krieg gibt. Viele Konflikte sind noch lange nicht durchgestanden, viele neue Konflikte könnten noch auf uns warten, und die jetzigen politischen Generationen sind nicht in der Lage, dies zu lösen. Aus meiner Sicht ist die Mutter aller Konflikte die Nato-Ost-Erweiterung.

Russland ist ja nach der Ukrainekrise mit schweren Wirtschaftssanktionen belegt worden. Es gab einen Aufschrei der Empörung, vor allem bei der deutschen Wirtschaft. Russland hat mit Gegensanktionen geantwortet. Das ging ja alles gegen die Interessen der deutschen Industrie. Warum hat sich die deutsche Wirtschaft damals nicht stärker durchgesetzt und diesen Prozess wenigstens gebremst?

Wegen der Politik! Die Politik ist eine ganz andere geworden.

Sogar in Zeiten des Kalten Krieges gab es im Westen, vor allen Dingen in Westdeutschland, Politiker, mehr in der SPD als in der CDU, aber vor allem in der Wirtschaft Persönlichkeiten wie Otto Wolff [von Amerongen], wie Berthold Beitz, wie die Chefs der führenden Energieunternehmen, die gesagt haben, trotz Feindschaft mit der Sowjetunion

---

4 deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft zur Entwicklung der russischen Wirtschaft und zur Modernisierung anderer gesellschaftlicher Bereiche

müsse man in Europa eine gemeinsame Friedensordnung erwirken – und das werde über verbesserte Wirtschaftsbeziehungen funktionieren. Je besser die Wirtschaftsbeziehungen, desto geringer die Kriegsgefahr. Das war damals nicht nur eine Losung der Wirtschaft, sondern der politisch richtige Weg. Die Politiker sind, wenn auch zunächst zögernd, genau diesen Weg gegangen, auch die CDU, ganz besonders unter Helmut Kohl. Heute sieht das die Europäische Politik anders.

Wir haben natürlich den Elefanten in diesem Raum – die Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA haben ganz klare nationale Interessen, sie wollen die alleinige Supermacht bleiben. Sie werden alles dransetzen, damit Russland nicht wieder in die erste Liga der Weltpolitik aufsteigt, obwohl Sie das nicht ganz verhindern können. Die Amerikaner sind auch nicht interessiert, dass die Chinesen in die erste Liga der Weltpolitik aufsteigen. Die Amerikaner wollen den Triumph, dass sie nach dem Fall der Mauer als einzige Supermacht übrig geblieben sind, auch weiterhin auskosten. Bis in das 22. Jahrhundert hinein. Das ist verständlich, die Amerikaner werden immer so sein. Das Problem sind die Europäer selbst.

Ist die Bibel der Geopolitiker, das Buch von Brzeziński [Die einzige Weltmacht]heute immer noch maßgebend?

Natürlich ist das aktuell. Es ist mir sonnenklar, wieso die Amerikaner so denken, und Sie haben das legitime Recht so zu denken. Sie sind Weltmacht, das heutige moderne Imperium.

Also legitim finde ich das nicht!

Gut, ich meine, aus ihrer Sicht, nicht aus unserer. Ich finde aber, es ist einfacher, wenn wir uns die amerikanischen Interessen vorstellen und uns sagen: Die sind so. Aber: Müssen wir als Europäer diesen amerikanischen Interessen folgen? Die europäischen Sanktionen sind nicht so scharf gegen Russland formuliert worden. Sie sollten Russland dazu drängen, den Friedensprozess in der Ostukraine fortzusetzen. Die amerikanischen Sanktionen, die zielen ja auf etwas ganz anderes ab – auf die Zerstörung russischer Wirtschaftszweige – und das dürfen wir nicht mitmachen. Die deutsche Wirtschaft war diesmal im Vergleich zur Wirtschaft im nicht vereinigten Deutschland in den 50ern, 60ern und 70er Jahren viel zu schwach, um dem politischen Druck, vor allem der Amerikaner, zu widerstehen.

Sie haben da ja widerstanden, in dem riesigen Erdgas-Röhren-Geschäft 1982/83.

Auch bei Schmidt [Bundeskanzler von 1974-82], als die Amerikaner und die Nato verlangt haben, die Verträge zu annullieren. Helmut Schmidt und die Regierung haben damals „nein" gesagt, und die Verträge sind ausgeführt worden.

Ich würde aber die Zeit davor als noch viel wichtiger unterstreichen. Die 70er Jahre, als der Grundlagenvertrag zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion unterschrieben worden ist, als die Ostpolitik begann, wogegen die Amerikaner alles Mögliche versuchten, um über COCOM[5]-Verbotslisten für überhaupt jegliche technische Ausfuhr in die Sowjetunion uns Deutsche davon abzuhalten, diese Ostpolitik mit der Sowjetunion zu betreiben. Aber heute ist die Situation noch um eine Facette reicher. Damals war Deutschland, obwohl [de jure] weniger souverän als heute, freier, mutiger in seinen Entscheidungen. Heute sagen unsere politischen Eliten: „Wir können nichts gegen die USA tun, die USA schützen uns sicherheitspolitisch, also dürfen wir uns ihnen nicht entgegenstellen." Also gut, dann werden uns die Amerikaner behandeln wie Vasallen.

Die USA brauchen Europa als ihre Trophäe.

Ihrer Meinung nach könnten die Europäer selbstbewusster auftreten?

Es ist doch Zeit, den Europäischen Kontinent selbstbewusster zu machen. Warum sind die Amerikaner weiterhin in Europa? Brauchen wir sie?[6] Sie wollen natürlich den Triumph auskosten, Sie brauchen die Europäer oder Europa als ihre Trophäe. Sie haben praktisch den ersten Weltkrieg mitgewonnen, den zweiten mit der Sowjetunion gewonnen, und sie haben den kalten Krieg gewonnen. Sie wollen nicht aus Europa raus, sie wollen Ihren Einfluss behalten. Aus amerikanischer Sicht ist das ja nachvollziehbar. Unsere Sicht, die ist oft unverständlich. Wieso tolerieren das unsere Eliten? Sind sie alle so an Amerika gebunden und so durch amerikanische Mühlen gegangen, dass sie eher amerikanisch/transatlantisch denken als europäisch – was manchmal mein Gefühl ist?

---

5 Coordinating Committee on Multilateral Export Controls

6 Angeblich brauchen wir Sie wegen ihres „Atomschirms". Den gibt es aber nicht. Denn die USA werden (wie jede Nuklearmacht) mit ihren A-Waffen niemals für andere ein Risiko eingehen. Sie werden sie möglicherweise auf unserem Territorium einsetzen, aber nicht auf dem feindlichen, wenn sie einen Gegenschlag auf ihr Territorium befürchten müssen. Nur die Unkalkulierbarkeit eines Atomkrieges schreckt ab und bewirkt einen ungewissen Schutz.

Warum sind unsere europäischen Eliten nicht so selbstbewusst zu sagen: „Wir werden weiterhin Freundschaft mit Amerika haben, aber wir brauchen endlich eine eigene Gestaltung unseres Kontinents."

Als Marxist wundere ich mich immer, dass die Politik und die Medien sich gegen die Wirtschaft durchsetzen, so dass der Schwanz mit dem Hund wedelt. Dabei setzt sich immer eine proamerikanische Haltung durch, wie kommt das?

Dazu gleich. Zunächst noch ein Satz, auf den ich immer hinauswollte. Die alten Westeuropäer haben sich mit Russland in den 90er Jahren ausgesöhnt, allen voran Deutschland. Deutschland ist eine Lieblingsnation der Russen geworden, das kann man nicht zu hoch einschätzen, nach dem Zweiten Weltkrieg. Europa wurde aber verändert durch die Aufnahme der ehemaligen Warschauer-Pakt-Länder in EU und Nato. Vor dieser großen Erweiterung waren Nato und EU darauf gepolt, mit Russland vielleicht eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Dann kamen die Staaten mit ihren ganzen Verletzungen, persönlichen Verletzungen aus der Zeit von 1945 bis 1990. Und sie haben aus Nato und EU Frontorganisationen gegen Russland gemacht. Ich fahre selbst oft nach Osteuropa. In der Bevölkerung dort, auch in Polen, spüre ich keine Russophobie. Da gibt es Kritik gegenüber Russland, die gibt es in Deutschland auch, in Russland gibt es eine Kritik über die europäische Union, doch das ist keine latente Feindschaft. Aber in den Eliten wird sie gepflegt. In den polnischen und den baltischen, in den rumänischen. Diese Länder sind aus meiner Sicht dafür verantwortlich, dass ein neues Feindbild, ein neues Wettrüsten entstand, noch vor der Ukraine-Krise.

Aber sie sind doch alleine zu schwach; ohne die USA ist doch die Verantwortlichkeit …

Ja, die USA haben sie natürlich auch als ihre Verbündeten in Stellung gebracht gegen Deutschland, Frankreich und andere. Beim Irak-Krieg 2003 haben die Amerikaner gleich gesagt: „Die neuen Mitgliedsländer der Nato und EU sind unsere wirklichen Verbündeten, das neue Europa, die Deutschen, die Franzosen, die mit Putin gegen unseren Krieg im Irak sind, sind das alte Europa, das existiert nicht mehr." Wir sind natürlich noch gefangen in den historischen Bildern des Zweiten Weltkrieges, dass wir uns als Deutsche, vielleicht auch als kollektiver Westen, schuldig fühlen, Polen und die baltischen Länder an Hitler und Stalin ausgeliefert zu haben. Aber das kann ja nicht ewig

so gehen, dass diese Staaten uns Deutsche oder Franzosen mit diesem Argument daran hindern, eine konstruktive Ostpolitik zu betreiben!

Und jetzt zu den [proamerikanischen] Medien. Dafür gibt es eine ganz einfache Erklärung, die in meinem Buch beschrieben ist: Die Amerikaner haben festgestellt, dass sie den Vietnam-Krieg nicht auf dem Schlachtfeld verloren haben. Die klügsten und gewieftesten amerikanischen Strategen haben gesagt: „Wir haben den Krieg in den Medien verloren, weil sie gegen uns waren.[7] Wir müssen deshalb alles daran setzten, um unsere Leute in die Chefetagen der Redaktionen zu bringen, nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen westlichen Welt. Wir müssen die Journalisten erziehen, wir müssen sie nach Amerika bringen, manche von ihnen brainwaschen, andere von Ihnen uns [anders] gefügig, weitere idealistisch abhängig machen." Und das haben die Amerikaner glänzend geschafft. Schauen Sie sich die Biografien vieler unserer Chefredakteure an, der führenden Journalisten; die haben doch ihre Karriere in Deutschland und Amerika gemacht. Ich übrigens teilweise auch. Ich weiß, wie das funktioniert. Deshalb sind die Medien heute, die früher teilweise auch sehr links waren, immer kritisch gegenüber der CDU und Amerika, heute alle auf proamerikanischem Kurs. Der arme Assange wird verhaftet und wahrscheinlich nach Amerika ausgeliefert, aber für die Medien ist es kaum wert, darüber zu berichten. Sie schreiben lieber über „Pussy Riot" in Russland, über so genannte Verfolgungen von Dissidenten hier und da. Für sie ist das, was im Osten passiert, viel schlimmer oder viel gewichtiger als dieser Fall, denn den Assange behandeln sie fast schon wie eine Art Russland-Spion. Das haben die amerikanischen Medien geschafft.

Und hat bei den Medien die Atlantikbrücke so die entscheidende Rolle dabei gespielt?

Es sind viele Organisationen, die dort eine wichtige Rolle spielen. Wenn sie mit deren Vertretern sprechen, sagen die ihnen auch offen: Wir sind von den Amerikanern befreit worden, und die Sowjets haben unser Ostdeutschland besetzt, wir werden niemals etwas gegen die Amerikaner machen." Das hat Frau Merkel ja auch 2003 während des Irak-Kriegs gesagt: „Wir werden uns nie an irgendeiner Seite gegen

---

7 Das ist eine These. Frage: Hätte die Unterstützung der Medien, die US-Streitkräfte zu besseren Kämpfern gegen den Viet Cong gemacht?

die USA stellen.“ In den Medien ist man heute auch so programmiert. Deshalb schreiben sie in vielen kritischen Fragen, wenn es um China oder Russland geht, fast immer nur dasselbe.

Aber 2014 haben Handelsblatt und Wirtschaftswoche schwer gegen die neue Politik der Wirtschaftssanktion gegen Russland gewettert: Die USA-Politik sei „Pitbull-Politik“, davon müssten wir uns schleunigst wieder verabschieden. Der Holtzbrinck-Verlag, mit Handelsblatt und Wirtschaftswoche, gehörte da überhaupt nicht in diese Medieneinheitsfront.

Das habe ich anders beobachtet. Ich habe vereinzelt Artikel vorgefunden, die versucht haben, sich dem Mainstream zu widersetzen und zu schreiben: „Moment, Leute, wacht auf, denkt doch mal anders.“ So wie in der Zeit der Ostpolitik der 70er oder 80er Jahre, als die Medien unterschiedlich berichteten. Heute werden diese Aussagen weggeputzt. Chefredakteure, die anders funktionieren als der Mainstream, können sich nicht lange halten. Vor allem: Jüngere Journalisten können ihre Karriere kaum beginnen, wenn sie kritisch schreiben oder nicht gemäß dem transatlantischen Narrativ. Sie haben da keine Chance. Deshalb folgen sie dem heutigen Trend. Aber der wird, denke ich, nicht mehr lange existieren, weil er zu defensiv geworden ist und selber militant. Diese Verurteilung Andersdenkender wird nicht mehr lange funktionieren.

Das ist natürlich zu hoffen. Den Medien schreiben Sie in diesen Auseinandersetzungen also eine ganz wichtige Rolle zu.

Ungute Entwicklung: Heute rufen Medien zu Kriegen auf

Eine der führenden. Dazu noch ein Beispiel: Ich kann mich nicht erinnern, dass [früher] Medien zum Krieg aufgerufen haben. Jetzt rufen Medien zu Kriegen auf. „Macht den Assad fertig!“ oder „Geht mit Härte nach Venezuela rein!“, „Schmeißt den Maduro raus!“, „Zeigt Putin die Hacke!“. Das sind Kraftausdrücke ‚die man in den Chefkommentaren führender deutscher und europäischer Zeitungen tagtäglich liest. Wenn jemand schreibt: Moment, es gibt ja noch die Realpolitik, wir müssen uns einigen – dann gilt er bestenfalls als Romantiker, schlimmstenfalls und meistens als Putin-Agent, als Russland- oder als China-Versteher.

***Gibt es in Großbritannien und in den USA einen größeren Pluralismus*?**

Ich glaube, in Amerika haben riesige Firmenimperien, Unternehmen zum Beispiel der Rüstung oder der Energiewirtschaft noch größeren Einfluss auf ihre Zeitungen als bei uns.

***Wie könnte oder müsste man den transatlantischen Konsens aufbrechen*?**

Der transatlantische Konsens ist ja nicht immer schlecht. Wir haben in Westeuropa damit sicher gelebt. Aber die Zeiten sind jetzt andere. Wir haben in Europa eine Vielfalt und werden es nicht schaffen, die Vereinten Staaten von Europa zu kreieren. Das wird von selbst in eine andere Richtung laufen. In welche, ist sehr schwierig vorauszusehen. Aber der transatlantische Konsens wird, denke ich, immer weniger haltbar sein, weil immer wieder die Frage auftaucht: Was machen die Amerikaner eigentlich hier, was wollen sie mit Europa? Gibt es noch diese Schicksalsgemeinschaft? Müssen wir uns weiterhin an eine Wertegemeinschaft halten, die uns nicht weiterbringt? Die auch innerlich in Frage gestellt wird. Ist es nicht besser, wieder in Interessen zu denken, in einer Welt, in der Russen, Chinesen, Inder, andere Nationen eine immer größere Rolle spielen?

Aber im Moment ist dieser Konsens doch stärker denn je!

Ja, er ist in den Medien so mächtig wie noch nie, deshalb kann man auch wenig dagegen schreiben. Er ist sehr mächtig in den Köpfen führender Politiker, den liberalen Eliten in der EU. Aber er ist nicht auf etwas Fruchtbarem gebaut wie in den 20 Jahren nach dem Fall der Mauer, als die Menschen in Europa und Amerika diesen Konsens herbeisehnten. Inzwischen sind sehr viele Fragen aufgetaucht bezüglich des kapitalistischen Systems, des liberalen Wertekonsenses. Es gibt große soziale Ungerechtigkeiten in Amerika und in der Europäischen Union und eine Frustrationswelle, fast schon einen Mainstream von unten in den Wahlen in Amerika und der EU. Die Europopulisten oder Anti-Globalisten werden diese transatlantische Welt mit verändern. Europa kann nicht mehr im Elfenbeinturm leben. Der afrikanische Kontinent zerfällt, der mittlere Osten zerfällt, um uns herum entsteht Chaos. Wer weiß, was China mit seiner expansiven Politik anrichten wird. China ist schon fast durch unsere Tore gekommen, und wir sitzen weiterhin auf dem Sofa und feiern den Werteliberalismus. Diese schöne heile Welt wird es so nicht mehr geben, wir müssen uns den

Herausforderungen stellen. Die jetzigen politischen Eliten sind dazu nicht in der Lage, haben Angst oder wissen nicht, was sie tun sollen – aber dann kommen andere, die es wissen.

Es gibt ja die, welche die Entspannungspolitik wollen, immer noch. So bei der letzten Tagung in Rostock, vom Deutsch-Russischen-Forum oder vom Petersburger Dialog mit über 1000 Teilnehmern, worüber in der Presse natürlich nicht viel berichtet wurde. Aber das war ja doch wichtig.

Wenn solche riesigen Kongresse stattfinden, aber von den Medien absolut ignoriert werden – wie auch dieses Buch – dann finden solche Ereignisse, finden die Inhalte nicht statt. Deshalb muss man darum kämpfen, dass diese Brücken wieder gebaut werden. Das ist ein mühseliger Prozess, aber er ist nicht aufzuhalten, genau wie in früheren Zeiten auch gute und fortschrittliche Ideen nicht aufzuhalten waren.

Sie haben in einem Interview gesagt, dass eher einige Bundesländer Verständigung wollen.

Ja, aber wir müssen uns zunächst auf eine Koalition Schwarz-Grün vorbereiten mit einem grünen Außenminister, der wieder zum Transatlantischen Konsens zurückkehrt, die Wertepolitik stärkt, was anscheinend auch der Mehrheit der deutschen Eliten heute wichtiger ist als Interessenpolitik. Eine Regierung, die wahrscheinlich wiederum knapp die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren wird, aber aus meiner Sicht die Probleme dieser Welt, also die Interessenlagen, die großen Windungen der Weltpolitik nicht versteht.

Nord Stream 2 wird fertig gebaut werden

Wie wird das ausgehen bei Nord Stream 2? Wer wird sich da durchsetzen?

Nord Stream 2 ist ja fast schon fertig, es wird fertig gebaut werden. Die alternativen, regenerativen Energiequellen sind für mich noch Zukunftsmusik. Wir brauchen jetzt eine funktionierende Energiewirtschaft, aber eine saubere, und dafür eignet sich eben das Erdgas. Es ist massenweise in Russland vorhanden, auch in Norwegen. Beide Länder liefern uns über eine funktionierende Infrastruktur. Wir werden Flüssiggas aus Amerika beziehen, weil die Amerikaner uns dazu zwingen werden. Wir werden vielleicht auch Flüssiggas aus Katar oder aus dem Persischen Golf kaufen, wenn die Anlagen dafür da sind und

Bauarbeiten für das Projekt „Nord Stream 2“: Die Pioneering Spirit, das weltweit größte Schwerlast- und Pipeline-Verlegeschiff, installiert die Pipeline in der schwedischen ausschließlichen Wirtschaftszone.

der Preis stimmt. Letztendlich wird sich die wirtschaftliche und auch die klimapolitische Vernunft durchsetzen.

Das würde ja heißen, lieber kein Flüssiggas aus den USA, denn fürs Klima ist das schlecht, das verflüssigte Erdgas ist viel teurer und braucht auch noch eine eigene Infrastruktur. Sehen Sie da nicht eine zu harmonische Entwicklung?

Ich schildere das als politischer Diplomat, ich möchte keinen Streit. Aber natürlich frage ich mich auch: Das russische Erdgas fließt durch Pipelines und kommt hier sicher an. Es ist sauber, die Ostsee-Pipelines sind nach neustem Stand gebaut und in einem viel besseren Zustand als die ukrainischen Pipelines, die inzwischen lecken und die Umwelt verschmutzen, zunehmend, wenn diese Pipelines nicht modernisiert werden. Trotzdem reden wir ständig vom amerikanischen Flüssiggas auf riesigen Tankern. Gott bewahre, wenn damit ein Unfall passiert! Die Reaktion wird dieselbe sein, wie bei Fukushima oder Tschernobyl. Deshalb werden wir sehen, dass die heutige Flüssiggas-Euphorie der Politik geschuldet ist. Wir wollen uns mit den Amerikanern nicht

anlegen. Die Bundesregierung ist zu schwach, nicht nur gegenüber den Amerikanern immer nur nein zu sagen, sondern sie hat auch ihre so genannten Verbündeten wie die Polen, die Balten, die Engländer, die Rumänen, die Deutschland zwingen, mit Amerika in einem Boot zu bleiben. Wenn Deutschland seine Führungsrolle in Europa nicht verlieren will, dann muss es ständig den Konsens suchen, auch wenn der manchmal zu Lasten eigener politischer oder wirtschaftlicher Interessen geht.

Flüssiggas ist ja fast doppelt so teuer wie das Erdgas aus Russland, je nach dem, welche Infrastruktur man in den Preis mit einberechnet. Somit würde mehr Flüssiggas aus den USA auch eine Schwächung der deutschen und der europäischen Industrie bedeuten. Das ist doch auch ein Nebeneffekt, den die USA damit bezwecken.

Die Masken sind doch gefallen, wir sehen doch, wie die Amerikaner mit uns reden. Der Vizepräsident der USA sagt auf der Münchener Sicherheitskonferenz den Deutschen, stellvertretend für ganz Europa, brutal ins Gesicht: „Ihr dürft kein russisches Gas kaufen, ihr müsst amerikanisches Gas kaufen. Ihr dürft keine anderen Waffen als amerikanische kaufen, weil wir euch beschützen, wir sind eure Hauptpartner in der Nato, wir sind die Führungsmacht der Nato, deshalb bitten wir das nicht, sondern befehlen!“ Bei welchen politischen Eliten ist diese Message angekommen? Es gibt Staaten in der EU, die gerne Jungoffiziere der amerikanischen Generäle sein möchten. Es gibt viele Länder, vor allem in Osteuropa, die wünschen sich einen amerikanischen General an der Spitze eines Sicherheitsbündnisses, keinen Deutschen oder Franzosen. Die Frage ist, ob die alten Länder des Westens, die praktisch absolut souverän sind, jetzt nicht eigene Interessen vertreten wollen. Dieses Vasallen-Dasein weiterhin zu akzeptieren wird schwierig.

Und was ist Ihre Antwort? Was ist Ihre Prognose?

Wir werden weiterhin Erdgas aus Russland und aus Norwegen beziehen, es ist viel zu teuer, das alles zu verändern, über die vier Stränge in der Ostsee, teilweise durch die Ukraine. Aber die Polen, Balten, Rumänen werden versuchen, kein russisches Gas zu kaufen, sondern Flüssiggas von den Amerikanern. Osteuropa wird von den Amerikanern versorgt, Westeuropa von den Russen, Norwegern und auch Algerien oder später Libyen. Das wird den europäischen Markt nicht stabilisieren, aber das wird über Jahre hinweg so gehen;

letztendlich wird in 15 bis 20 Jahren vor allem russisches Gas mit amerikanischem Gas in Europa konkurrieren.

Die Bevölkerung macht doch im Allgemeinen diese Russlandfeindschaft und diese Kriegspropaganda überhaupt nicht mit. Befragungen ergeben ja immer regelmäßig „Nein, Russland ist nicht unser Feind." Die Doppelmoral wird doch mehr und mehr durchschaut, aber sie wird gleichzeitig immer stärker. Das heißt, der Widerspruch verstärkt sich.

Im Moment [kämpfen die Eliten] mit dem Rücken zur Wand gegen alles. Gegen Russland, gegen China, gegen Europapopulismus, gegen den Angriff auf die inneren Werte, gegen äußere und innere Feinde. Das ist der Westen nicht gewohnt. In Amerika selbst kämpfte die Hälfte, die [bisherigen] Eliten, gegen ihren eigenen Präsidenten. Dieses Tohuwabohu ist sehr destabilisierend für uns, aber vielleicht auch irgendwann reinigend.

Die deutschen Firmen BASF und Wintershall sind Partner von Gazprom über 50 Jahre und haben die Idee des Wandels des Handels verinnerlicht. Ich hoffe, dass sie weiterhin Freunde dieses Russlands bleiben, und Russland weiterhin auf sie setzt.

Dazu kommen natürlich auch Siemens, der Maschinenbau, die Autoindustrie.

Vor allem diese Firmen stehen vor einer ganz schwierigen Entscheidung. Die Amerikaner werden ihnen sagen: „Kooperiert ihr weiter in Russland" (Siemens ist seit [weit über] 120 Jahren in Russland), „dann verliert Ihr den amerikanischen Markt."

In den 50er und 60er Jahren hatten wir mit der Generation von Otto Wolff von Amerongen Privatunternehmer, Menschen mit historischem und politischem Weitblick, Männer mit Überzeugungen, die gesagt haben „Mich als Mensch, mich als Charakter kann man so nicht kaputt machen. Ich glaube an das, ich mache das." Die jetzigen Chefs wahrscheinlich fast aller westlichen Firmen sind keine Familienunternehmer, sondern ihren Aktionären verpflichtet und vom Presseecho zu ihren Entscheidungen abhängig. Das macht diesen Unternehmenschefs, die nicht mehr so viel entscheiden können wie ihre Vorgänger vor 20, 30 Jahren, natürlich große Probleme.

Die großen Männer der Ostpolitik aus der Wirtschaft waren ja auch Säulen der Entspannungspolitik. Die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr wären nicht möglich gewesen, ohne dass die

Unternehmen vorher die Wirtschaftskontakte nach Russland, aber auch in die Tschechoslowakei, nach Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien ausgebaut hätten. Die Wirtschaft ist der Entspannungspolitik vorangegangen. und die Medien haben dann mitgemacht. Solche Männer hat man heute nicht mehr.

Nein, und die Gründe habe ich genannt. Das sind ganz andere Biografien der jetzigen Manager, die nach oben kommen. Wenn sie sich zu viel in Politik einmischen und nicht auf den Börsenwert ihres Unternehmens achten, dann sind sie sehr schnell weg vom Fenster.

Noch einmal zurück zur Autoindustrie. Im Moment gibt sie ja dem Druck der USA weitgehend nach, aber wenn China noch mit ins Spiel kommt, ist das ein ganz anderes Kaliber. Wenn China einmal die [Entscheidungs-]Frage stellt, geht das Gewicht ja nach China, zum größeren Markt.

An diesem Punkt verstehe ich die amerikanische Strategie nicht. Die Amerikaner legen sich praktisch mit allen an, mit China, mit Russland, auch mit Deutschland, mit den Europäern, mit fast allen. Dann will es noch Probleme lösen in Nordkorea, morgen in Pakistan und Indien. Da überhebt sich der Amerikaner. Gleichzeitig ist noch etwas anderes passiert, was historisches Ausmaß hat. Die Globalisierung entlang der Washingtoner Regeln von1945, die besagten: „Wir kreieren allgemeingültige Gesetze und Normen für alle auf dieser Welt, wir werden freien, gerechten und gleichberechtigten Handel treiben." Diese Philosophie der Globalisierung ist aufgrund des Egoismus´, des Protektionismus´ der [noch] größten Wirtschaftsmacht der Welt tot. Wir gehen jetzt in eine neue Lage, in der die Weltwirtschaft regionalisiert wird. Es werden große regionale Märkte entstehen. Ich glaube, dass Europäer und Amerikaner vielleicht noch einen gemeinsamen Markt behalten werden. Aber in Eurasien werden von Osteuropa bis nach Japan eigene politische, sicherheitspolitische, vor allem wirtschaftliche Allianzen entstehen. Die Wirtschaftskraft all dieser Länder ist gewaltig. Andere Länder werden dasselbe tun. Darauf müssen wir uns einstellen. Die Frage ist, ob der Friede unter diesen großen regionalen, miteinander konkurrierenden Märkten erhalten bleiben kann.

* Bei dem Interview handelt es sich um eine leicht gekürzte Wiedergabe eines Gesprächs von Alexander Rahr mit dem Weltnetz-Redakteur Sönke Hundt vom 15. April 2019, veröffentlicht in Netz auf You-Tube.

Nachrufe

Die SWG trauert um ihren ehemaligen Regioleiter Hannover und Vizevorsitzenden Felix Schecke

Am 19. August 2019 begleiteten Vorstand und Mitstreiter der SWG den eine Woche zuvor im gesegneten Alter von 92 Jahren verstorbenen langjährigen Regioleiter Felix Schecke in Hannover auf seinem letzten Weg.
Als 17-Jähriger hatte er nach dem Schulbesuch als Soldat seine Pflicht erfüllt. Er entkam der Gefangenschaft durch die Russen, die das Eichsfeld, seine Heimat, von den Amerikanern übernommen hatten.

Mit seiner Frau Marlene aus der alten Heimat zog er nach Hannover und wurde Vater von drei Kindern. Nach seiner Tagesarbeit als Ingenieur erwarb er im unablässigen Selbststudium eine profunde höhere Bildung.
Anfang der siebziger Jahre begann er seine partei- und kommunalpolitische Tätigkeit für die CDU, die er in einem extrem linken Stadtteil im Bezirksrat vertrat.

Als leidenschaftlicher Patriot, für den die Teilung des Vaterlandes und der Totalverzicht auf den Osten, verbunden mit einem einseitigen Geschichtsbild, nicht hinnehmbar waren, suchte und fand er Mitstreiter in der OMV und in der SWG, deren Regio Hannover er viele Jahre leitete.

Mit Referenten aus nah und fern füllte er auch große Veranstaltungsräume. Als souveräner Veranstaltungsleiter hat er im Laufe von Jahrzehnten viele bekannte Konservative begrüßt. Mit großer Dankbarkeit erinnern sich seine Freunde und Mitstreiter an diesen leidenschaftlichen Patrioten.

Die SWG trauert um ihren langjährigen Beirat Pater Lothar Groppe SJ

Am 17. November 2019 verstarb in Berlin das langjährige Beiratsmitglied der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V., Pater Lothar Groppe SJ, im Alter von 92 Jahren.

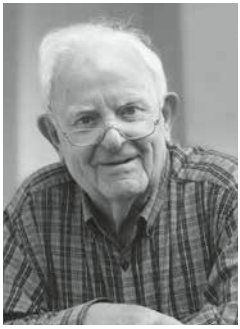
Lothar Groppe, geboren im westfälischen Münster. Nach dem Zweiten Weltkrieg entschloß sich Lothar Groppe für die Laufbahn eines Geistlichen in der katholischen Kirche und trat dem Jesuitenorden bei. Noch im Juli 2019 konnte er sein 60-jähriges Priesterjubiläum begehen.

Als Geistlicher wirkte Lothar Groppe in Deutschland und Österreich, vor allem als Gemeindepfarrer und Krankenhausseelsorger, zuletzt an einem Mutter-Kind-Heim in Timmendorfer Strand. Jahrelang diente er auch als Militärseelsorger und Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Daneben betätigte sich Lothar Groppe als Autor zu historischen und politischen Themen, wobei er sich als prononcierter Konservativer einen Namen machte. Pater Lothar Groppe bekannte sich als deutscher Patriot; er wandte sich energisch gegen die Verleumdung der Wehrmacht als verbrecherischer Organisation, war seit frühester Zeit ein leidenschaftlicher Verfechter der Deutschen Einheit und trat auch besonders für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen ein. Zeit seines Lebens beschäftigte ihn die Person seines Vaters, des Generals Theodor Groppe, der als junger Offizier im Ersten Weltkrieg die höchste deutsche militärische Auszeichnung, den Orden „Pour-Le-Mérite“ erhalten hatte, später als Divisionskommandeur in der Wehrmacht diente und wegen seines Einsatzes für verfolgte Juden seines Postens enthoben wurde.

Lothar Groppe publizierte in vielen konservativen deutschen Zeitschriften und Zeitungen, darunter die „Junge Freiheit“, die „Preußische Allgemeine Zeitung“ und „Soldat im Volk“. Zahlreiche Bücher schrieb er zu politischen und theologischen Themen. Seine patriotische und konservative politische Ausrichtung führte ihn auch zur Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, bei der er sich zunächst als Refe-

rent und Autor des „Deutschland-Journals“ betätigte, um dann in den Beirat der Gesellschaft einzutreten. Über viele Jahre stand er auf diese Weise der SWG mit Rat und Tat zur Seite. Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft verliert mit Pater Lothar Groppe einen großen Patrioten und konservativen Mitstreiter. Seine aufrechte, energische, oft aber auch humorvolle Persönlichkeit werden wir vermissen. Die SWG wird Pater Lothar Groppe ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die SWG trauert mit ihrer Regio Schleswig-Holstein um deren Gründer und langjährigen Regioleiter Hans-Joachim von Leesen



Hans-Joachim von Leesen, der am 30.12.2019 im 90. Lebensjahr verstorben ist, rief im Jahre 1994 die SWG-Regio Schleswig-Holstein ins Leben. Zeitweise umfasste die Datei der Interessenten mehr als 1.000 Personen, darunter auch einstige und aktive konservative Landespolitiker sowie ehemalige Regierungsmitglieder. Die Vorträge der Regio in Kiel erfreuten sich von Anfang an starker Resonanz. So versammelten sich im Veranstaltungsaal oft mehr als 100 Personen, um die Referate namhafter Persönlichkeiten aus Politik, Geschichte und Wirtschaft anzuhören und mit diesen zu diskutieren.

Hans-Joachim von Leesen führte die Regio zehn Jahre lang mit Herzblut und der ihm eigenen Energie. Seine journalistische Ader, Akribie und große Sachkenntnis in allen politischen und historischen Themenbereichen werden allen Angehörigen der Regio stets in Erinnerung bleiben, ebenso wie sein feinsinniger und prononcierter Humor. Nachdem er die Regio einem Jüngeren übergeben hatte, wurde er ein sehr aktiver Beirat, der den Vorstand mit Rat und Tat unterstützte und gute Ideen zu Verbesserungen lieferte.

Die Liebe Hans-Joachim von Leesens gehörte seiner Heimat Schleswig-Holstein. Mehr als zwanzig Jahre lang war er als haupt-

amtlicher Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes tätig, den er - vor allem in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden Uwe Ronneburger - in seiner Zeit wesentlich mitprägte. Für seine Verdienste wurde ihm die Schleswig-Holstein-Medaille verliehen. Hans-Joachim von Leesen war glühender Patriot, ein konservativer Geist mit stark freiheitlicher Prägung ohne jede Enge. Seine Überzeugung trug Hans-Joachim von Leesen nicht nur im Herzen, sondern auch auf der Zunge, was ihm auch politische Gegnerschaft einbrachte. Den politischen Kampf und die Diskussion aber liebte er und ging ihnen nie aus dem Weg. So war innerhalb der SWG nicht nur der Schreibtisch oder der Vortragssaal sein „Gefechtsfeld", sondern auch die Straße. Mehr als einmal initiierte er öffentliche Aktionen wie Flugblattverteilungen; besonders in Erinnerung ist uns sein Kampf gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung" des Philipp Reemtsma, dessen teilweise auf Fälschungen basierende Verunglimpfung deutscher Soldaten ihn auch persönlich sehr kränkte.

Die SWG-Regio Schleswig-Holstein und der Vorstand verlieren mit Hans-Joachim von Leesen einen von Geist und Witz sprühenden, temperamentvollen und herzensguten Mitstreiter und Ratgeber. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

Puschkin – Russland und sein erster Dichter

Er hat es wieder getan! Unser staunenswert hoch- und weltgebildeter Menno Aden hat seinem Werk eine weitere Zierde hinzugefügt in Form eines schönen Buchs über Puschkin.

Titel und Untertitel sagen schon das Wesentliche aus: "Puschkins Russland und sein erster Dichter". Der Autor hat den Rahmen der Lyrikübersetzung (103 Gedichte Puschkins sowie weitere seines deutschstämmigen Freundes Küchelbecker) beträchtlich erweitert und bietet ein breites Spektrum historischer, kultureller, politischer und auch grundsätzlicher Informationen und allgemeiner Überlegungen zum Thema „Nationaldichter". Dadurch bietet Aden weit mehr als eine Einführung in Puschkins lyrisches Werk. Schon im Vorwort wird das Spannungsverhältnis zwischen einerseits einer Würdigung der dichterischen Leistung und andererseits der "... fast mythischen Überhöhung" Puschkins aufgezeigt.

Da Puschkin beim deutschen Publikum vor allem als Prosaist bekannt ist – am berühmtesten sicherlich die Novellen „Die Hauptmannstochter" und „Pique Dame", die ihn in Russland zusammen mit einigen Gedichten als Begründer des literarischen Realismus erscheinen lassen, ist es sehr reizvoll, seine von „Leichtigkeit von Vers und Reim" geprägte Lyrik kennenzulernen. Aden gelingt es in seiner Übersetzung der Gedichtauswahl, dies deutlich zu machen. Hilfreich sind die vielen Erläuterungen, die es auch dem Nichtslawisten – wie dem Rezensenten – ermöglichen, die Qualität der Übersetzungen nachzuvollziehen. Puschkins Inspirationsquelle auch in der Lyrik war ihm, der nie im Ausland war,

hierbei vor allem die zeitgenössische westeuropäische vorwiegend romantisch geprägte Literatur, wie Aden in einer enormen Fülle historischer und literarischer Querbeziehungen nachweist. Vor allem sind thematische Bezüge deutlich zu finden bei Byron, Milton, Sir Walter Scott, E.T.A. Hoffmann, Klopstock und Schiller. Entscheidend für das Verstehen der Bedeutung des Dichters als „Erneuerer der russischen Sprache" ist neben der Biographie Puschkins auch die offizielle Sprachpolitik Nikolaus I, der eine sprachliche Russifizierung seines Reiches wollte.

In seiner ausführlichen und farbigen Biographie Puschkins stellt Aden, wohl für viele Leser überraschend dar, dass der Dichter als Angehöriger der adeligen Oberschicht, für die Französisch die Sprache war, in der sie erzogen war, mit seinen Eltern und Geschwistern nur Französisch sprach; erst später wird Russisch die Sprache seiner Dichtung und Berufung. Leicht provokativ stellt Aden deshalb in einer Kapitelüberschrift die Frage: "Puschkin, ein russischer Dichter?"

Die Antwort auf diese spannende Frage ergibt sich aus Puschkins Lebensgeschichte und dem historischen Kontext seines kurzen Lebens, das schon 1837 durch seinen Tod im Pistolenduell beendet wurde. Aden zeigt auf, wie die Vertreibung Napoleons für die Entwicklung der russischen Sprache politisch außerordentlich günstig war: „Nach 1812 scheint es für die russischen Eliten immer selbstverständlicher geworden zu sein, miteinander nicht mehr Französisch, sondern Russisch zu sprechen." Gleichzeitig wird der Einfluss der französischen Literatur durch den der englischen und deutschen ersetzt. Puschkin bekennt sich zur Aufgabe der Literatur zur „sittlichen Hebung auch des einfachen Volkes." Entsprechend ist seine poetische Sprache geprägt von Einfachheit und Volkstümlichkeit durch Einbeziehung auch umgangssprachlicher Wendungen. Dies ist auch die Erklärung dafür, warum Puschkin – statt Dostojewski oder Tolstoi – in russischer Sicht **der** Nationaldichter ist. Hier helfen dem Autor seine intensive Beschäftigung mit russischer Geschichte, Literatur und Sprache und stupende Kenntnisse insbesondere der Epoche um 1800, wobei das Verhältnis Russlands zu Westeuropa im Fokus steht.

Nach 1812 ist die Begeisterung des russischen Volkes für Puschkins „ungewöhnliches sprachliches Talent" auch abhängig vom westeuropäischen „Vorwurf, ein barbarisches, jeder höheren Kultur unfähiges Volk mit einer

barbarischen Sprache zu sein.“ Puschkin ist der Beweis für das Gegenteil, was gleichsam automatisch zur Überbewertung führt. In der Rezeptionsgeschichte sieht Aden im Motiv des defizitären Selbstwertgefühls eine klare Parallele zwischen Russland und Deutschland, in beiden Fällen hervorgerufen durch in Westeuropa lange gepflegte negative Stereotype.

In Russland wie Deutschland führt das zur Instrumentalisierung der Schriftsteller, auf deutscher Seite vor allem Goethes, als „Nationaldichter“.(Zum Goethekult bietet Aden zusätzlich einen sehr interessanten historischen Abriss.) Der Autor schreibt zu diesem Thema: “Voraussetzung für einen solchen Beziehungszwang ist nur, dass der betreffende Dichter gleichsam heilig gesprochen ist. Nach Homer ist wohl kein Dichter von seinem Volke so heilig gesprochen wie Puschkin.“ Abschließend konstatiert Aden: “Puschkin hat die geistige Verbindung zwischen Russland und Europa hergestellt. Seit Puschkin gehört Russland zum kulturellen Erbe Europas.“

Der Nachweis der These ist dem Autor wahrhaft trefflich gelungen! Der Rezensent hat das Buch mit großem Vergnügen und Gewinn gelesen und empfiehlt die Lektüre allen an Literatur interessierten Lesern des „Deutschland-Journals“ ganz nachdrücklich. Ich kann Menno Aden zu dieser feinen Leistung nur herzlich beglückwünschen!

Menno Aden, „Puschkin – Russland und sein erste Dichter“, wbg Academic-Verlag Darmstadt 2019, ISBN: 978-3-534-40246-5, 240 Seiten, 36,-- Euro.

Borges

Alexander Puschkin: Ein Gedicht, zwei Übersetzungen

Das folgende Gedicht Puschkins wurde 1820, also vor 200 Jahren, veröffentlicht.
Er schrieb die Elegie während einer nächtlichen Schiffsreise von Kertsch entlang der Südküste der Krim nach Gursuf bei Jalta.
Das sehr anspruchsvolle Gedicht wird hier in zwei Versionen des Übertragens gebracht.
Die erste (Manfred Backerra) ist weitestgehend wort- und rythmusgetreu und übergeht die Reime des Originals.
Die zweite (Menno Aden) ist freier, doch rythmustreu und bringt die wechselnden Reime Puschkins.
Dies möge ein Gefühl dafür geben, wie schwer es ist, Gedanken und Empfindungen aus dem Russischen ins Deutsche zu übertragen.

Erloschen war des Tages Stern
(Pogasslo dnjewnoje swetilo)

Erloschen war des Tages Stern;
Aufs blaue Meer fiel abendlich der Nebel.
Rausche, rausche, folgsam Segel,
Wallewalle unter mir, finstrer Ozean.
Ich seh ein weitentferntes Ufer,
Des mittäglichen Landes zauberhaft Gestade;
Mit Rührung und mit Schwermut strebe ich dorthin
Von der Erinnrung überwältigt...
Und fühle: Den Augen wuchsen wieder Tränen;
Die Seele wallt und will ersterben;
Vertraute Traumgebilde fliegen um mich her;
Ich dacht zurück an frührer Jahre irre Lieben,
Und alles, was ich litt und alles, was dem Herzen lieb.
Wünsche und Hoffnungen quälenden Wahns...
Rausche, rausche, folgsam Segel,
Wallewalle unter mir, finstrer Ozean.
Fliege, Schiff und trag mich zu den fernen Grenzen
Durch launisch-dräuend trügerische Meere;
Aber nur nicht zu den Ufern traurig
Der nebeligen Heimat mein,
Des Lands, wo brennend Leidenschaften
Die Sinne mir zum ersten Mal entflammt,
Wo Musen sanft mir heimlich zugelächelt,
Wo in Stürmen früh verblüht
Die verlorne Jugend mein,
Wo leichtbeschwingte Freude mich betrogen,
Mein kaltes Herz dem Leiden ausgeliefert.
Als Sucher neuer Impressionen
Floh ich euch, väterliche Lande,
Floh ich euch, Zöglinge des Genusses,
Minutenkurzer Jugend minutenkurze Freunde;
Auch ihr, Vertraute lasterhafter Irrung,
welchen ich ohne Liebe mich geopfert habe
samt meiner Ruhe, Ehre, Freiheit, Seele,
Auch ihr von mir vergessen, junge Ungetreue.
Heimliche Freunde meines goldnen Frühlings,
Auch ihr von mir vergessen... Doch des Herzens alte Wunden,
Der Liebe tiefe Wunden heilte nichts...
Rausche, rausche, folgsam Segel,
Wallwalle unter mir, finstrer Ozean...

Übertragen von Manfred Backerra

Das Taggestirn ist hingegangen ...
(Погасло дневное светило)

Das Taggestirn ist hingegangen,
aufs blaue Meer quillt Nebel abendlich heran.
Die Segel knarren zwischen ihren Stangen,
wall auf aus deinem Grund, du dunkler Ozean.
Das Ufer sehe ich von ferne,
im südlichen Gefild verwunschenes Gestad,
dahin mein Blick sich lang gerichtet hat,
erinnrungstrunken nah ich gerne.
Ich fühle es: die Tränen kommen mir erneut.
Die Seele braust und wird gelinde.
Ein alter Traum fliegt zu mir aus dem Winde
von Ungestüm der Liebe in meiner ersten Zeit.,
von allem, was ich litt, was zart mein Herz umfangen,
von quälendem Betrug, von Hoffnungswunsch und Wahn.
Die Segel knarren zwischen ihren Stangen,
Wall auf aus deinem Grund, du dunkler Ozean.
Flieg hin, mein Schiff, bring mich in weit entferntes Land,
Durch´s wilde, launenhafte, trügerische Meer
Doch nicht zu jenem grauen Strand
in meiner Heimat nebelschwer,
wo unter flammendem Begehr
die Sinnen sich zuerst entfachten,
Wo unbemerkt und zart die Musen mich umlachten,
wo in Stürmen rasch verblüht,
meine Jugend hingeschwunden,
wo das Vergnügen mich so flügelleicht verriet
und ließ mein kaltes Herz dann seinen eignen Wunden.
Um neue Bilder aufzunehmen,
Verließ ich dich, mein väterliches Land,
Verließ ich euch, Eleven des Bequemen,
In flüchtig rascher Jugend, flüchtig mir bekannt.
Und ihr, Gesellinnen von Lastern, die beschämen,
an die ich ohne Liebe selber mich vergaß,
und Ruhe, Ruhm und Freiheit nicht mehr maß,
bleibt ihr nun mit vergessen. Auch ihr, ihr Zauberinnen,
die heimlich ich geliebt mit jugendlichen Sinnen,
vergessen auch…Das Herzweh dauert an,
der Liebe tiefster Schmerz wird Heilung nicht erlangen...
Die Segel knarren zwischen ihren Stangen
Wall auf aus deinem Grund, du dunkler Ozean.

Übertragen von Menno Aden

Angela Merkel – Das Requiem

Diesen Titel kann man als Abgesang auf die amtierende Kanzlerin übersetzen, die ihren Rücktritt auf Raten angekündigt und eingeleitet hat. Die Autorin des mit o.a. Titel im Jahr 2020 vom ECON-Verlag herausgegebenen Buches, Frau Professor Dr. Gertrud Höhler, ist als Publizistin und Unternehmensberaterin bekannt. Mittlerweile ist es still geworden um die charmante Theologentochter des Jahrganges 1941, die sich, ledige Mutter eines Sohnes, unter anderem als Professorin für Germanistik und Allgemeine Literatur-Wissenschaft sowie als Beraterin des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, bewährt hat. Ihr kritisches Buch „Die Patin" ist bereits eine Abrechnung mit dem autoritären Regierungsstil der Bundeskanzlerin, die ihr bei den wichtigen regierungstreuen Medien keine Pluspunkte eingebracht hat. Wenn man dem Internet entnehmen kann, dass die Höhler ursprünglich aus dem linkssubkulturellen Milieu kommt, so ist das nicht verwunderlich, haben sich doch viele ehemals Linke zu recht respektierlichen Rechten gewandelt.

Der Inhalt des hier zu besprechenden Buches gliedert sich in 14 Kapitel mit zahlreichen Abschnitten über 344 Seiten plus den erforderlichen Nachweisen. Unter diesen nehmen der Spiegel, das Handelsblatt, die Frankfurter Allgemeine Zeitung sowie Regierungserklärungen der Kanzlerin und Ihre Harvard-Rede vom 30.5.2019 einen wichtigen Platz ein.

Ein immer wiederkehrender Vorwurf liest sich auf Seite 24 wie folgt: „ Dass aber eine Nichtdemokratin, eine gut angepasste

Bürgerin eines Unrechtsstaates, zur Repräsentantin eines freiheitlichen Rechtsstaates westlicher Prägung wurde, durfte jeden EU-Politiker überraschen."

Wer David Engels Buch: „Auf dem Weg ins Imperium" gelesen hat, dürfte weniger überrascht sein, denn schon die römische Republik verwandelte sich nach der Ermordung Caesars unter Kaiser Augustus in ein autoritäres Regime, was Kaiser Napoleon ihm nach der französischen Revolution nachgemacht hat. Die Sozialisation der Kanzlerin in einem autoritären Regime lässt eine gewisse Neigung zur Selbstherrlichkeit durchaus verständlich erscheinen.

Dazu passt der hier oft wiederholte weitere Vorwurf, Merkel habe ein Menschenbild, mit dem sie im Gleichklang zu den aufbrechenden asiatischen Diktaturen und den als Weltmächte bereits etablierten Medienkonzernen unterwegs ist. „Das Endspiel läuft, und der Treiber ist wieder ein altbekannter: der Wille der wenigen, die Macht mit noch weniger Menschen als bisher zu teilen." (S. 28) Kein Zweifel, das künftige Menschenbild ist eines der besonders wichtigen Menschheitsfragen. In dem Kapitel: „Die Vision: Homo digitalis überwindet die Marktwirtschaft" wird dieses Thema ausführlich behandelt. „Der Mensch selbst wird zum Produkt. Nicht nur Ersatzteillager im Organversandgeschäft, sondern mit der simplen Lieferung seines kompletten Ich, das als Datenbündel plötzlich einen hohen Marktwert hat, werden Menschen aller Rassen und Klassen, aller Sprachen und Kulturen zu Höflingen in den Datenpalästen der digitalen Weltkonzerne." Schon im einleitenden Kapitel spricht die Autorin von den globalen Lenkern der digitalen Datenkonzerne, in denen Demokratie keinen Platz mehr hat, weil Menschen dort als Datenprodukte mit einer neuen Identität ausgestattet werden. (S. 24)

Ein weiteres Kernthema dieses Buches ist die Beschädigung des Rechtsstaates. Hier hat die Autorin maßgebliche Juristen auf ihrer Seite, darunter den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, den Bonner Juristen Udo Di Fabio sowie den ehemaligen Bundesverteidigungsminister und ausgewiesenen Juristen Rupert Scholz, denen wir noch eine lange Reihe von hochrangigen juristischen Wissenschaftlern, Richtern und Staatsanwälten mit ihren Gutachten und Büchern hinzufügen könnten. Betroffen sind vor allem die drei großen Aktionen der Kanzlerin: Die Euro-Rettung, die

Verstaatlichung der Energiewirtschaft sowie die Handhabung des Asylrechts mit der unbefristeten Öffnung der Grenzen. Dazu wird der Kanzlerin ein autoritärer Führungsstil bzw. eine autokratische Herrschaftsform vorgeworfen, die weitgehend ohne Parteien und Parlament auskommen. Das wird in der PAZ vom 8.Mai 2020 ausdrücklich durch die Feststellung bestätigt, dass die Regierung weitgehend mit Verordnungen, anstatt mit eigentlich erforderlichen Parlamentsbeschlüssen und Gesetzen erfolgt. Kennzeichnend sind dabei oft „Volten", so genannte „Wenden", die meist dem Zeitgeist bzw. der Taktik des Machterhalts geschuldet sind. Das wird bei der Energiewende besonders deutlich.

Die Sorge der Autorin bezüglich der künstlichen Intelligenz und der Digitalisierung des Lebens ist sehr berechtigt: „Wer das Geschäftsmodell der Datenkonzerne verstanden hat, sieht keinen Spielraum für ethische Standards." (S.222) Das kurze Kapitel über den o.a. „Homo digitalis" ist also ein empfehlenswertes, die Zukunft unmittelbar betreffendes Schlüsselkapitel, das dem Leser einen gehörigen Anstoß zu eigenen Betrachtungen gibt.

Ein wichtiges Thema enthält das Kapitel „Trauma - Die Wunde blutet noch." Das kann jedermann verifizieren, wenn er die Reden der Politiker und die Äußerungen der Medien zum jüngsten 8. Mai bezüglich des Endes des II. Weltkrieges auswertet. Die Autorin beruft sich dabei wiederholt auf den englischen Historiker Ian Kershaw und dessen Spiegel-Artikel „Trauma der Deutschen". Die Schuld der Deutschen wird dabei fortgeschrieben. Das ist nicht verwunderlich, denn die Autorin entstammt dem Geburtsjahrgang 1941, ist also als Heranwachsende von der Geschichtspolitik der Sieger des II. Weltkrieges geprägt worden. Einen Vorwurf kann man ihr darum nicht so ohne weiteres machen, zumal diese Prägung und das daraus folgende, schuldversessene Trauma ja auf nahezu die gesamte aktive deutsche politische Klasse zutrifft. Hier können wir natürlich nicht folgen, denn die deutsche historische Wissenschaft ist, wenn auch politisch behindert, inzwischen weit darüber hinaus fortgeschritten. Wer Forschungsergebnisse zum Beispiel von Dirk Bavendamm, Werner Maser, Stefan Scheil, Walter Post, Gerd Schultze-Rhonhof, Wolfgang Effenberger, Franz Uhle-Wettler und deren Schriften, die der Geschichtspolitik der Siegermächte widersprechen, nicht zur Kenntnis nimmt, zeigt, dass er sich im Besitz der historischen Wahrheit

wähnt und die in der historischen Wissenschaft selbstverständliche Revision von überholten Lehrmeinungen ablehnt.

Das kritische Kapitel „Die Schattenfrau“ übergehen wir. Dennoch sei gesagt, dass die geschilderten Vorzimmer-Machtspielchen, die ganze Lebenspläne und Karrieren beeinflussen, interessante Hintergrundinformationen enthalten. Man kann sie auch als Ersatzlösung einer Powerfrau betrachten, die keine ausreichende Machtbasis hat, auf die sie sich verlassen kann.

Das uns als bedeutsam erscheinende Kapitel „Aufbruch ins Offene“ beschreibt den Weg in die Maschinenwelt, die wir bereits in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts aus Ernst Jüngers „Gläserne Bienen“ kennen gelernt haben. Gertrud Höhler drückt sich da drastisch wie folgt aus: „Da stehen wir Merkel-Deutsche mit gelockertem Rechtsbewusstsein traumabeladen und glückshungrig, angstempfindlich, skeptisch und mutlos. Präpariert für die Übernahme durch Maschinen ohne Seele.“

Das Buch endet wie folgt: „Deutschland fordert seine Seele zurück. Irgendwo in Merkel-Deutschland ist sie irgendwann verloren gegangen. Dass die Kanzlerin sich um die Seelen ihrer Fans und Feinde nicht kümmern konnte, versteht nur, wer die für mächtig erklärte Regentin im zerfallenden Haus Europa als autistisch codiertes Alphatier begreift.“

Ob man die Probleme des Epochenwechsels (Sieferle) so nachdrücklich an der Kanzlerin festmachen sollte, ist fragwürdig. In freier Auslegung eines bei Stefan Scheil (Fünf plus Zwei,S.295) angeführten Zitats von Henry Kissinger über die deutsche Kleinstaaterei und den deutschen Provinzialismus vergangener Zeiten möchten wir feststellen: Es fehlt uns heute wie schon seit Bismarcks Entlassung eine erfahrene, durch Geist und Können herausragende politische Klasse, die gewillt und in der Lage ist, unser nationales Interesse angemessen zu definieren und danach zu handeln.

Unsere Buchempfehlung beruht darauf, dass es der renommierten Autorin gelungen ist, die kritische Analyse der Merkel-Ära mit wichtigen Gedanken zur Zukunft zu verbinden.

Höhler, Gertrud: Angela Merkel – Das Requiem; 352 S., Econ-Verlag;
ISBN: 978-3-430-21027-0; Ladenpreis: EUR(D) 24,99

Reinhard Uhle-Wettler

Putsch gegen Donald Trump

Kein anderer Präsident der Vereinigten Staaten beziehungsweise Präsidentschaftskandidat stand mehr und länger im Kreuzfeuer des Establishments und der Massenmedien jenseits des „Großen Teiches“ als Donald Trump seit 2015. Insofern ist es tatsächlich berechtigt, von einem versuchten Putsch gegen seine Person zu sprechen, wie das auch Helmut Roewer in „Spygate“ tut. Gleichzeitig zeigt der Jurist und frühere Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, mit welchen Mitteln man bisher versucht hat, Trump zur Strecke zu bringen: Illegale Maßnahmen staatlicher Behörden bis hinauf ins Justiz- und Außenministerium, Verleumdungen, Lügen und haltlose Beschuldigungen aller Art sowie Attacken von Seiten teilweise äußerst dubioser Gestalten, die im Einzelfall im wahrsten Sinne des Wortes unter die Gürtellinie zielten.

Als profunder Kenner der Verhältnisse in den USA analysiert Roewer sämtliche Angriffe auf Trump, wobei er sich sowohl auf amtliche Quellen wie frei zugängliche FBI-Berichte als auch Pressemeldungen und Aussagen von Insidern stützt. Dabei nennt er Ross und Reiter klar beim Namen – angefangen von den Ex-Präsidenten Clinton und Obama bis hin zu einem Porno-Sternchen, das die Drecksarbeit erledigen sollte.

Vieles liest sich bei Roewer anders, aber einleuchtender als in der deutschen Mainstream-Presse, welche bekanntlich fest an der Seite der Trump-Gegner steht und deshalb so manches heiße Eisen ignoriert hat: Wieso beispielsweise verhinderte die Regierung in Washington die Aufklärung der E-Mail-Affäre

von Trumps Kontrahentin Hillary Clinton, und welche Rolle spielte dabei der notorische Strippenzieher und NGO-Sponsor George Soros? Warum startete das FBI eine ungesetzliche Aktion nach der anderen, um Trump zu Fall zu bringen, und weshalb wurde dieser Missbrauch der Behörde nicht verhindert? Und was steckt eigentlich genau hinter dem Impeachment-Verfahren gegen den Präsidenten?

Ebenso macht Roewer plausibel, aus welchem Grund Trump so viele seiner Minister und engsten Berater entlassen musste: Sie waren allesamt auf die eine oder andere Art Protagonisten in der gegen ihn gerichteten Verschwörung.

Das Buch endet mit der Abstimmung des Senats im Amtsenthebungsverfahren am 5. Februar 2020, das aufgrund dieses Votums scheiterte. Damit fand der Putsch gegen Trump aber trotzdem kein Ende, wie die weitere Entwicklung zeigte. Deshalb könnte „Spygate“ durchaus eine Fortsetzung bekommen.

Helmut Roewer: Spygate. Der Putsch des Establishments gegen Donald Trump, Kopp-Verlag, Rottenburg 2020, 176 Seiten, gebunden, 19,99 Euro.

Wolfgang Kaufmann

Panik bei Etablierten: Was Juden zur AfD treibt

„Was Juden zur AfD treibt: Neues Judentum und neuer Konservativismus – Jüdische Stimmen aus Deutschland“, das ist nicht nur die dreigliedrige Titelei eines Aufsehen erregenden neuen Buches. Mehr noch: Die Tatsache, dass in diesem vor kurzem im Gerhard-Hess-Verlag erschienenen Werk jüdische Bürger ihre von Kritikern als Skandal empfundene Nähe zur „Alternative für Deutschland“ fundiert begründen, dürfte vor allem bei maßgeblichen Repräsentanten des bundesdeutschen Establishments äußerstes Unbehagen, ja sogar entsetzte Schnappatmungen auslösen.

Schon in den einleitenden Kapiteln sticht ein Grußwort-Beitrag des früheren CSU-Mitglieds und heutigen AfD-Politikers Andreas Kalbitz hervor. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD-Brandenburg, erst kürzlich zum „erwiesenen Rechtsextremisten“ vom dienstfertigen Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldewang erklärt, schildert anschaulich, wie er als Jugendlicher zu Zeiten seines damaligen Engagements für die „Junge Union“ sich dem sensiblen deutsch-jüdischen Thema einfühlsam näherte. Durch die Lektüre der „Feldpostbriefe jüdischer Frontsoldaten 1914 – 1918“ mit einem Geleitwort von Franz-Josef Strauß bekam Kalbitz Gelegenheit „sich dieses wenig beachteten Teils der deutsch-jüdischen Geschichte“ empathisch anzunähern. Und weiter: „Dies eröffnete mir den Blick auf ein konservatives Bürgertum, deutsch und jüdisch zugleich, mit all seinen Blüten in Kultur und Wissenschaft, das mit dem singulären Kulturbruch des Holocaust nicht nur physisch, sondern auch als soziokulturelles Phänomen

vernichtet wurde.“ Schreibt so ein rechtsextremer Antisemit? Die Frage sei gestellt.

Der stellvertretende Vorsitzende der „Bundesvereinigung Juden in der AfD e.V.“, Artur Abramovych, ein aus der Ukraine stammender Sohn einer nachmaligen Zentralratsfunktionärin, der 1998 als Kontingentflüchtling nach Deutschland einwanderte, äußert sich sehr distanziert in seinem Beitrag über das zeitgenössisch jüdisch-bundesdeutsche Funktionariat, „allem voran dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der nicht gewillt ist, sich den neuen Herausforderungen zu stellen, sie weitgehend ignoriert und einen jeden Juden, der seinem Beispiel zu folgen nicht gewillt ist, nach Kräften zum Schweigen zu bringen versucht.“ Dem wolle der Sammelband „Was Juden zur AfD treibt“ entgegenwirken, weil vor allem eine Frage nach dem Ursprung des heutigen Antisemitismus im Raume stehe, wie der berühmte Elefant im Wohnzimmer, den alle sehen und den niemand zu benennen traut. Doch Abramovych: „Entgegen sämtlichen Beteuerungen der politischen *haute volee* handelt es sich dabei nicht etwa um den seit Jahrzehnten rückläufigen rechten Antisemitismus, sondern zum einen um den linken Antizionismus und zum anderen um den (importierten) islamischen Judenhass.“

In dieselbe Kerbe schlägt auch Olli Weksler, ein in Kasachstan geborener Jude, der mit seiner Familie 1992 nach Deutschland einwanderte. Sein Beitrag „Veni und Vidi – Über Parallelen zwischen sowjetischem und deutschem Antisemitismus“ resümiert die real-antisemitische Lage in Deutschland klarsichtig: „Seit der illegalen Grenzöffnung vom 5. September 2015 sitzt meine gesamte Großfamilie, viele meiner jüdischen Verwandten und Bekannten fast buchstäblich auf gepackten Koffern. Bis dahin wählen sie aber alle die AfD. Zwei bis drei Millionen illegaler Invasoren aus antisemitischen Kulturkreisen machen jüdisches Leben in Deutschland unmöglich.“

Und Emanuel Bernhard Krauskopf, der 1949 in Belgien geborene Sohn eines aus Polen gebürtigen israelischen Irgun-Kämpfers und einer deutschen Jüdin, kommt im Kapitel „Islam und Linke – Über die doppelte Notlage der europäischen Juden und Israels“ zu dem Ergebnis: „Mit Juden hat der Islam nie friedlich auf Augenhöhe gelebt. Einen liberalen, verfassungskonformen Islam gibt es nicht.“ Zwar gebe es durchaus einzelne liberale

Muslime, die sich im Westen integriert hätten, aber: „So gut wie alle physischen und verbalen Angriffe gegen Juden seit dem Jahr 2000 sind von Muslimen begangen worden. Berlin, Paris, Brüssel, Kopenhagen und viele andere Städte waren Tatorte. An diesen Tatsachen gibt es nichts zu rütteln."

Scharf ins Gericht mit der Politik des „Zentralrats der Juden in Deutschland" geht auch Wolfgang Fuhl, Jahrgang 1960. Er stammt aus Weil am Rhein und ist derzeit Betriebsratvorsitzender eines mittelständischen Unternehmens und neben Abramovych ebenfalls stellvertretender Vorsitzender der Bundesvereinigung Juden in der AfD. Fuhl über den Zentralrat und seinen derzeitigen Vorsitzenden Josef Schuster: „Seinem eigenen Anspruch, ‚eine Vertretung für alle Juden' zu sein, wurde der Zentralrat nicht gerecht. Mit seiner Politik seit 2015 ist er kein Garant mehr für freies jüdisches Leben in Deutschland….Der ZdJ blendet unter Schuster die Fakten aus und übernimmt, Lemmingen gleich, die Manipulationen des politisch-medialen Mainstreams in Deutschland."

Fuhl stelle sich auch die Frage, „in welcher Traumwelt Herr Schuster eigentlich lebt". Um diese mit einem Beispiel zu dokumentieren, hebt er hervor: „Es gibt keine Juden in Deutschland, die aus dem Haus gehen und zu sich selbst sagen: ‚Hoffentlich treffe ich keinen AfDler, der mich zusammenschlägt oder mich vergewaltigt oder mir ein Messer in den Rücken rammt.' Diese Zustände wurden von allen anderen Parteien geschaffen und nicht von der AfD."

Im letzten Kapitel „Zionismus und Deutschtum – Über die Möglichkeiten neuer Allianzen" des empfehlenswerten Sammelbandes ergreift nochmals Artur Abramovych das Wort und kommt neben vielen deutsch-jüdischen „Lageanalysen", damit zusammenhängenden „Defekten" und übrig gebliebenen „Beständen" auf die zwiespältige deutsche Dauer-Vergangenheitsbewältigung zu sprechen, die in ihrer dialektischen Funktion zur Migrationsfrage eine fatale Rolle spielt. Sein Argument: „Die Reduktion jüdischer Erfahrung auf eine ‚migrantische' und jüdische Geschichte auf eine Leidensgeschichte fällt bereits jetzt insofern auf uns zurück, als deutsche Schandtaten zur Legitimation einer Masseneinwanderung missbraucht werden, die der hiesigen Judenheit das Leben erschwert."

(Erstveröffentlichung in der Preußischen Allgemeinen Zeitung am 17. April 2020)

Vera Kosova, Wolfgang Fuhl und Artur Abramovych (Herausgeber), „Was Juden zur AfD treibt: Neues Judentum und neuer Konservativismus – Jüdische Stimmen aus Deutschland“, Gerhard Hess Verlag Bad Schussenried 2019, 170 Seiten, 14,80 Euro
bk

„Verfassungsschutz und Demokratie“

Der Staatsrechtler Prof. Dr. Dietrich Murswiek hat viel über den Verfassungsschutz (VS) veröffentlicht. 2019 trat er in Erscheinung mit einem Gutachten im Auftrag der AfD im Zusammenhang mit der öffentlichen Bezeichnung der Partei als „Prüffall“ durch das VS-Bundesamt, welche Murswiek als rechtswidrig kritisierte, da sie keine gesetzliche Grundlage habe.

In seinem im Verlag Duncker & Humblot erschienenen Buch „Verfassungsschutz und Demokratie“ legt der Staatsrechtler jetzt eine Zusammenfassung seiner rechtlichen Würdigungen des „Amtes“ vor. Er stellt voran, dass die „streitbare Demokratie“ das Recht und die Pflicht habe, ihren Bestand auch offensiv gegen ihre Feinde zu verteidigen. Freilich müsse dies auf gesetzlicher Grundlage und streng nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten erfolgen. Der Verfassungsschutz, so Murswiek, sei nämlich nicht nur eine Informationssammelstelle für Behörden und Öffentlichkeit, sondern auch ein „Kampfinstrument“ gegen politische Extremisten -

bzw. wen er dafür hält - und habe daher eine erhebliche Macht im politischen Diskurs und bei der politischen Meinungsbildung. Im Irrtums- oder Missbrauchsfalle würde sich diese Macht nicht zum Schutze der freiheitlich demokratischen Grundordnung auswirken, sondern im Gegenteil zu ihrem erheblichen Schaden. Keinesfalls, so Murswiek, dürfe der Eindruck entstehen, der Verfassungsschutz sei ein Hüter der Interessen der Altparteien gegen unerwünschte Konkurrenz oder eine Schutzmauer des „Status Quo“ gegen politische Veränderungen.

Nicht zuletzt durch das Einwirken Murswieks ist es inzwischen allgemeine Rechtsauffassung geworden, dass die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht einen erheblichen Eingriff in die Grundrechte darstellt, insbesondere für politische Parteien. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in einer Entscheidung klargestellt. Parteien würden hierdurch in ihrer Betätigungsfreiheit und Chancengleichheit beeinträchtigt. Hinzu komme der Eingriff in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Diese Tatsache verlange, so der Autor, an die Tätigkeit des VS hohe rechtsstaatliche Anforderungen zu stellen und eine entsprechende strenge Kontrolle stattfinden zu lassen. Rechtswidrige Behauptungen des Verfassungsschutzes - die regelmäßig dann auch verfassungswidrig seien -, etwa die Einordnung einer Partei als „extremistisch“, wenn sie tatsächlich es gar nicht sei, hätte für die Organisation geradezu existenzbedrohende Folgen, die im Nachhinein kaum revidiert werden könnten. Entsprechendes gelte auch für andere Organisationen und Einzelpersonen.

In drei Hauptabschnitten und drei Anhängen entwickelt Murswiek die Kriterien, nach denen zu beurteilen ist, was der Verfassungsschutz auf der Basis der Gesetze und der einschlägigen Rechtsprechung darf und was nicht. Er klärt die wichtigsten Begriffe und arbeitet dabei die Grenzen heraus, die oft durchaus unscharf sind und ständig der Präzisierung bedürfen. Sehr intensiv widmet er sich dem Verfassungsschutzbericht, der kein bloßes Informationsmedium, sondern auch ein Kampfinstrument sei, ein „scharfes Schwert“, wie Murswiek es nennt. Wer dort als „erwiesen extremistisch“ bezeichnet oder auch nur unter den Verdacht des Extremismus gestellt werde, sei dauerhaft „stigmatisiert“, werde aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen und gesellschaftlich

geächtet. Dies gelte nicht nur für Parteien und Organisationen und die in ihnen handelnden Personen, sondern auch für die Meinungen, die sie verträten. Insofern habe der Verfassungsschutz eine politisch meinungslenkende Funktion, die rechtsstaatlich ausgesprochen problematisch sei, würde der Staat doch auf diese Weise das Gebot der Neutralität umgehen können und so „durch die Hintertür" die Zensur wieder einführen.

Sehr kritisch beurteilt Murswiek die „Verdachtsberichterstattung", die von einigen Landesverfassungsschutzämtern praktiziert wird. Das Rechtsstaatsprinzip verlange es regelmäßig, dass vor einer Einordnung einer Organisation als verfassungsfeindlich bzw. extremistisch der eindeutige Beweis geführt werde. Ein „Verdachtsfall" dagegen könne sich im Verlaufe der weiteren Prüfungen als unbegründet erweisen, jedoch sei der Schaden durch die Veröffentlichung bereits weitgehend eingetreten. Die Kriterien der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit geböten es aber, stets zunächst das mildere Mittel zu wählen, also die Veröffentlichung zu unterlassen. Nach Murswieks Auffassung ist eine Verdachtsberichterstattung nur in seltenen Ausnahmefällen verhältnismäßig und damit rechtmäßig, insonderheit bei Erfordernis einer Gefahrenabwehr.

In den Anhängen beleuchtet Murswiek die Frage, inwiefern einfache Meinungsäußerungen als Belege für eine verfassungsfeindliche Zielsetzung herangezogen werden könnten und ob die Verfassungsschutz-Mitarbeit eine „staatsbürgerliche Obliegenheit" sei. Beides sieht der Autor ausgesprochen problematisch und strikten rechtlichen Grenzen ausgesetzt. Schließlich bringt er Beispiele für „problematische Wertungen" des Verfassungsschutzes.

„Verfassungsschutz und Demokratie" ist ein Buch, das von einem Juristen für Juristen geschrieben wurde und daher fachsprachlich ist. Dennoch weist es dank der klaren Diktion des Autors und der sauberen Systematik eine gute Allgemeinverständlichkeit auf. Die Lektüre ist also nicht nur Fachleuten, sondern auch interessierten Laien zu empfehlen, insbesondere Personen, die in politischen Parteien und Organisationen verantwortlich tätig sind.

Dietrich Murswiek: „Verfassungsschutz und Demokratie". Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1416. Duncker&Humblot, 2020. 187 S.

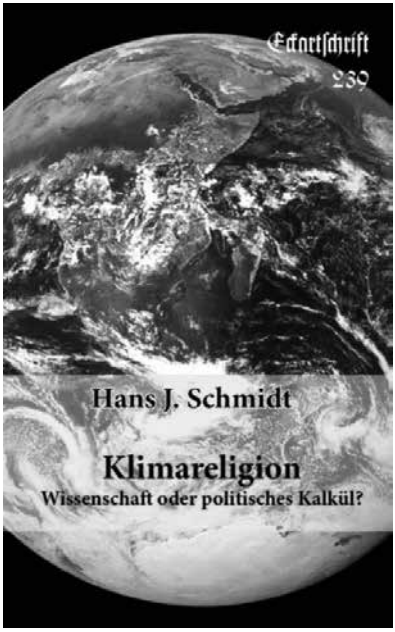
Stephan Ehmke

Klimaschutz – Wissenschaft oder Politik?

Mittlerweile sind sich 99,4 Prozent der Wissenschaftler einig – der Klimawandel ist vom Menschen gemacht. Grüne Politiker, die Fridays for Future Bewegung und Aktivisten aller Couleur genießen einen Zulauf ungeahnten Ausmaßes und die Option eines grünen Spitzenpolitikers oder einer grünen Spitzenpolitikerin als Landesvater oder Landesmutter gewinnt mehr und mehr an Kontur: In Österreich ist nun erstmalig sogar eine türkisgrüne Regierung an der Macht. Wie ist das möglich?

Wissenschaft ist nun einmal mit dem Nimbus der unbestechlichen Wahrheit verknüpft, was im Lichte des mittlerweile von der Menschheit erreichten Entwicklungsstands auch durchaus logisch erscheint. Doch sind die neuen Propagandisten des Klimaschutzes tatsächlich Kenner der Materie oder handelt es sich eher um Glaube und Überzeugung?

Ist Klimaschutz eine reale Möglichkeit oder lediglich ein politisch instrumentalisiertes Thema, dessen Wissenschaftler zu mehr als 90 Prozent am Tropf der damit einhergehenden Fördermittel hängen?



Wer sich darauf einlässt, und der Autor der Eckartschrift 239 erläutert den Zusammenhang in seiner schmucken Broschüre kenntnisreich, findet in diesem Thema eine faszinierende Welt der Zusammenhänge, denn nichts im Universum verhallt ohne Echo. Tektonik, Hydrodynamik, Wärmeleitungsprozesse, Energieerhaltung strömender Medien, kosmisches Wetter, Sonnenakti-

vität und viele weitere Faktoren wirken auf das, was wir nach unseren menschlichen Maßstäben als Klima bezeichnen.

Wer diesem unterhaltsam geschriebenen Text von Hans Jörg Schmidt zu den Ursprüngen des Wärmeaustausches folgt, gewinnt einen profunden Einblick in die für unser Klima wichtigen Mechanismen. Der Leser kann dann nachvollziehen, wie Studien zustande kommen, deren Aussagen bereits von vorneherein feststehen, und wie es mit dem CO2 bis ins Jahr 2050 weitergehen wird. Er wird überrascht sein, wie weit die Wahrheit doch von dem entfernt ist, was angeblich von 99,4 Prozent aller Wissenschaftler als Konsens vertreten wird.

Einziger Wermutstropfen der sonst empfehlenswerten Eckartschriften-Broschüre: Sie wirkt herstellungstechnisch veraltet. Papier und Bindung sind unpraktisch, der Umschlag extrem steif, so dass der Leser Mühe hat, den wertvollen Inhalt leseleicht zu konsumieren.

Da gab es bei früheren Ausgaben der wertvollen Eckartschriften schon bessere Lösungen. Schade!

Hans Jörg Schmidt: „Klimareligion – Klimaschutz: Wissenschaft oder Politik? Verlag Eckartschrift 239, 108 Seiten, zahlreiche Bilder und Grafiken in Farbe. ISBN: 978-3-902350-76-3. 9,20 Euro zuzüglich Versandkosten.

Siegfried Deutsch

Ein wahrer TUMULT, sich leise herantastend

„TUMULT – Vierteljahresschrift für Konsensstörung“. Auf so einen Zeitschriftentitel muss man erst einmal kommen! Dabei kommt das feine Medium, der Rezensent hat die Frühjahrsausgabe nach Lektüre auf seinem Schreibtisch liegen, in ästhetisch schöner Form daher, zunächst keineswegs rabiat, gar nicht krawallig: übersichtlich im DIN-A-4-Format mit künstlerisch ansprechender Titelseite mit einem anmutigem Garten-Motiv,

farblich in Grünabstufungen von hell bis dunkel versehen und violette Blumenköpfe an alten, hellbraunen Gemäuern. Eine Arbeit des Malers und Fotografen Albert Sonnabend, dessen weitere 18 Bilder im Heft auf strahlendweißem Papier das Periodikum anschaulich zieren. Die letzten der 112 Seiten warten mit Gedichten von Takasaki und Marc Pommerening auf.

Der tumultige und auf Konsensstörung zielende Inhalt der Zeitschrift zeigt sich dann aber doch: In den Meinungsbeiträgen, beginnend mit Auszügen des Briefwechsels zwischen Hermann Broch und Volkmar von Zühlsdorff aus dem Jahre 1946, beide in patriotischer Sorge um die Entwicklung des Nachkriegsdeutschland ringend. In den Eingangs-„Schneisen" des Frühjahrsheftes folgen u.a. Beiträgen von Lothar Fritze, der den Populismusvorwurf als Diffamierungsinstrument umfassend beleuchtet. Gleich im Anschluss wagt sich Johannes Scharf an die Klärung von einigen Ursachen manch antisemitischer Reflexe, die er hauptsächlich an den Kapriolen einer neurotischen „deutschen Vergangenheitsbewältigung" festmacht: „Es gibt vermutlich kein anderes Land dieser Erde, in dem so lustvoll auf der eigenen Schuld herumgeritten wird wie in der Bundesrepublik". Ein interessanter Ansatz, den Armin Mohler in seinem Grundlagenwerk „Vergangenheitsbewältigung – Von der Läuterung zur Manipulation" bereits in den 1960er Jahren einmal fundiert aufgriff, allerdings nicht im direkten Zusammenhang mit daraus resultierendem Antisemitismus.

In der Rubrik „Belichtungen" kommt der bekannte Journalist und AfD-Politiker Konrad Adam mit kritischen Betrachtungen zu Fehlentwicklungen in beiden christlichen Kirchen zu Wort, und beim Stichwort „Islamisierung" klärt Tilman Nagel sein Lesepublikum mit der aussagestarken Überschrift auf „Der Islamismus hat mit dem Islam nichts zu tun – eine westliche Illusion".

Lorenz Jäger, bis 2016 im FAZ-Feuilleton journalistisch tätig, nähert sich mit dem Titel „Das Gespenst der Sexualität" den verwirrenden Geschlechterfragen von heute mit dem Thema „Daddy ist weg – Wahrheit, Feminismus und Marielouise Jurreit". Und in den „Räumen des Politischen" stellt Sebastian T. Hartmann die verstörenden Aktionen des so genannten „Zentrums für Politische Schönheit" unter der Überschrift „Hässliche Frucht eines psychopathischen Antifaschismus" kenntnisreich dar.

Nicht zuletzt kommt noch der Schriftsteller Uwe Tellkamp zu Wort, der „Das Märchenreich am Rhein – Expeditionen zu den Inseln der Demokratie“ vorstellt. Dabei handelt es sich um ein politikbezügliches Kapitel aus dem Romanwerk „Der Schlaf der Uhren“, in dem der Ich-Erzähler, Fabian Hoffmann, Mitglied der Tausendundeinenacht-Abteilung und in dieser wiederum des „Kommandos Schehersad“, in die Gegenwart und in die Vergangenheit seiner Gesellschaft einzudringen versucht. Das Stück taucht in die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn am Rhein ein und schildert variantenreich einzelne Kapitel und Personen aus dem Politik-Milieu der damaligen Zeiten, wobei die Nachkriegsära im Mittelpunkt steht.

Die ursprünglich schon 1979 gegründete Publikation wird nach mehreren Stationen unterschiedlicher Ausprägung in ihrer jetzigen Form seit 2016 von Frank Bökelmann (Dresden) herausgegeben. Für die Entscheidung, TUMULT als Organ aktueller Auseinandersetzungen neu zu gründen, gab es vor allem zwei Motive, so die Selbstmitteilung der Redaktion: die auffällige Zurückhaltung der Intellektuellen angesichts der Konvulsion globaler Mächte und Märkte sowie der wachsende Konsensdruck in der öffentlichen Meinung online und offline. Beides bedinge sich gegenseitig.

Das sind anerkennenswerte Überlegungen, denen zugestimmt werden kann. Fazit: TUMULT ist in seiner formalen und inhaltlichen Erscheinungsweise lesenswert. Inzwischen ist die Sommerausgabe schon auf dem Markt, die Konsensstörung kann also weitergehen. Aber lassen Sie sich bei der Lektüre nicht stören!

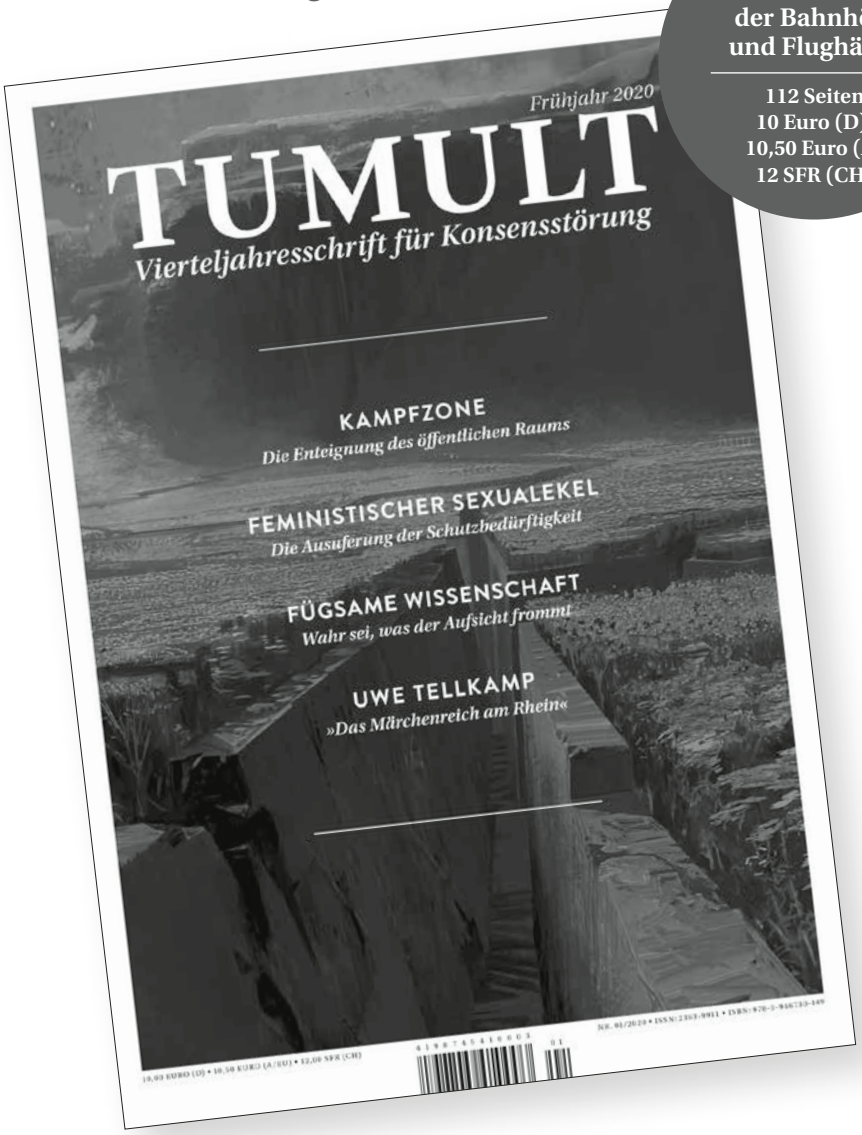
TUMULT – Vierteljahreszeitschrift für Konsensstörung. Herausgegeben von Frank Bökelmann. Mitbegründet von Horst Ebner. Berater: Egon Flaig und Jörg Friedrich. Einzelheft 10,-- Euro. Bestellung per e-mail: tumult.bestellen@t-online.de oder per Post. Frank Bökelmann, Nürnberger Straße 32, D-01187 Dresden.

Bernd Kallina

Abonnieren und bestellen
über www.tumult-magazine.net

Erhältlich
in den Presseshops
der Bahnhöfe
und Flughäfen

112 Seiten
10 Euro (D),
10,50 Euro (A)
12 SFR (CH)



KONRAD ADAM • MICHAEL BÖHM • PETER J. BRENNER • LOTHAR FRITZE • BETTINA GRUBER • HORST G. HERRMANN • LORENZ JÄGER • SVEN K. KNEBEL • TILMAN NAGEL JONATHAN MEYNRATH • THOMAS PALZER • UWE TELLKAMP …

Herausgeber: FRANK BÖCKELMANN
beraten von EGON FLAIG und JÖRG FRIEDRICH

Mehr Informationen unter: www.tumult-magazine.net

LINKS-ENTTARNT.net

Die Antwort auf den „Kampf gegen Rechts“

swg